

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinderbeilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark., für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellsseite 35 Pfg., bei Blankvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10gepalt. Kolonellsseite 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10gepalt. Kolonellsseite mit 50% Nachl. Reklameseite 2 Mk. Interate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonellsseite 40 Pfg. bei Blankvorschr. 50 Pfg., Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Landbünderevolte in Schlesien

Aufgehezte Bauern

Ein Rittergutsbesitzer als Rädelshörer

Die Landbünderevolte treibt nunmehr seit Monaten eine wüste Hege unter den Bauern. Ganz planmäßig werden sie aufgepuscht gegen das Steuerzahler, gegen die Erwerbslosen und gegen das Reich. Jawohl, gegen das Reich, in dessen Regierung die Vertrauensmänner der nationalen Landbünderevolte den größten Einfluß haben. Der Ernährungsminister Scheele steht auf seiner Landbünderevolte, die von den Rittergutsbesitzern aufgejagt wird. Dort wird er, der Vertreter der großagrarischen Interessen, gefeiert, wofür er dann demagogische Reden hält. Daß gerade unter seiner Ministerschaft die Landwirte in eine besonders schwere Notlage geraten sein wollen und zu einem Teil auch geraten sind, das sieht ihn wenig an. Er macht die Hege munter mit — auch gegen das Reich. Daß es von ihm und seinen Berufs- und Klassen-genossen ausschließlich regiert wird, darüber werden die Bauern, die wie früher so auch in der Republik nur die Werkzeuge der Rittergutsbesitzer und Feudalherren sind, bewußt hinweggetäuscht. Die deutschnationalen führen die Hege. Bald wird es mit ihrer Herrschaft in der Regierung vorbei sein und sie hoffen, daß dann die Hege sich noch stärker gegen eine „Links“regierung auswirkt, die auch sie für sehr wahrscheinlich halten. Möge politischer Weitblick die Sozialdemokratie davor behüten, Teilhaber der Nachfolgerin der Bürgerblockregierung zu sein!

Die verlogene und demagogische Hege der deutschnationalen Landbünderevolte hat nach dem Sturm auf das Finanzamt in R. zu einer Bauernrevolte in Schlesien geführt. Der Soz. Presseklub berichtet darüber:

Am 19. März 1928 war bei einem Landwirt in Langenöls, Kreis Nimptsch, eine Versteigerung geplündeter Gegenstände wegen Steuerrückständen angelegt. Im Hinblick auf die vom Landbund im Kreis Nimptsch geschürte Erregung unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung und die wiederholten Aufforderungen, Zwangsversteigerungen nicht ruhig hinzunehmen, hatte der Landrat vorsorglich eine Schutzpolizei bereitgehalten. Zur Versteigerung selbst waren aus Langenöls und den umliegenden Dörfern circa 800 bis 900 Menschen zusammengeströmt, die die Versteigerung zu verhindern suchten, indem sie durch Herumtollen den Verkehr zum Grundstück hemmten und durch Abhängen von Tüchern die Tätigkeit des Versteigerungsbeamten erschwert. Während der Versteigerung gab ein Erwerbsloser ein Angebot auf ein Schwein unter der Bedingung ab und erhielt den Zuschlag. Der den Kreislandbund Nimptsch führende Rittergutsbesitzer Schimpff wies daraufhin die Umstehenden auf den Erwerb des Schweines durch den Erwerbslosen hin und forderte auf, Erwerbslosen in Zukunft keine Arbeit mehr zu geben. Die Schutzpolizei nahm den Rittergutsbesitzer, daraufhin in Schutzhaft, weil er die Menge durch sein Benehmen aufhebe. Nun drängte die Menge gegen die Polizeibeamten und das Grundstück vor; sie mußte schließlich unter Benutzung des Gummiknüppels von der Polizei zurückgetrieben werden. Bei diesem Zurückdrängen

wurden einige Beamte von der Menge abgedrängt, so daß der Führer des Polizeikommandos den Befehl gab, die auf dem Wagen bereitgehaltenen Karabiner und Maschinenpistolen schußfertig zu machen. Es kam jedoch nicht zur Anwendung der Waffen. Die Versteigerung konnte indessen nicht fortgesetzt werden.

Nach der Volkszeitung ist Drahtzieher der ganzen Bewegung der Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer v. Schimpff, der bereits vor 8 Tagen, als in Großgörsch im gleichen Kreis eine Zwangsversteigerung angelegt worden war, in der Nimptscher Zeitung Der Landmann folgende „Bekanntmachung“ erließ: „Wir landwirtschaftlichen Säger von der heitern Berge fingen von jetzt an zu den bekanntwerdenden Zeiten an den bekanntwerdenden Orten in großer Zahl.“ Herr v. Schimpff gehört zum Vorstand des Landbundes. Wie dieser Junter so haben auch andere in den letzten Monaten die Bauern aufgepuscht; aufgepuscht nicht zuletzt auch gegen die Arbeiter und Erwerbslosen. Im schlesischen Landbund wurde von dem Arbeitslosenversicherungsgesetz als von einer Prämie für Arbeitslose gesprochen. Gegenüber diesem organisierten Treiben will es nichts besagen, wenn dann im letzten Augenblick einzelne Landbünderevolte die Bauern vor gewalttätigen Ausschreitungen gewarnt haben. Die Frucht dieser Hege mußte einmal plagen. Und sie plagt nun.

Hätten Arbeiterführer die proletarischen Massen mit den Karolen bearbeitet, mit denen die Landbünderevolte die Bauern bearbeitet haben, die deutsche Republik hätte Hunderte von Staatsanwälten auf einmal aufgebodet, um sie wegen Verbrechen nach Paragraph 309b des Strafgesetzbuchs zu bringen. Den Schimpffs und Korfforten ist nichts geschehen. Vereinzelt versucht jetzt hier und da eine Staatsanwaltschaft den Eindruck zu erwecken, als sei vor der Justiz der Republik jeder gleich. Wir wollen abwarten, was dabei herauskommt. Wenn aber gar irgendwo Arbeiter- oder Arbeitslose so gehandelt hätten, wie die Bauern in R. und Langenöls, dann hätte die ganze Justiz und die ganze öffentliche Meinung — das ist die bürgerliche Presse — gegen die Arbeitslosen scharf Stellung genommen. So aber finden die Blätter, die sonst für „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ eintreten, entschuldigende Gründe in Massen. Die Notlage gewisser bäuerlicher Schichten zugegeben — aber haben tausende, vielleicht hunderttausende Arbeitslose nicht schon in viel trostloseren Verhältnissen monats- und jahrelang leben müssen, als jetzt die, notleidende Landwirte? Sind dem Arbeiter trotz seines Hungerleidens je Lasten erleichtert oder Steuern erlassen worden? Sind nicht vielmehr in Tausenden von Fällen arbeitslosen Familienmitglieder von dem arbeitslosen Hausvater noch Stöße gepöbelnd worden, weil er diese oder jene „Schuld“ nicht begleichen konnte? O, die Notlage eines großen Teils der Arbeiterschaft ist viel schlimmer, seit Jahren viel schlimmer, als die der Landwirte. Aber nie hat ihre Klage das Verständnis und die schnelle und weitgehende Bereitschaft zur Hilfe gefunden, wie die Klage der Landwirte. Die Arbeiter werden sich merken, daß diese Republik ihren „Bürgern“ gegenüber zweierlei darreicht: den sich wild gerbernden Landbünderevolte die Hundert von Millionen Mark spendende Hand — dem armen, arbeitslosen, verhungernenden Proletariat die Hungerpeitsche und den Gummiknüppel und bei Hungerrevolten das Zuchthaus.

Der unbequeme Vorschlag

Die kapitalistische Front gegen Litwinow

Gestern wurde hier in einem stark gefüllten Auszuge die Rede wiedergegeben, mit der Litwinow, der Führer der russischen Delegation, auf der Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission den Abrüstungsvorschlag seiner Regierung begründet hat. Seit Rußland sich an den Abrüstungsberatungen beteiligt, wird sein Kampf für die Abrüstung damit herabzusetzen versucht, daß gesagt wird, die Russen trieben in Wirklichkeit nichts anderes, als nur Propaganda. Wir glauben, daß damit weder der vorliegende Vorschlag, noch das sonstige Eintreten der Russen für die Abrüstung abgetan werden kann. Gerade für die Sozialisten in allen Ländern ist der Kampf für die Abrüstung mehr oder weniger eine Propaganda unter den Massen, die für das sozialistische Ziel gewonnen werden müssen, und wie wir uns nicht der Illusion hingeben, als sei innerhalb der kapitalistischen Welt die wirkliche Abrüstung zu erreichen, so haben auch die Bolschewisten Rußlands nicht diese Auffassung. Auf der vierten Tagung der Vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz erklärte Litwinow am 30. November 1927:

„Die Regierung der Sowjetunion bleibt dabei — eine Meinung, der sie übrigens seit je Ausdruck verliehen hat —, daß unter dem kapitalistischen Regime keine Veranlassung besteht, an die Beseitigung der Ursachen bewaffneter Konflikte zu glauben. Militarismus und große Flotten sind notwendige, natürliche Folgen des kapitalistischen Systems. Schon durch die Tatsache ihres Anwachsens verlieren sie die bestehenden Gegensätze, indem sie den Ausbruch latenter Konflikte beschleunigen und diese unvermeidlich in bewaffnete Konflikte verwandeln.“

Wenn die russische Regierung trotzdem einen Vorschlag von 63 Paragraphen bei dem Völkerbundsekretariat einreichte, so wird es ihr bestimmt zuerst darauf angekommen sein, die Täuschung, die von den kapitalistischen Staatsmännern aller Länder in der Abrüstungsfrage getrieben wird, vor der ganzen Welt als Täuschung darzustellen. Die Chamberlain, Stresemann, Briand und andre reden nun seit nahezu 10 Jahren von der Abrüstung, berufen eine Konferenz nach der andern ein, so daß es doch überall Leute gibt, die meinen, daß von ihnen wirklich die Abrüstung und der Frieden komme. Daß es trotz der vielen Jahre auch nicht zu einem einzigen ernstem Schritt gekommen ist, wird von ihnen leicht übersehen. Kein Vertreter irgendeines kapitalistischen Staates hat bisher einen Vorschlag zur wirklichen Abrüstung gemacht. Es sind die Russen, die zum erstenmal klipp und klar die vollständige Beseitigung sämtlicher militärischer Streitkräfte zu Wasser, zu Lande und in der Luft einschließlich der Kolonien vorschlagen. Mit dieser Beseitigung soll sofort begonnen werden, so daß im ersten Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages bereits 50 Prozent aller Truppen und militärischen Rüstungen abgebaut sein sollen. In weiteren drei Jahren soll dann die vollkommene Demobilisierung sämtlicher Armeen, Flotten, Luftstreitkräfte durchgeführt sein. Der Vorschlag fordert weiter die Schleifung sämtlicher militärischer Befestigungen, die Aufhebung der Munitions- und Kriegsindustrien und sieht schließlich die Kontrolle der Durchführung dieser Bestimmungen vor. Ein sehr konkreter Vorschlag also, den Litwinow in seiner großen Rede am Montag begründet hat. Er nahm den Vertretern der kapitalistischen Länder von vornherein einen schon früher vorgetragenen Einwand weg, indem er erklärte, die Sowjetregierung sei bereit, die bewaffneten Kräfte der Union entsprechend ihrem Konventionsoorspruch völlig abzuschaffen, so bald derselbe Beschluß von den andern Staaten gefaßt und gleichzeitig durchgeführt wird. Also nicht die Methode: Sahnmann, geh du voran, die bisher von allen Völkerbundsmächten befolgt worden ist. Daß diese radikalen Abrüstungsvorschläge den Vertretern der andern Mächte unbequem sind, ist verständlich. Sie hätten es gern vermieden, zu ihnen überhaupt Stellung zu nehmen. Nachdem aber die Russen auf eine frühere Einladung hin ihre Mitarbeit zugesagt haben und in der Front der Wegner der russischen Vorschläge durchaus keine einheitliche Auffassung besteht, mußte die Erörterung auf der gegenwärtigen Tagung zugelassen werden. Dabei zeigt sich nun, daß die andern Delegationen nicht klar sind, wie am besten über die russischen Vorschläge hinwegzukommen ist. Es mag für manche erstaunlich erscheinen, daß ausgerechnet der Führer der deutschen Delegation, Graf Bernstorff, in seiner Rede „sehr warm“ für sie eingetreten ist. Er, der Vertreter eines Landes, in dem seit Jahren legal und illegal aufgerüstet wird! Wir meinen, daß die Erklärung dafür gar nicht so weit abseits liegt. Deutschland, dessen legale Rüstungsmöglichkeiten durch den Versailleser Friedensvertrag beengt sind, ist stark interessiert daran, den ehemaligen Siegerstaaten immer wieder zu zeigen, wie sie ihre eigenen Grundsätze und Versprechungen gebrochen haben. Außerdem entspricht die Stellungnahme Bernstorffs auch der sonst in der deutschen Außenpolitik der letzten Jahre geübten Taktik, die weltpolitischen Gegensätze auszunutzen zur Stärkung der eigenen Stellung. Wahrscheinlich, daß mit der weiteren Behandlung des russischen Vorschlages England die deutsche Delegation von der scheinbar sich den Russen anschließenden Haltung abbringen und dafür Versprechungen oder Zusicherungen auf bestimmten Gebieten macht. Bestimmt wäre es ganz falsch, zu

Das Hilfsprogramm angenommen

SPD Berlin, 21. März. (Radio.)

Der Hauptausschuß des Reichstages hat gestern abend das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft verabschiedet. Die Verteilung der ausgeworfenen Mittel, soll auf Grund von Richtlinien erfolgen, die mit Zustimmung des Reichrates, und eines 28gliedrigen Ausschusses des Reichstages festgelegt werden soll. Der Ausschuß nahm u. a. folgende Entscheidung an: „Die Reichsregierung zu ersuchen, so fort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Pfändungen und Zwangsversteigerungen bei mit Roggenbankhypotheken belasteten bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieben aufzuhalten und die Vermittlungsstelle anzuweisen, so fort die notwendigen Mittel aus dem der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Fonds zwecks Umschuldung der hochbelasteten bäuerlichen Betriebe anzufordern.“

Noch einer

Der Oberstaatsanwalt des Landgerichts Schwerin hat gegen den Geschäftsführer des Kreislandbundes Schwerin, Bremer, ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die Verordnung über Aufreizung zum Steuertreue eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft steht in der Entscheidung des Landbundes, in der es heißt, „wir können und wollen nicht mehr Zahlungen an die öffentliche Hand leisten“, sowie „Wir sind nicht gewillt, Zwangsmaßnahmen weiterhin zu ertragen“, einen Verstoß gegen die angeführte Verordnung.

Das „Don-Komplot“

In der Moskauer Zeitung Rabotshaja Gazeta werden Einzelheiten über die organisierte Wirtschaftsabotage in Schachtin i mitgeteilt. Danach richtete sich die Anlage u. a. gegen die Familie Kolobup. Emiljan Kolobup sei früher Direktor, kurz vor der Revolution Besitzer der Donezki-Grubenschicht geworden, habe dann die Partei der Denikins genommen. Nach dem Einzug der Sowjets gingen die Kolobups und ihr Anhang an, in den Gruben im „Don-Bassin“ zu arbeiten. Kolobup wurde Wirtschaftsführer eines Schachtes. Er wurde von Arbeitern vertrieben, fand immer wieder an anderen Schächten Beschäftigung, weil er stets von den Ingenieuren und den technischen Leitungen geschützt wurde. Einer seiner früheren Beamten wurde inzwischen sogar Oberingenieur. Nun wird gegen die Kolobups die Beschuldigung erhoben, sie hätten in Erwartung der Rückkehr der früheren Besitzer die Schächte explodieren lassen, die Arbeiter gegen die Sowjetmacht aufgebracht und die technischen Leitungen überredet, keine neuen Schächte zu öffnen usw. Hierfür werden Beispiele angegeben. So ein Fall im Schacht Bessergewka. Als von oben her der Plan der Erweiterung dieses reichen Schachtes geplant wurde, erklärten die Sozialen Ingenieure, die von den früheren fremden Besitzern besetzt sind, einstimmig, dieser Schacht sei wertlos. Gleichzeitig haben sie, sagt das Blatt, mit allen Mitteln die Schachtausrüstung sowohl zerstört als auch teilweise gestohlen. Darauf verstand der Schacht aus den offiziellen Dokumenten, als sei er gar nicht vorhanden! Der „Nomo-Moskwa“-Schacht wurde ebenfalls von den Kolobups mit Hilfe ihrer Anhänger unter Wasser gesetzt und die Ausrüstung vorher gestohlen. Der Schacht gehörte teilweise betrieblchem Kapital. Ueber die gestohlenen Ausrüstungen wurden von den Beschuldigten genaue Listen geführt.

"Hilfe, wir sollen abrüsten!"

Die russische Ruß

Die Debatte über den Abrüstungsvorschlag

SPD Genf, 20. März.

Die Antworten der Mächte auf den russischen Totalabrüstungsvorschlag, die in der Dienstagtagung der Abrüstungskommission gegeben wurden, zeigen, daß heutzutage kein Staat es wagt, rundweg einen Abrüstungsvorschlag abzulehnen, andererseits aber so viele Einwände gegen jeden Weg der Abrüstung vorgebracht werden, daß es schwer sein dürfte, in absehbarer Zeit wirkliche Abrüstungsmassnahmen praktisch durchzuführen.

Der Italiener wies darauf hin, daß die verschiedenen Staaten verschieden reich an Rohstoffen, Industrien und Bevölkerung seien und fragte, wie nach einer Totalabrüstung die freie Entwicklung jeder Nation gewährleistet werden könne. Der Franzose bedauerte, daß der russische Plan ein selbständiges Ganzes sei, das auf die bisherigen Arbeiten der Abrüstungskonferenz keine Rücksicht nehme, und behauptete, daß man infolgedessen nur nach einer gründlichen Prüfung über den Plan entscheiden könne.

Der konservative Engländer Cushendon nahm in einer zweistündigen Rede eine Prüfung der russischen Vorschläge vom national-englischen Standpunkt vor. Noch mehr als dies. Er tat das, was der deutsche Vertreter leider versäumt hatte, er wies auf die unseugbar propagandistischen und völkerverfeindlichen Bestandteile der russischen Entwürfe hin. Er wies nach, daß der russische Plan nicht nur die Heere der Welt abschaffe, sondern auch den Völkerbund. Die Konvention sieht vor, daß ihre Ratifizierung in 5 Hauptstädten der Welt hinterlegt werde, aber nicht in Genf. Zur Kontrolle der Abrüstung sollen besondere Organe geschaffen werden. Versätze gegen die angenommene Abrüstungskonvention sollen von einer Versammlung der Staaten gehandelt werden. Der Engländer stellte dann die peinliche Frage, ob Rußland den Frieden für beide Arten von Krieg wolle oder ob es nur gegen den internationalen Krieg sei, dagegen wie bisher für den

meinen, daß Verstoriff etwa mit demselben ehrlichen Willen für die völlige Abrüstung eintritt, wie das Litwinow für die Russen getan hat. Er kann sich ja den Schmerz leisten, da er sicher ist, daß die andern in geschlossener Front dagegen stehen. Während die Vertreter der übrigen Mächte sich mit Bemerkungen gegen den russischen Vorschlag begnügten, bemühte sich der Führer der englischen Delegation, der konservative Cushendon, einen "stichhaltigen" Grund vorzutragen. Dieser Engländer hat herausgefunden, daß Rußland nicht nur die Heere, sondern auch den Völkerbund abschaffen wollte. Im ganzen russischen Vorschlag sei nicht ein einziges Mal der Völkerbund erwähnt. Wenn er dieser "grandiosen Entdeckung" anfügte, daß der Paragraph, der das Verbot des Drudens von Militär- und Dienstgeschichten verlange, wohl in Rußland möglich sei, aber "mit den westeuropäischen Anschauungen über Druckfreiheit und Pressefreiheit" sich nicht vertrüge, so kann ihm die Arbeiterklasse Westeuropas nur mit einem lauten Lachen antworten. In Deutschland, in Frankreich, in Italien, ja selbst in England ist die Drucks- und Pressefreiheit ein sehr schwarzes Kapitel, was in Italien durch tausende Zeitungsgalgen und in den übrigen Ländern durch viele hunderte Jahre von Freiheitsstrafen wegen "literarischen Hochverrats" oder sonstiger Preßvergehen proletarischer oder linksbürgerlicher Friedenskämpfer dokumentiert wird. Mit solchen Floskeln kann der Engländer den wahren Grund der Ablehnung des russischen Vorschlages nicht verhehlen. Wir wissen: für die Herren des britischen Weltreiches ist er ja noch ganz besonders aus dem Grunde unannehmbar, weil ausdrücklich auch die völlige Beseitigung des Militarismus in den Kolonien verlangt wird. Das würde die sofortige Auflösung des Weltreiches zur Folge haben.

Der russische Vorschlag war notwendig. Notwendig vor allem auch deshalb, weil er die grundsätzliche Feindschaft aller kapitalistischen Staaten gegen die wirkliche Abrüstung enthüllen und so die Kräfte einer selbständigen proletarischen Abrüstungspolitik stärken mußte. Wir bedauern es deshalb außerordentlich, daß der Vertreter des sozialdemokratischen Preßdienstes in Genf die wirklichen Gründe der Ablehnung durch die kapitalistischen Völkerverfeindungen nicht sieht und in seinem Bericht über die gestrige Sitzung keinen Hehl macht aus seinen Sympathien für die Rede des konservativen Engländer. Meint der Soz. Preßdienst im Ernste, daß das internationale Proletariat etwa an der Schulter Chamberlains und Cushendons erfolgreich für die Abrüstung wirken kann? Die sozialistische Arbeiterinternationale ist nach ihrem letzten Bericht zur Abrüstungsfrage ganz offenbar nicht dieser Auffassung. Es scheint uns dringendes Gebot der Stunde zu sein, daß hier endlich die letzten Illusionen beseitigt werden. Der Soz. Preßdienst ist um so mehr dazu verpflichtet, als anderthalbhundert sozialdemokratische Zeitungen seine Berichte völlig unkritisch veröffentlichen.

Kann die Bourgeoisie aller Länder um ihrer Herrschaft willen nicht auf den Militarismus und seine unaussprechliche Aufrüstung verzichten, so muß die Arbeiterklasse um ihrer selbst willen ihren Kampf gegen die Bourgeoisie organisieren und alle Mittel der Propaganda und der Politik benutzen, ihre Front zu erweitern und zu festigen. Gewiß, der russische Abrüstungsvorschlag wird nicht angenommen werden, die Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission wird ihn so oder so begraben, aber der Kampf der Arbeiterklasse für die Abrüstung, gegen den imperialistischen Krieg geht nun erst recht mit verstärkter Kraft weiter.

Bürgerkrieg. Die Politik in den Kolonien bei den egoistischen Völkern zeige, daß man zwar die Heere abschaffen wolle, aber nicht Injurgentionen. In bezug auf einen Paragraphen, der das Verbot des Drudens von Militärskizzen und Kriegsgeschichten verlangt, und die Zerstörung aller vorhandenen militärischen und kriegsgeschichtlichen Bücher, bemerkte der Engländer mit seinem Spott, daß das wohl in Rußland möglich, aber mit den westeuropäischen Anschauungen über Druckfreiheit und Pressefreiheit (?) nicht vereinbar sei. Die Bolschewisten würden auch wohl kaum zugeben, daß man Bücher über ihre eigene Entwicklungsgeschichte, die äußerst kriegerisch sei, verbiete.

Sehr bedeutsam waren die englischen Bemerkungen zum Flottenabrüstungsplan. Ob es richtig ist, daß die im russischen Plan vorgesehenen Wachtschiffe, wie der Engländer behauptete, nur bei gutem Wetter auf hoher See fahren dürfen, mag dahingestellt bleiben. Sehr wichtig aber war die nochmalige Erklärung, daß England bereit sei, auf neuen Flottenkonferenzen über eine wesentliche Herabsetzung der Seerüstungen zu verhandeln. Die Frage sei, sagte Cushendon, ob der russische Vorschlag mit dem eigenen Entwurf der Kommission harmonisiere und die andere, ob er mit den Völkerverfeindungen übereinstimme. Das müsse gründlich geprüft werden. Vor endgültiger Entscheidung sei der russische Plan den Regierungen zu übermitteln. England würde glücklich sein, wenn die vollständige Entwaffnung und die vollständige Abschaffung des Krieges durchgeführt werden könne, aber nur sorgfältige Arbeit und lange Entwicklung könne zu diesem Ziel führen. Der Engländer hat die Russen schließlich, ihren Plan als ehrlichen Beitrag zu dieser Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Dann sprachen noch der Japaner und der Kanadier. Der Japaner war ebenso eifrig wie höflich. Er wies darauf hin, daß Rußland nicht Mitglied des Völkerbundes sei und infolgedessen die Frage vorkauf berechtigt sei, wie weit sein Plan in der Abrüstungskommission geprüft werden könne. Er hoffe, daß Rußland durch seine Mitarbeit in der Abrüstungskommission dem Völkerbund genähert werde. — Am Mittwochvormittag werden Schweden, Amerika und Polen Stellung nehmen.

Landbündlerterroristen

Vor einigen Tagen hatte der Vorsitzende der christlich-nationalen Bauernpartei, Gutschkeher Baum, nach Eisenberg in Thüringen eine Landbünderversammlung einberufen. Wie wir damals bereits mitgeteilt haben, war an die Einleitung die Drohung mit Bestrafung im Falle des Nichterscheinens geknüpft. Die Landbündler gehen aber mit ihren terroristischen Massnahmen noch viel weiter. In derselben Versammlung ist eine Entschließung angenommen worden, die wohl den Gipfel des Landbündlerterroris darstellt. In der Resolution heißt es u. a.:

- 1. Wir üben äußerste Zurückhaltung im Verkehr mit Nichtmitgliedern, da wir es als ehrenrührig (!) ansehen, heute nicht dem Landbund anzugehören. 2. Wir leisten Nichtmitgliedern, auch wenn sie zur Nachbarschaft oder Verwandtschaft gehören, keinerlei Gefälligkeiten mehr. 3. Nichtmitgliedern leisten wir keinerlei Führen, weder Geld- noch Privatföhren (z. B. bei Hochzeiten, auch nicht für Geld). 4. In Bewandlungen leisten wir nur Völkerverfeindungen. Die übrigen Hilfsmaßnahmen unterlassen wir grundsätzlich und unter allen Umständen. 5. Handwerker, soweit diese im Nebenberuf Landwirte sind, aber nicht dem Landbund angehören, besuchen wir nicht mehr mit der Durchführung von Arbeiten. 6. Wir besuchen in Zukunft nur noch solche Gastwirtschaften, deren Inhaber oder Wächter Mitglieder des Landbundes sind. 7. Das Sprunggeld für Bullen wird für Nichtmitglieder in jedem Falle um 50 v. H. erhöht, soweit nicht andere Bestimmungen diesem Beschluß entgegenstehen.

Diese Beschlüsse gelten als letzte Mahnung an alle Nichtmitglieder des Landbundes, sich unserer Bewegung anzuschließen. Wir werden jeden, der sich nicht bis zum 1. April unserer Bewegung anschließen hat, in der Landbündler-Zeitung veröffentlichen. Ebenso verlangen wir, daß ein jeder Landwirt, der jetzt oder später auftreten sollte, in der Thüringischen Landbündler-Zeitung veröffentlicht wird.

Dieser Beschluß der Bauernbündlergruppe, die wie zum Hohne nach das Wörtchen "Christlich" in ihrer Firma führt, ist zweifellos eine Reklamation der in der Wahl ihrer Kampfmittel gewöhnlich wählerischen Landbündlerterroristen. Um so unverständlicher ist es, daß der Innenminister des Freistaates Thüringen, als er über die haarsträubenden Drohungen zur Rede gestellt wurde, erklärte, er habe nichts dagegen einzuwenden, denn andere Parteien hätten auch schon ähnliche Drohungen ausgesprochen. Und dieser Mann, der mit sozialer Verständnis für die terrorisierenden Agrarier seines Amtes als Minister des "Ordnungsoblastes" waldet, nennt sich auch noch Demokrat! Wunderlich unter solchen Umständen noch ein Mensch, wenn die Landbündler von Tag zu Tag dreister werden und immer mehr zu Terror- und Gewalttaten greifen?

Verschiedene thüringische Kreisverwaltungen haben für ihre Vollstreckungsbeamten beim Ministerium des Innern polizeilichen Schutz angefordert, da sich die Landbündler, "keine Abgaben mehr zu zahlen", schon fähig auswirken. Wird der "demokratische" Herr Minister sich auch hier auf den Standpunkt stellen, daß gegen dieses Treiben der Landbündler nichts einzuwenden ist? Dann wird er sich aber wohl oder übel damit abfinden müssen, daß sich dann auch andere Kreise ähnliche Freilassen gestatten.

Erwerbs- und Obdachlose demonstrieren

SPD Kopenhagen, 21. März (Radio).

In den letzten Wochen wurden in Kopenhagen und ebenso in der dänischen Provinz sorgfältig ErwerbslosenDemonstrationen veranstaltet. Das Eigenartige an diesen Demonstrationen war, daß sich die Demonstranten bei ihren Kundgebungen nicht auf ihren Wohnsitz beschränkten, sondern von Dorf zu Dorf zogen und auf ihr Elend hinwies. Am Dienstag ist es in der dänischen Hauptstadt wiederum zu einer großen Erwerbslosendemonstration gekommen, wie sie die Stadt bisher noch nicht gesehen hat. Aus verschiedenen Teilen des Landes waren am Vormittag Hunderte von Obdachlosen und Erwerbslosen nach Kopenhagen gekommen. Sie schlossen sich nachmittags zu einem Zug zusammen, der zum Reichstag marschierte und bis dahin auf eine hunderttausend Personen anwuchs. Dem Minister des Innern wurde durch eine Deputation eine Resolution mit den Forderungen der Demonstranten überreicht. Abends erhielt jeder Teilnehmer ein Abendessen, außerdem wurde ihm Unterkunft zugewiesen. Die Ordnung ist nirgends gestört worden.

Deutschland und Polen

SPD Berlin, 21. März. (Radio.)

Amlich wird darauf hingewiesen, daß die zuständigen Stellen der Reichsregierung gegenwärtig die Auswirkung der politischen Grenzonenverordnungen prüfen. Ingesamt beständen bezüglich der Niederlassungen und Ausübung von Handel und Gewerbe in den Grenzbezirken große Unsicherheiten, die noch der Klärung bedürfen. Von dem Ausgang der hierzu notwendigen Verhandlungen will die Reichsregierung ihre Stellungnahme über Fortsetzung oder Abbruch der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen abhängig machen.

Neue deutsch-russische Verhandlungen?

III Kowno, 21. März.

Wie aus Moskau gemeldet wird, bewertet die Sowjetregierung auf Grund des Berichtes Schleifers den Abbruch der deutsch-russischen Besprechungen nur als eine Unterbrechung der Verhandlungen. Die Berliner Verhandlungen hätten gezeigt, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern sehr wohl weiterbestehen und noch ausgebaut werden könnten. Die Sowjetregierung werde eine neue Einladung zu Besprechungen abwarten, da die erste Einladung sowie die Initiative zum Abbruch von deutscher Seite erfolgt sei. Dem Vernehmen nach soll Schleifer sich dahingehend geäußert haben, daß sofort nach der Beilegung des Donez-Wischnen-falles die Verhandlungen wieder aufgenommen werden würden.

Die freigelassenen Ingenieure

Der deutsche Ingenieur Goldstein, der nach mehrjähriger Haft auf freien Fuß gesetzt wurde, hat am Dienstag die Rückreise nach Deutschland angetreten. Der ebenfalls inzwischen aus der Haft entlassene Monteur Wagner befindet sich zur Zeit noch in Gortow. Ingesamt seien gegenwärtig noch 3 deutsche Ingenieure im Gefängnis zu Kowno. Die anfängliche Behauptung, daß sich unter den verhafteten Deutschen u. a. ein Mann namens Koster befindet, hat sich nicht bestätigt. Der deutsche Vorkämpfer in Moskau, der im Auftrage des Auswärtigen Amtes in Berlin fast jeden Tag zur Förderung der Angelegenheit im russischen Außenkommissariat vortritt und erst am Dienstag mit Tschitscherin eine ausführliche Besprechung führte, hat u. a. auch auf den unwürdigen Zustand hingewiesen, daß bis heute die genauen Verfassungen der verhafteten deutschen Ingenieure noch nicht zu haben seien.

Tschitscherin gegen Baldwins Wahlflüge

III Kowno, 20. März.

Aus Moskau wird gemeldet, daß die Erklärungen Baldwins im Parlament über die Kenntnis Tschitscherins von dem Sinowjewbrief offiziell dementiert werde. Die Sowjetregierung erklärt, daß Tschitscherin schon deshalb von dem Briefe nichts wissen konnte, weil ein solcher tatsächlich niemals existiert habe. Auch die Nachrichten darüber, daß in der Sowjetunion ein russischer Staatsangehöriger wegen des Sinowjewbriefes erschossen worden sei, entsprechen nicht den Tatsachen. Die Sowjetregierung sei davon überzeugt, daß der berüchtigte Sinowjewbrief vom Gesandtschaftsrat der polnischen Gesandtschaft in London, Jechanowski, hergestellt worden sei.

Die Partei der Spiegel

J. B. Die "illegale" Tätigkeit der Kommunisten, die bei den allgemeinen Möglichkeiten politischer Arbeit in der Tschechoslowakei nur dem Gang nach geheimnisvollen Abenteuern und vielleicht auch dem Drang nach mehr oder minder unkontrollierter Geldgebung entspringt, bringt es natürlich mit sich, daß die Partei von Politzspiegeln aller Art wimmelt. Nunmehr hat ein früherer Funktionär der KPdSch, Gorowitsch, im Právo Lidu öffentlich gegen den Generalsekretär der KPdSch, Jilka, die Anklage erhoben, daß er lange Zeit sehr intime Beziehungen zu einem solchen Spiegel unterhalten habe. Jilka hat diese Anklage damit abtun wollen, daß er erklärte, er selbst sei es gewesen, der den Spiegel enthielt. Gorowitsch erklärt aber nun neuerlich, daß dies nicht der Fall sei und daß gerade die später ausgeschlossene Opposition entgegen dem Willen Jilkas die Enttarnung vorgenommen habe.

Der Kampf um das Amnestiegesetz

Höllein entschuldigt die Fememörder

SPD Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag in zweiter Lesung nochmals mit dem Amnestiegesetz. Abg. Everling erklärte für die Deutschnationalen, daß sie nicht mehr jeden in jeder Richtung begnadigen wollten, sondern nur denjenigen, der in wirklicher oder vermeintlicher Abwehr von Angriffen auf die Interessen des Landes oder Volkes gehandelt habe. Abg. Höllein (Komm.) erklärte unter heftigen Angriffen auf die Sozialdemokraten,

daß er den kommunistischen Antrag auf Ausschlag der Mordtaten der Fememörder von der Amnestie ausdrücklich zurückziehe. Auch die Fememörder seien nur Werkzeuge und Opfer einer Politik, die andere gemacht hätten.

Abg. Landsberg (Soz.) hob hervor, daß die sozialdemokratische Fraktion nach wie vor dem Gedanken einer allgemeinen Amnestie mit der größten Sympathie gegenüberstehe und alles tun wolle, um sie zustandezubringen. Wie nach dem Kapp-Putsch eine Amnestie eingetreten sei, so sei sie auch jetzt notwendig. Er wüßte nur, daß die Kommunisten mit derselben Energie auch in Rußland für eine Amnestie eintreten, wo ihre Freunde sich wenig geneigt zeigten, einen Stich unter die Bergangeneheit zu machen. In den russischen Kerker schmeckten heute noch viele proletarische Gefangene. Den Kommunisten sei es offensichtlich hauptsächlich um die Verhinderung des Hochvertragsprozesses gegen die kommunistischen Reichstagsabgeordneten zu tun. Kein Mensch könne mehr wünschen, daß dieser Prozeß aufgerollt werde. Die Sozialdemokraten wollten sofort eine Amnestie beschließen, wenn sie oder nicht zustandekommen, werde der neue Reichstag sie sofort nach seinem Zustandekommen zu machen haben. Die Amnestie marschiere und sie werde kommen. Von einer Amnestie, die von den Deutschnationalen beschloffen würde, würden nur die Rechtsradikalen Gewinn haben. Aber die Kommunisten schienen ja alles zu schlucken, was die Deutschnationalen ihnen zu tun, und zwar selbst die Einföhrung von noch schwebenden Verfahren, welche die Aufhebung von Morden zum Ziele hätten. Die Erzbergermörder würden also zurückkommen und sich am Wahlkampf beteiligen, ja sogar als Kandidaten auftreten können.

Abg. Schulze (Ztr.) erklärte, daß ein einstimmiger Fraktionsbeschluß des Zentrums gegen jede Amnestie vorliege. Abg. Rosenfeld (Soz.) wies die Mittelparteien auf den eigentümlichen Widerspruch hin, daß sie selbst einen Verbesserungsantrag zum Amnestiegesetz gestellt hätten, der auch angenommen sei, aber dann trotzdem gegen die ganze Amnestie gestimmt hätten.

Als nunmehr zur Abstimmung geschritten werden sollte, die nach den vorausgegangenen Erklärungen der Parteivertreter zu einer völligen Ablehnung der Amnestie geführt hätte, beantragte Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.), nochmals den Versuch zu einer Verständigung in einem Uterauschuß zu machen. Dieser Antrag wurde nach anfänglichem Sträuben der Mittelparteien angenommen.

Deutsch-englisches Rechtshilfsabkommen

SPD Am Dienstag ist — wie uns aus London gemeldet wird — zwischen dem britischen Außenminister Sir Austen Chamberlain und dem deutschen Botschafter Schamer ein deutsch-englisches Rechtshilfsabkommen unterzeichnet worden, das auf zivile und Handelsachen, einschließlich nicht strittiger Sachen, Anwendung findet. Das Abkommen, das sich im Rahmen ähnlicher, von Deutschland mit anderen Staaten abgeschlossener Abmachungen hält, soll einen Monat nach dem Austausch der beiderseitigen Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Politik und Geschäft

Der Plauener Stresemannprozess vor dem Reichsgericht

F. K. Am 10. September 1925 schrieb der Plauener Rechtsanwalt Richard Arthur Müller einen Brief an die Deutsche Volkspartei. In dem Briefe wurden Stresemann schwere und ehrenrührige Vorwürfe gemacht. Es war von der Locarno-Lüge des Außenministers die Rede. Vor allem aber sollte Stresemann die Politik zum Geschäft, zu eigenem Vorteil mißbraucht haben. Müller warf Stresemann Korruption schuldig. Müller warf Stresemann Korruption schuldig. Müller warf Stresemann Korruption schuldig.

Stresemann erhob gegen Müller Klage. Am 11. April 1927 wurde der Rechtsanwalt vom Schöffengericht in Plauen wegen Beleidigung Stresemanns zu 10 000 Mark Geldstrafe oder 100 Tagen Gefängnis verurteilt. Müller hatte behauptet: 1. Stresemann war Mitglied des Ausschusses des Evaporator A. G., der Jude Litwin Direktor der Gesellschaft und Stresemanns Freund. — Das hielt das Schöffengericht für erwiesen. 2. Die Evaporator A. G. hat versucht, Kriegsmaterial nach Polen zu verschleppen. — Das Schöffengericht hielt diese Behauptung nicht für erwiesen. Wohl sei Kriegsmaterial während der Polenmärsche nach Polen verschoben worden, aber nicht von der Evaporator A. G. Allerdings habe die Gesellschaft Schrot, völlig unbrauchbare Granaten, nach der Tschechoslowakei verschoben wollen.

3. Die Wagen mit dem für Polen bestimmten Kriegsmaterial sind in Dresden beschlagnahmt worden. — Das Schöffengericht hielt für erwiesen, daß 29 Waggons mit dem für die Tschechien bestimmten Schrot der Evaporator A. G. in Dresden beschlagnahmt wurden.

4. Gegen die Schuldigen wurde ein Strafverfahren eingeleitet. — Das Schöffengericht stellte fest, daß gegen drei Leitende der Evaporator A. G. ein Strafverfahren eingeleitet worden war.

5. Stresemann hat in dieses Verfahren eingegriffen mit dem Erfolge, daß es veranderte.

Diese für den Beleidigungsprozess wichtigste Behauptung Müllers hielt das Schöffengericht für unwahr, mindestens für nicht erwiesen. Allerdings habe Stresemann die Behauptung der Evaporator A. G. wegen der Beschlagnahme des Schrots durch einen Brief an den Minister Scholz unterstützt. Eine Begünstigung landesverräterischer Bestrebungen sei aber keinesfalls bewiesen.

Rechtsanwalt Müller legte gegen seine Verurteilung Berufung ein, die am 19. Juli 1927 mit der Verwerfung der Berufung durch das Landgericht Plauen endete. Auch die Berufungen der Staatsanwaltschaft und des Nebenklägers Stresemann mit dem Ziele auf Erkenennung einer Freiheitsstrafe wurden verworfen, obwohl noch einmal ein großer Apparat aufgebaut worden war. Es blieb also bei 10 000 Mark Geldstrafe oder 100 Tagen Gefängnis.

Gegen dieses Urteil der zweiten Instanz meldete Müller Revision beim Reichsgericht an, die am Dienstag vor dem 1. Strafsenat verhandelt wurde. Stresemann hatte zwei Anwälte geschickt, Müller war mit zwei Anwälten erschienen. Als der Präsident des ersten Strafsenats das Angebot der fünf Senzen erblickte, fragte er: „Kommen die Herren alle in der Sache Müller? Warum denn nicht gleich ein Duzend?“ (Allgemeine Heiterkeit.)

Der Senat fällte folgendes Urteil: Das Urteil der Strafkammer Plauen wird, was das Strafmaß angeht, aufgehoben und die Sache zur neuen Strafverurteilung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

In der Begründung wurde kurz ausgeführt, daß der Zusammenhang zwischen dem ersten und dem zweiten Briefe entgegen der Auffassung des Vorderrichters nicht vorliege, da die durch den ersten Brief begangene Beleidigung verjährt war. Deshalb könne dem Urteil nur noch der zweite Brief als Grundlage dienen. Es sei aber immerhin fraglich, ob die Strafkammer zur höchstzulässigen Geldstrafe gegriffen hätte, wenn sie lediglich den ersten Brief zur Grundlage des Urteils machte. Im übrigen stehe einwandfrei fest, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis in allen Punkten seiner Behauptungen mißglückt sei.

Der Lichterfelder Landfriedensbruch

Politische Vagabunden und Rowdys

SPD Vor dem Schöffengericht in Lichterfelde bei Berlin begann am Montag der Prozess gegen die Nationalsozialisten, die am 20. März 1927 einen maßlos rohen Überfall auf die Roten Frontkämpfer begingen. Auf der Anklagebank sitzt der Häufel-führer, der Bader Willi Schäfer, genannt „Rilbejahl“. Die anderen sechs, Polkin, Bergmann, Rinkwitz, Grunemann und die kaufmännischen Angestellten Kramer und Kern, befanden sich nur einen Monat in Haft. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch, Gewalttätigkeiten gegen Personen, Körperverletzung und Plünderung. Die nationalsozialistische Arbeiterpartei hatte in Trebbin ihre Jahresfeier. In dem Vorortzuge, der die Nationalsozialisten nach Lichterfelde bringen sollte,

befand sich auch die Kapelle der Roten Frontkämpfer. Schon unterwegs kam es zu Reibereien, auf dem Bahnhof Lichterfelde fielen dann 400 Nationalsozialisten über die Roten Frontkämpfer her, während zwei weitere Hundert den Bahnhof von außen bekürten. Die Polizei war machtlos. Das Ergebnis der Schlacht auf dem Bahnhof Lichterfelde waren 21 Verletzte, zerbrochene und geplünderte Musikinstrumente, demolierte Eisenbahnsteife, mehr als hundert Schottersteine, drei ausgeschlagene Zähne, die später in dem Wagen gefunden wurden. Auch trugen zwei Nationalsozialisten Schußwunden davon.

Die Angeklagten bestreiten, sich in irgendeiner Weise strafbar gemacht zu haben. Es sei nicht wahr, daß der Angeklagte Schäfer schon beim Bestehen des Zuges in Trebbin gerufen habe: „Schlagt die Hunde tot“, und daß er mit einem Revolver in der Hand in den Wagen eingedrungen sei. Es sei auch nicht wahr, daß die Nationalsozialisten in Lichterfelde die Kommunisten mit Steinen bombardiert hätten. Geschossen hätten nur die Kommunisten. Zu dem Prozess sind von der Staatsanwaltschaft 100 Zeugen geladen.

Aus was für Elementen sich die Hakenkreuzverbände zusammensetzen, kann man sich vorstellen, wenn man hört, was der demokratische Zeitungsdienst über die politische „Karriere“ des Hauptangeklagten mitteilt. Nach der Darstellung des DZD war dieser Hakenkreuzführer erst Reichswehrsoldat, dann linksradikaler Kommunist, schließlich schloß er sich den Rechtsradikalen an. Anfang 1926 trat er zur nationalsozialistischen Arbeiterpartei über. Mit Recht bezeichnet die demokratische Korrespondenz solche Elemente als politische Vagabunden, von denen sich jede ernsthafte politische Partei freihalten sollte.

Disziplinarverfahren gegen einen Afghanenherzog?

Wie die Zeit-Notizen hören, schweben innerhalb des Preussischen Staatsministeriums Überlegungen, wie man sich zu dem zweifelhaften Verstoß gegen den Artikel 108 der Reichsverfassung, der die Annahme von Orden und Titeln schließt, durch den Staatssekretär des Staatsministeriums, Herrn Weismann, der einen mit dem Herzogentitel verknüpften afghanischen Orden angenommen hat, verhalten sollte. Ein Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung ist noch nicht formuliert, dürfte aber bereits in der nächsten Sitzung des Staatsministeriums gestellt werden.

Die Sozialdemokratie im Vormarsch Gemeindevahlerfolge in Karlsbad und Prag

II Prag, 10. März.

Heute fanden in Prag und in Karlsbad die Gemeindevahlen statt. In Prag haben die Deutsche Nationalpartei 8 Mandate, die Deutsche Volksgemeinschaft 11 Mandate, die deutschen Nationalsozialisten 2 Mandate, die Tschechische Partei 4 Mandate, die deutschen Sozialdemokraten 7 Mandate und die Wirtschaftsgemeinschaft 1 Mandat errungen. Der allgemeinen Tendenz entsprechend haben die nationalen Parteien an Stimmen gewonnen, während die Deutsche Volksgemeinschaft 3 Mandate verloren hat. Ueberaus stark zugenommen haben die Sozialdemokraten und Kommunisten. Bezeichnend ist weiter das Ansteigen der tschechischen Stimmen in Karlsbad. Hier haben die deutschen Christlich-Sozialen 884 Stimmen, die tschechische Gewerkepartei 216 Stimmen, die tschechische Wahlgruppe 448, die deutschen Nationalsozialisten 1159 Stimmen, die Deutsch-Demokraten 877 Stimmen, die Kommunisten 331 Stimmen, die deutsche Gewerkepartei 708 Stimmen und die Deutschnationalen 4994 Stimmen erhalten. Gegenüber den Parlamentswahlen im Jahre 1925 haben fast alle Parteien an Stimmen zugenommen, besonders die deutschen Sozialdemokraten, welche einen Stimmenzuwachs von 446 Stimmen zu verzeichnen haben.

Landtagswahlen in Böhmen

WB Bregenz, 10. März.

Die gestern unter starker Beteiligung durchgeführten Böhmer Landtagswahlen hatten folgendes Ergebnis: Christlich-Soziale Volkspartei 45 332 Stimmen, 21 (bisher 21) Mandate, Sozialdemokratische Partei 16 244 Stimmen, 6 (6) Mandate, Landbund für Böhmen 7337 Stimmen, 2 (2) Mandate, Großdeutsche Volkspartei 6750 Stimmen 1 Mandat (bisher 2), (das Mandat wurde im Bregenger Bezirk verloren), Nationalsozialistische Arbeiterpartei 763 Stimmen, kein Mandat (bisher ebenfalls 0).

USA-Schuldenabkommen mit Oesterreich

SPD Paris, 21. März (Radio).

Wie der New York Herald zu berichten weiß, hat der amerikanische Präsident Coolidge vom Kongress die Ermächtigung zum Abschluß eines Schuldenabkommens zwischen Oesterreich und den Vereinigten Staaten gefordert. Oesterreich soll u. a. ein langjähriges Moratorium gewünscht werden. Außerdem wollen die Vereinigten Staaten an einer neuen 100-Millionen-Dollar-Anleihe für Oesterreich teilnehmen.

Liefert die Schweiz aus?

SPD Zürich, 21. März (Radio).

Am Dienstag wurde in der Nähe von Basel ein Journalist namens Pagan festgenommen, der von der Pariser Polizei für den Mörder des Faschisten Saverio gehalten wird. Pagan hat sich in letzter Zeit in Paris aufgehalten, hat die Stadt aber am Sonntag abend studiert verlassen und ist am Montag in Begleitung einiger Arbeiter ohne Paß über die französisch-schweizerische Grenze gekommen. Der Verhaftete bestreitet entschieden, der Mörder Saverio zu sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er schon in den nächsten Tagen an die französischen Justizbehörden ausgeliefert wird.

Von der italienischen Grenze

SPD Paris, 20. März.

In der Nähe von Ventimiglia ist in der Nacht zum Dienstag ein italienischer Carabinieri ermordet worden. Der Mörder, den man bisher noch nicht feststellen konnte, schoß von dem Dach eines Güterwagens in einem durchfahrenden Zuge auf den Carabinieri. Schon der erste Schuß tötete den Soldaten auf der Stelle.

Faschistische Schandjustiz

WB Rom, 19. März.

Lavoro d'Italia meldet, daß die drei jungen Faschisten, die im November 1926 nach dem Attentat auf Mussolini in die Wohnung der Frau Lerda, der römischen Korrespondentin des Vorwärts, und in die Lokale des sozialistischen Organes der Amsterdamer Internationalen eingedrungen waren und dort als Repressalien (?) Möbel und andere Dinge zerstört hatten, heute vor Gericht sich verantworten mußten. Der Verteidiger der drei jungen Faschisten wies auf den Umstand hin, daß kein Vergehen vorliege, weil die jungen Leute die böse Absicht gehabt habe. Das Gericht machte sich die These des Rechtsanwalts zu eigen und sprach die Angeklagten, obwohl sie geständig waren, frei.

Italien in Tanger

SPD Paris, 20. März (Radio).

Die Tangertonferenz der vier Mächte beginnt heute in Paris. Die Verhandlungen sollen etwa drei Wochen in Anspruch nehmen. Schwierigkeiten erwartet man in französischen Kreisen lediglich von neuen, weitergehenden Forderungen Italiens. Italien soll nach dem bisherigen Stand der Dinge das Hygieneamt in Tanger erhalten, außerdem soll es einen Offizier zur Gendarmereiverwaltung und einen zweiten zur Entwaffnungs-Kontrollkommission, sowie einen Richter zum internationalen Gericht in Tanger stellen. Endlich soll die italienische Kolonie eine größere Beteiligung im Stadtrat erhalten.

Kommunisten für den Sieg der Reaktionäre

II Paris, 10. März.

Bei den französischen Wahlen spielt stets die Stichwahl, der sogenannte zweite Wahlgang, eine große Rolle, insbesondere für die Linksparteien. Nun erklärte der Generalsekretär der kommunistischen Partei gestern in einer Wählerversammlung, daß bei den bevorstehenden Wahlen die kommunistischen Wähler den sozialistischen Kandidaten selbst im zweiten Wahlgang ihre Stimmen zu verweigern hätten. Reaktionär Poincaré soll vergnüglich gegrint haben, als er diese Meldung las!

Notizen

II Der amerikanische Marineattaché Wilbour hat den Kongress um die Bewilligung von 4,5 Millionen Dollar zum Bau von zwei großen Zeppelin-Luftschiffen erlucht. Um den Bau der Luftschiffe sofort in Angriff nehmen zu können, hat Präsident Coolidge den Kongress aufgefordert, zunächst 1,5 Millionen Dollar zu bewilligen.

II In Washington wurden vier Ungarn und eine Ungarin verhaftet, als sie vor dem Weißen Haus demonstrierten, während sich eine Delegation von 50 Ungarn bei Coolidge befand. Die Demonstranten trugen Plakate mit der Aufschrift: „Rassenmörder Horthy und Sie entehren Kossuth“.

Die Botschafterkonferenz ist am Montag im französischen Außenministerium zusammengetreten. Ueber die Tagesordnung der Sitzung wird offiziös mitgeteilt, daß laufende Angelegenheiten erledigt wurden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herre in Leipzig.
Verantwortlich für den Inzeratenteil: Hugo Seyffand in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

SALAMANDER

Frühjahrsmodelle
übertreffen die höchsten
Erwartungen an
Eleganz, Passform
und Verarbeitung



Strümpfe
in allen Farben
GARANTIERT
ERSTE WAHL

Petersstraße 16

Leipzig

Petersstraße 16

Einnahmen des Reiches im Februar

Die Gesamteinnahmen des Reiches aus Steuern, Zöllen und Abgaben werden für den Monat Februar 1928 mit 611,5 Millionen Mark angegeben gegenüber 1008 Millionen im Monat Januar.

Ein Vergleich der Februar-Erträge mit dem Aufkommen im Monat Januar ist nicht möglich, da in beiden Monaten besondere Zahlungstermine fallen.

Table with 5 columns: Item, Febr. 28, Febr. 27, 1. 4. 27 bis 28. 2. 28, Voranschlag. Rows include Insgesamt, Davon: Abgaben, Lohnsteuer, Kapitalertrag, etc.

Auffallend ist das Absinken der Lohnsteuer, die im Januar 1928, selbst nach Abzug von 11 Millionen Mark Erstattungen, noch 130 Millionen Mark erbrachte.

Der Staatspräsident und die Ehrhardt-Putschisten

Der Wikingerbund setzt seine Ministerarbeit fort, Professoren, Großindustrielle und Personen in höchsten Staatsstellungen unterstützen ihn dabei.

Stuttgart, den 16. April 1927. Kronenstraße 40, 111. Lieber Herr v. Jagow!

3. Heutige Unterredung mit dem Staatspräsidenten Bazille: Der Staatspräsident empfing mich sehr nett und freundlich und gewährte mir trotz seiner stärksten Inanspruchnahme 10 Minuten zum Vortrag.

4. Ueber die Beschaffung von Geldern sagte mir Bazille: Direkt kann ich nichts machen. Sie können sich aber bestimmt darauf verlassen, daß ich mich persönlich dafür einsetzen werde, daß Ihnen Mittel beschafft werden.

Von Bazille ist man allerlei gewöhnt, was aber der junge Haegeler, der übrigens ein Sohn des bekannten Erlanger Großindustriellen ist, da schreibt, ist denn doch reichlich viel.

Am Ende langer Kämpfe

Das Liquidationsschädengesetz

Berlin, den 20. März.

Seit Jahren währt nun der Kampf, den die Liquidationsschädigten um die Erhebung ihrer Ansprüche, die im Vertrag von Versailles, also vor bald zehn Jahren, festgelegt worden sind.

Die Liquidationsschädigten gehören in der Hauptsache zu den einstigen Auslandsdeutschen, den „Pionieren deutscher Kultur“, wie sie sich großsprecherisch selbst bezeichnen.

Die Schadenanprüche der Liquidationsschädigten begründen sich auf jene Werte, die zu Beginn und während des Krieges von den gegnerischen Mächten entzogen worden sind.

Die Mehrheit der Liquidationsschädigten betrifft Kreise, deren Schäden, nach einer Aufstellung der Reichsregierung mit einem Friedenswert im Einzelfall bis zu 10 000 Mark beziffert werden.

Die von der Regierung zur Verfügung gestellten Mittel müßten unter die vierhunderttausend Geschädigten so verteilt werden, daß einem möglichst großen Teil der Geschädigten, deren Existenz zusammengebrochen war, wirksam geholfen werden könne.

Leidtragende des verlorenen Krieges und in beiden Fällen tragen die großkapitalistischen Schichten die eigentliche Schuld.

Die Frage war nun die, welche Beträge können zur Befriedigung der Liquidationsschäden geleistet werden?

- a) für die ersten 5000 Mark des Grundbetrags 100 v. H., b) für die weiteren 15 000 Mark des Grundbetrags 50 v. H., c) für die weiteren 30 000 Mark des Grundbetrags 30 v. H., d) für die weiteren 50 000 Mark des Grundbetrags 25 v. H., e) für die weiteren 100 000 Mark des Grundbetrags 20 v. H., f) für die weiteren 200 000 Mark des Grundbetrags 15 v. H., g) für die weiteren 40 000 Mark des Grundbetrags 10 v. H., h) für die weiteren 50 000 Mark des Grundbetrags 5 v. H., i) darüber hinaus 2,5 vom Hundert.

Das Bestreben der sozialdemokratischen Vertreter im Ausschuss war dahin gerichtet, einen sozialen Ausgleich herbeizuführen, bezogen auf die unteren Gruppen möglichst günstig gestellt werden sollten.

SPD Der Antrag Dr. Hoff (D. Sp.) auf Verlängerung des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen bis zum 31. Dezember 1928 wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

In der fortgesetzten zweiten Beratung des Etats wird der Haushalts des Reichstages ohne Aussprache bewilligt. Ein kommunistischer Antrag, wonach den Rechnen des Reichstagsrestaurants auch in den Parlamentsferien das Gehalt fortgesetzt werden soll, kommt im Hammelsprung zur Abstimmung.

Am 15.30 Uhr wird die neue 405. Sitzung eröffnet. Der kommunistische Antrag wird dem Vorstand des Reichstages zur Vorberatung überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Kriegsschäden-Schlusgesetzes.

Abg. Buchwitz (Soz.)

weist darauf hin, daß 400 000 Geschädigte auf die Verabschiedung dieses Gesetzes warten.

Die von der Regierung zur Verfügung gestellten Mittel müßten unter die vierhunderttausend Geschädigten so verteilt werden, daß einem möglichst großen Teil der Geschädigten, deren Existenz zusammengebrochen war, wirksam geholfen werden könne.

Nach weiterer Debatte, in der Abg. Jadasch (Komm.) das Gesetz als einen weiteren Versuch bezeichnet, die Kleinen auszuportieren und die Großen zu bereichern, wird am 19.15 Uhr die Weiterberatung auf Mittwoch, 14 Uhr, vertagt.

BULGARIA

Advertisement for KRONEN cigarettes featuring a large graphic of a cigarette pack and the text 'Die beste 5-Mark-Zigarette!' and 'KRONEN'.

Advertisement for Gummi-Klose (rubber gloves) from Größtes Spezialhaus für Gummwaren, Leipzig-Hainstr. 17-19.

Advertisement for Stets erkaltet! (Always cold!) featuring a product called Valenol-Körper-Puder, described as a remedy for colds and flu.



Genossenschaftliche Eigenproduktion Oppach und Seiffhennersdorf

Die Genossenschaften sind ebenso wie die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft hervorgegangen aus dem Abwehrkampf, den das Proletariat gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung führen muß. In charakteristischer Weise zeigt sich das in der Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion, die in ihren Anfängen vielfach oder zumeist produktgenossenschaftlicher Zusammenschluß gemahrender Arbeiter war, namentlich in Sachsen, in dem Mutterlande der alten polizeistatlichen Reaktion und dem Geburtslande der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. Aussperrung von Arbeitern und dauernde Brotlosmachung ihrer Führer ließen den Gedanken reifen, Produktionsgenossenschaften zu gründen, die den Verfeimten eine neue Existenz schaffen sollten — und auch schufen, zum bitteren Leid gequälter Gegner der Arbeiterschaft. So entstand Anfang der vierziger Jahre als Folge des Vorgehens der Dresdner Schneidermeister gegen die organisierten Schneider die Produktgenossenschaft der Schneider in Dresden, und etwa 10 Jahre später als Folge des brutalen Verhaltens der sächsischen Textilbarone die Genossenschaftsweberei in Cunewalde. Beide sind die Anfänge eines heute bedeutsamen Zweiges genossenschaftlicher Betätigung der Großhandels- und Konsumvereine (kurz GGG genannt), Vorläufer des großen Schneidereiwerks in Seiffhennersdorf und der Weberei in Oppach.

Schwer genug freilich ist den Pionieren der genossenschaftlichen Eigenproduktion die Arbeit gemacht worden; was ihnen Privatproduzenten an Hindernissen in den Weg stellen konnten, das geschah in ausgiebigem Maße und mit diabolischem Haß. Aber schließlich siegte doch das neue, das genossenschaftliche Prinzip, und es waren nicht zuletzt auch Leipziger Genossen, die diesem Prinzip zum Siege verhelfen, so Emil Böttiger, Albin Schöber und Hermann Thiele, die sich namentlich und hervorragend in der Cunewalde-Oppacher Genossenschaftsweberei betätigten, als Gründer und als Mitglieder der Verwaltung.

Es wäre sehr reizvoll und für die heutige Generation recht nützlich, eine eingehende Darstellung vom Werden und vom Aufbruch der beiden Genossenschaften zu geben. Der beschränkte Raum einer Tageszeitung verbietet uns das leider. So möge nur aufgeführt sein, daß die Dresdner Schneiderei-Genossenschaft, die sich seit ihrem

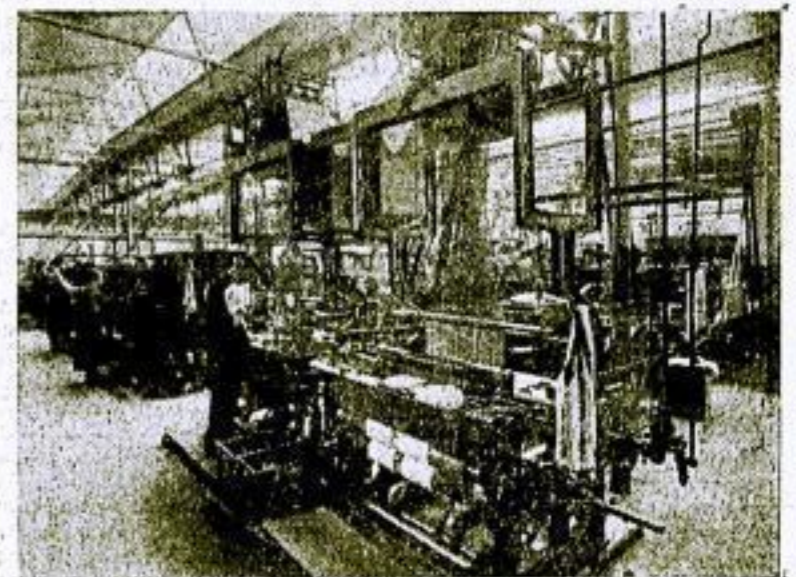
Entstehen nur mit Mäßigkeit befaßt hatte, darauf gut entwickelte, daß sie 1901 zur Anfertigung von Arbeitskleidung übergehen konnte. In Seiffhennersdorf bei Zittau gab der Genosse Gustav Krenz sein Häuschen zum Betriebe her und so konnte die Produktion beginnen — unter weiterhin all den Schwierigkeiten, die die kapitalistische Konkurrenz dem genossenschaftlichen Arbeiterbetriebe nur irgendwie zu bereiten vermochte. Es fehlte an Betriebskapital, und selbstverständlich verweigerten die Lieferanten auch jeden Kredit. Trotzdem entwickelte sich die Produktionsgenossenschaft allmählich so günstig, — hatte sie doch als beste Abnehmer die Konsumvereine —, daß sie von Erweiterung zu Erweiterung ihrer Unternehmung schreiten konnte, bis endlich kurz vor dem Kriege an die Errichtung eines großen modernen Fabrikbetriebes gedacht werden durfte, welches Kulturwert jedoch der Krieg verhinderte. Nach diesem ergab sich eine wesentlich glücklichere Lösung genossenschaftlicher Fabrikation: die Verbindung von Verteilung und Herstellung der Produkte in einer Hand, in der Hand der Großhandels- und Konsumvereine (GGG). Die Schneidergenossenschaft löste sich auf, die GGG übernahm den Betrieb als Kielderfabrik Seiffhennersdorf. Das neue Gebäude entstand und konnte am 4. Januar 1927 als ein weiterer genossenschaftlicher Musterbetrieb eröffnet werden.

Einen ähnlichen Entwicklungsgang nahm die Genossenschaftsweberei Cunewalde. Hier waren es die seelisch und moralisch ver-



Das noch heute in Seiffhennersdorf stehende Häuschen des Genossen Gustav Krenz, der ersten und noch sehr bescheidenen Produktionsstätte der Schneider-Genossenschaft.

härtesten Textilbarone der Lausitz, die durch ihre keine Grenzen kennende Ausbeutung die Weber zum Kampfe trieben. Im Frühjahr 1902 brach unter Führung des Genossen Schulze-Dresden der damals so großes Aufsehen erregende Cunevalder Weberstreik aus als erstes organisiertes Aufbäumen einer bis aufs Blut gepöbelten Arbeiterschaft. Die grandiose Solidarität der deutschen Arbeiter, und besonders der sächsischen Genossen, ermöglichten einen schönen Sieg der bis dahin so niedergedrückten und mühsamen Weber. Gleichzeitig reifte aber auch der Plan zur Gründung einer Webereigenossenschaft, die noch während des Streikes entstand, getragen von der Begeisterung, die der erfolgreiche Kampf ausgelöst hatte. Wo aber jedwede Barmittel fehlten, hilft auch die schönste Begeisterung nicht allzusehr, und so führten denn einsehende Schwierigkeiten 1905 zu einer Veränderung und zur Verlegung der Genossenschaft nach Oppach, wo ein größerer Betrieb erworben wurde, der nur mit besonderer tatkräftiger Unterstützung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz einen lebhaften Aufschwung nahm. Bis noch während des Krieges die Ueberführung auch dieser Produktionsgenossenschaft in die Großhandels- und Konsumvereine erfolgte; ab 1. Januar 1918 ging der Betrieb unter ihrer Firma.



Ein Bild in den Webstuhl der heutigen GGG-Weberei in Oppach.

Die Kopfseite zeigt das Lausitzer Dorf Oppach, das in absehbarer Zeit ebenfalls einen großen und modernen GGG-Webereibetrieb aufweisen wird.

Wie der Betrieb in Seiffhennersdorf mit der Uebernahme eine gewaltige Veränderung erfuhr, so wird in absehbarer Zeit auch Oppach in neuer räumlicher und technischer Gestalt entstehen als neues Glied in der Kette planmäßiger genossenschaftlicher Produktion, als ein weiterer Stützpunkt im Aufbau sozialistischer Gemeinwirtschaft.

Eingelaufene Schriften.

- Margarete Neuh, Liebeswunder. Buchdruck von Thea Schuster. — B. H. Weiskopf, Die Jungen vom „Weiß“, Peter Cendras Abenteuer zu Wasser und zu Lande. — Sophie Weiskopf, Die Zeit weit und breit! Franz Schneider, Berlin, Leipzig und Wien. — Marianne Pollak, Frauenleben gestern und heute. Verlag „Das kleine Blatt“, Wien.
- Wilhelm Goldschmidt, Deutschland heute. Ernst Kappeler, Verlag, Berlin.
- Karl Mendler, Der Buchhandel in der gestrigen- und heutigen Gegenwart. Verlag bei Karl Heilmann in Potsdam.
- Temple Herford, Die Frau des Feindes. Verlag von Th. Knorr, Rastatt, Berlin.
- George Kreh, Hintergründe. 17 Reden zur Aufführung des Schwanen, in der Victoria-Bühne, Rastatt, Berlin. 2. B. Hermann Ellfeld, Lebensstellen. Verlag Weltdeutsche Verlagsgesellschaft, Rastatt.
- Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterbewegung. Ein Bild in die Gemeinwirtschaft. Herausgegeben vom Politischen Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin.
- Raphael Dubois, Lettres sur le Racisme Scientifique. Andre Delpech Editeur, 53, rue de Valenciennes, Paris.

Bluttat in Berlin

SPD Berlin, 20. März.

Eine schwere Bluttat spielte sich am Dienstagmorgen in Berlin im Hause Tischler Straße 73 ab. Dort überfiel der 40 Jahre alte Klempner Willi Forthuber den Tischler Max Seeland und dessen Frau Elisabeth und verletzete beide durch Beilhiebschläge; das Opfer liegen mit schweren Schädelbrüchen im Krankenhause. Das Motiv der Tat ist Eifersucht. Forthuber litt schon seit längerer Zeit an einer Nervenkrankheit und war deshalb bereits einmal in einer Heilanstalt untergebracht. Er verdächtigte seine Frau der Untreue. Ohne jeden Grund nahm er an, daß sie mit dem Tischler Max Seeland, der im gleichen Hause wohnt, Beziehungen unterhalte. Infolgedessen kam es oft zu Streitigkeiten zwischen den Ehegatten, so daß die Frau vor einiger Zeit die Wohnung verließ, um zu Angehörigen zu ziehen, und die Scheidungslage einzuleiten. Forthuber vermutete nun fälschlicherweise, daß Seeland seine Frau veranlaßt habe, die Wohnung zu verlassen. Er schwor ihm Rache, beschaffte sich eine Axt und überfiel den Tischler, als dieser gegen 8 Uhr die Treppe herunterkam. Mit einem wuchtigen Anstoß streckte Forthuber Seeland zu Boden, der mit lautem Aufschrei zusammensank. Als Frau Seeland auf den Hilferuf hinlief, schlug Forthuber auch sie mit der Axt nieder. Dem Täter gelang es, in der allgemeinen Aufregung zu verschwinden. Er stellte sich später selbst der Polizei, ohne jedoch eine Spur von Reue zu zeigen.

Die nackte Venus

Das Ehepaar eines Methodistenpastors in den Vereinigten Staaten langweilte sich endlich an der Seite ihres Ehemanns und wurde darüber krank. Als alle vom Hausarzt verordneten Gegenmittel fehlschlagen, wurde die Frau zur Luftveränderung ausgerechnet nach Paris geschickt. Das neue Klima bekam ihr außerordentlich gut, sie schrieb von Glück überströmende Briefe nach Hause und kündigte ihrem Gemahl auch eine Adressenveränderung an. Sie hatte nämlich einen Freund gefunden; dieser Freund, ein Pariser Maler, wohnte in der Nähe von Paris, und zu ihm zog die Frau des Methodistenpastors. Das hatte sie ihrem Ehemann natürlich nicht verraten. Der Pastor wurde aber allmählich unruhig. Das nie gekannte Gefühl der Eifersucht packte ihn dermaßen, daß er sich schließlich ein Billett löste und mit dem nächsten Dampfer übers Meer nach Frankreich fuhr. In aller Heimlichkeit langte er vor der Wohnung des Malers an. Er hatte nämlich inzwischen das Liebesnest entdeckt. Seine Frau wohnte natürlich im Atelier ihres Freundes. Dort klopfte der Pastor eines Abends an, der Maler öffnete und der Methodistenheilige sah sich einer mehr als fröhlichen Gesellschaft gegenüber, die seiner Frau trauhaft den Hof machte. Inmitten des Ateliers stand das Bildnis einer stillernden Dame. Den Pastor hielt es bei dem Anblick dieser Nacktheit nicht mehr länger und er schrie: „Schamlose, wir werden uns sofort scheiden lassen. Du bist einem Manne nackt Modell. Natürlich bist du auch keine Götze!“ Der Maler protestierte, und es bedurfte langer Bemühungen, um den Pastor davon zu überzeugen, daß das Gemälde nichts anderes war, als eine Kopie der Venus von Titian, die der Maler vergangenen Sommer in Italien an Ort und Stelle selbst verfertigt hatte.



Wandern und Reisen

Ferien-Sonderzüge 1928 der Reichsbahndirektion Halle

Von der Reichsbahn-Direktion Halle wird uns mitgeteilt:

Für die diesjährigen Urlaubs- und Ferienreisen kann wieder mit den so beliebten Sonderzügen im Juni, Juli und August gerechnet werden.

Vorteile: Ein Drittel Fahrpreismäßigung für Hin- und Rückfahrt. Schnelle Reise ohne Umsteigen nach dem Zielort. Rückreise innerhalb zwei Monaten mit jedem beliebigen Zuge. In vielen Verbindungen, insbesondere nach Bayern, Süddeutschland und nach der Ostsee, bieten die Sonderzugskarten weitere Vorteile (Antritt der Rückreise auf einer anderen Station, Benutzung von Wahlwegen, beliebige Fahrunterbrechung usw.). Also erhebliche Vereinfachung und Erleichterung der Sommerreise, dabei aber nur Hinsicht an einen bestimmten Zug, Tag und Zielort, gebunden. Im Reichsbahndirektionsbezirk Halle (Saale) werden voraussichtlich folgende Ferien-Sonderzüge zur Verfügung stehen:

1. Nach der Ostsee. Von Leipzig und Halle am 16., 29. oder 30. Juni und am 11., 21. und 28. Juli und am 11. August nach Stralsund-Rügen und Swinemünde-Carlshagen. Am 30. Juni nach Wisdrow-Kolberg. Kartenerwerb bei allen Zügen auch in Bitterfeld und Wittenberg.
2. Von Leipzig am 12. Juli je ein Zug nach Stralsund-Rügen, Swinemünde-Carlshagen und Wisdrow-Kolberg.
3. Von Leipzig und Halle über Magdeburg am 30. Juni oder 1. Juli und am 12. Juli nach Warne-Münde.
4. Für Kottbus und Senftenberg Kartenerwerb zu den Zügen von Dresden am 16. und 30. Juni, am 7., 14. und 28. Juli und am 15. August.
2. Nach der Nordsee und nach Vöbek-Riel. Von Leipzig und Halle über Magdeburg am 29. Juni und 11. Juli nach Hamburg und nach Bremen-Norddeich. Am 30. Juni und 12. Juli nach Vöbek-Riel.
2. Für den nördlichen Teil des Reichsbahndirektionsbezirks Halle die Breslauer Züge nach Hamburg und Bremen Anfang Juli und August mit Kartenerwerb in Hoyerswerda, Eßterwerda, Falkenberg und Wittenberg.
3. Nach dem Rheinlande. Von Leipzig und Halle ein Zug am 11. Juli nach Köln zum Zuge von Breslau am 4. August Kartenerwerb in Kottbus.
2. In Kottbus Kartenerwerb zu den Zügen von Breslau Anfang Juli und August.

4. Nach Baden-Württemberg.

1. Von Leipzig und Halle am 29. Juni und 11. Juli nach Basel-Konstanz und nach Stuttgart-Friedrichshafen.
2. Von Berlin im Juni und Juli mit Kartenerwerb in Wittenberg und Bitterfeld und teilweise auch in Leipzig und Halle.

5. Nach München.

1. Von Halle am 16., 23. und 29. Juni; am 7., 14., 21. und 27. oder 28. Juli; ferner am 4., 10. und 11. August. Kartenerwerb auch in Merseburg.
2. Von Leipzig am 6. Juli über Zeitz.
3. Von Dessau und Bitterfeld am 29. Juni.
4. Von Kottbus (Rüstrin) am 5. Juli mit Kartenerwerb in Finsterwalde, Falkenberg und Torgau.
5. Für Wittenberg und Bitterfeld die Züge von Berlin am 16., 23. und 30. Juni; ferner am 14. und 28. Juli und am 12. August. (In Bitterfeld jedoch kein Kartenerwerb zum Zuge am 17. Juni, 4. und 28. Juli und am 11. August.)

6. Nach Thüringen.

Von Breslau nach Eisenach am 5. oder 6. Juli mit Kartenerwerb in Kottbus, Falkenberg und Torgau.

7. Nach dem Riesengebirge.

1. Von Leipzig und Halle am 12. Juli. Kartenerwerb auch in Eilenburg, Torgau, Falkenberg, Finsterwalde und Kottbus.
2. In Kottbus Kartenerwerb zu den Zügen von Berlin am 4. oder 5. Juli und am 11. August.

8. Nach Ostpreußen (Insterburg).

Von Leipzig und Halle am 29. Juni und 11. Juli. Kartenerwerb auch in Torgau, Falkenberg und Kottbus.

Mit dieser Befanntgabe will die Reichsbahndirektion Halle (Saale) dem Publikum schon jetzt die Auswahl der Sommerreise erleichtern. Abweichungen bleiben bis zur endgültigen Veröffentlichung im Mai d. J. vorbehalten.

Sonderzug ins Erzgebirge

Da die Witterungsverhältnisse der letzten Tage im hohen Erzgebirge wiederum günstige Sportmöglichkeiten geschaffen hatten, ließ die Reichsbahn-Betriebsdirektion Leipzig am Sonntag nochmals einen Wintersport-Sonderzug nach Johanna-Georgenstadt und Eisenfeld fahren. Zifa 600 dem Wintersport huldigende Leipziger benutzten diese Gelegenheit, um Körper und Geist in reiner Bergluft zu stärken. Das Ziel wurde in vierstündiger Fahrt erreicht. Eine geringe Zahl der Fahrgäste verließ schon in Erlabrunn den Zug. Nach ehe dieser sich wieder in Bewegung setzte, sah man sie, die Vertreter an den Köpfen, die nicht allzu reichlich mit Schnee bedeckten Hänge hinaufsteigen. Der weitaus größere Teil der Wintersportler fuhr jedoch nach Johanna-Georgenstadt. Hier erlösten bei Einfahrt des Zuges frohe Wellen einer Musikfanfare. Ob diese zu Ehren der ankommenden Leipziger klang, wurde nicht ergründet, sondern in stillen Schritten dem Schnee bedeckten Gebirgsstamm zugestrichelt. Das außerordentlich schöne Wetter hat wohl jeden auf keine Rücksicht kommen lassen; Gift die stinkende Sonne trieb sie wieder zur Heimfahrt.

Reichsbahn und Reichspost

Ergebnislose Schlichtung Reichsbahn lehnt höhere Löhne ab

Die Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnstreits bei der Reichsbahn, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Organisationsvertreter haben vor dem Schlichter, Staatssekretär a. D. von Möllendorff, noch einmal ihre Forderungen vorgetragen und eingehend begründet. Sie haben dabei mit besonderem Nachdruck auf Fälle getrieben, die eine Erhöhung der Besoldung in Höhe von etwa 110 bis 115 Mark im Monat hingewiesen. Die Vertreter der Reichsbahnverwaltung haben bei den Parteiverhandlungen wieder mit einer Hebeschraube von Zahlen operiert. Der kurze Sinn ihrer langen Zahlenreihen war: Die Reichsbahnverwaltung macht kein Zugeständnis. Sie lehnt eine Lohnverhöhung nicht nur ab, weil sie angeblich kein Geld dafür hat, sondern — wie die Vertreter der Reichsbahnverwaltung betonten, — vor allem deshalb, weil eine Aufbesserung der Löhne sachlich nicht gerechtfertigt sei. Um 19 Uhr wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf Mittwoch vor-mittag vertagt. Voraussichtlich wird es am Mittwoch zu einem Schiedsspruch kommen.

Die Milchmädchenrechnungen der Reichsbahnverwaltung mit allerhand Durchschnittszahlen, die dazwischen liegen, sind reichlich lächerlich und überflüssig. Die großen Mathematiker der Reichsbahnverwaltung rechnen einfach sämtliche Bezüge, auch die Überstunden, Sonntagsarbeit usw. in Bausch und Bogen zusammen und dividieren dann drauflos. Das mit dem dabei herauskommenden Durchschnittszahlen in der Lohnfrage der Eisenbahnarbeiter im allgemeinen wie in ihren besonderen Gruppen absolut nichts anzufangen ist, liegt auf der Hand. Was im einzelnen von den Zahlen der Reichsbahnverwaltung zu halten ist, zeigt schon ihre Behauptung, daß am Lohn des Arbeiters für die Sozialversicherung heute nur etwa 12,5 Prozent, nicht aber 25 bis 30 Prozent abgezogen würden. Auch der Reichsbahnverwaltung muß doch bekannt sein, daß j. B. von Bruttolöhnen in Höhe von 175,01 Mark an gelehrmäßigen Abgaben 29,35 Mark abgehen, so daß ein Nettoverdienst von 145,66 Mark für den ganzen Monat verbleibt. Dabei ist zu beachten, daß der bei diesem Lohn in Frage kommende Arbeiter zu der Lohngruppe V, also noch zu den besser bezahlten Arbeitern gehört. Hinter dieser Lohngruppe kommen noch Tausende und aber Tausende von Eisenbahnarbeitern mit noch niedrigeren Löhnen bis herunter unter die Steuergrenze. Und angesichts solcher Lohnverhältnisse hat die Reichsbahnverwaltung die Sitze, zu erklären, eine Lohnverhöhung sei sachlich nicht gerechtfertigt.

Hannemann, geh du voran Die Taktik der Reichspost

SPD Die Lohnverhandlungen bei der Reichspost, die bereits am Montag begannen, sind bis jetzt nicht vom Fleck gekommen. Durchgreifende Erhöhungen der Grundlöhne und Sicherung des Nachkündentages — das sind die beiden Hauptforderungen der Postarbeiter, um die es bei diesen Verhandlungen geht. Die Organisationsvertreter verlangten Anpassung der Löhne an den Friedensnormlohn. Stundenzahlung wurde darüber gestritten, was bei dieser Anpassung als Berechnungsgrundlage zu dienen habe. Die Organisationen wollen, daß die Höchstlöhne zugrunde gelegt werden; die Reichspost dagegen will nur einen Reichsdurchschnittslohn als Berechnungsbasis stellen lassen, obwohl auf der Hand liegt, daß mit einem derartigen Durchschnitt nicht viel anzufangen ist, sondern davon ausgegangen werden muß, wie viel der Reichspostarbeiter am Ende der Woche tatsächlich in die Hand bekommt. Am Dienstag wurde in erster Linie die Verfürgung der Arbeitszeit

beraten. Auch in dieser Frage zeigte die Reichspost keinerlei Entgegenkommen.

Die Taktik der Reichspost geht allem Anschein nach dahin, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Sie will abwarten, bis im Lohnstreit der Reichsbahn, der bereits bei dem amtlichen Schlichter anhängig ist, ein Schiedsspruch gefällt ist, um danach ein Angebot zu machen. Auch bei den Lohnverhandlungen der Reichspost daselbe Bild wie vor kurzem in den Parteiverhandlungen der Reichsbahn: die Unternehmenseite führt keine ernsthaften Parteiverhandlungen, sondern macht von vornherein alles von der Entscheidung des amtlichen Schlichters abhängig. Die Reichsbahn hat so schnell wie möglich die amtlichen Schlichtungsinstanzen in Bewegung gesetzt, und der Spruch im Reichsbahnlohnkonflikt soll nun nicht nur für die Reichsbahnarbeiter, sondern auch für die Reichspostarbeiter wie für die Reichs- und Staatsarbeiter richtungweisend und entscheidend sein.

Der Heilige und die Betriebsratswahl

Den freien Gewerkschaften ist in Oberschlesien ein gefährlicher Gegner erwachsen, mit dem sie in Zukunft werden rechnen müssen. Es ist dies kein anderer, als der heilige Antonius. Im Oberschlesischen Wanderer vom 1. März ist nämlich folgende Anzeige zu lesen:

Herzlichen Dank

dem heiligen Antonius für erhörte Fürbitte bei der Betriebsratswahl in der Lokomotivwerkstatt.

Christliche Gewerkschaft, Lokomotivwerkstatt Gleiwitz.

Es ist sicher anerkennenswert vom heiligen Antonius, daß er sich der bedrängten Christen in der Gleiwitzer Lokomotivwerkstatt angenommen hat. Aber er hätte eigentlich doch gleich ganze Arbeit machen sollen, denn in der Gleiwitzer Lokomotivwerkstatt wurden für die christliche Gewerkschaft ganze 60 Stimmen abgegeben, während die freigeiwertliche 642 Stimmten brachten. Doch muß man dem heiligen Antonius zugutehalten, daß er sich erst in das neue Gebiet einarbeiten muß. Im nächsten Jahre wird er wohl energischer durchgreifen.

Von der Arbeit des ADGB

Brennende Fragen Ausschussung des ADGB

SPD Der Bundesausschuss des ADGB trat am Dienstag im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner XI. Sitzung zusammen. Leipart eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf für die in der letzten Zeit verstorbenen führenden Persönlichkeiten der freien Gewerkschaftsbewegung: Silberstein, Biermeier, Lint, Langner, Buse, Koffenbuhr, Dürr und erstattete dann den

Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes

in den letzten Monaten. Die Frühjahrslohnbewegung, bemerkte Leipart, ist keine Gefahr für die Wirtschaft; die Häufung der Kündigungen ist auch nicht bedenklich für die Gewerkschaftsbewegung. Alles eingreifen kann der Bundesvorstand nicht. Der sozialpolitische Sekretär, den der Bundesvorstand sucht, wird, ohne daß eine Veränderung in den Satzungen eintritt, eine engere Fühlung zwischen den Verbänden wie mit dem Bundesvorstand bei den Lohnkämpfen herbeiführen.

Im weiteren Verlauf seines Berichtes ging Leipart auf eine Reihe von Eingaben des Bundesvorstandes ein. Der Vorstand hat eine Gegendenchrift zur Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums für den Wohnungsbau eingereicht. Er verlangt von der Reichsregierung Heranziehung der Gewerkschaften zu den Konferenzen, die sich mit den Fragen der Verwaltungsreform beschäftigen. Die Eingabe über Errichtung von Lehrstühlen für Sozialhygiene an den Universitäten ist von den Universitäten meist ablehnend beantwortet worden. In Preußen und Bayern wurde die Eingabe von den Landtagen den Regierungen zur Berücksichtigung und Würdigung übergeben.

Die Verhandlungen über Mißstände bei der Durchführung der Verordnung über Berufskrankheiten sind mit dem Reichsversicherungsamt noch im Gange; der Bundesvorstand verlangt, daß zur Begünstigung freie Ärzte und von wirtschaftlichen Interessen unabhängige beamtete Ärzte herangezogen werden. Das Institut für Arbeitsphysiologie, an dem der Bundesvorstand finanziell beteiligt ist, siedelt nach Darmstadt über. Ospreußen soll demnächst als Leiter der ADGB-Bezirks-eigenen Sekretär erhalten. Der Schluß des Berichtes befaßt sich mit den Kompositionen der Einzelverbände beim Abschluß von Tarifverträgen. Hierzu empfahl der sozialpolitische Ausschuss dem

Bundesausschuss folgenden Beschluß: „Die Einzelverbände sind verpflichtet, beim Abschluß von Tarifverträgen deren Geltungsbereich auf die Berufsgruppe zu beschränken, für die ihre organisatorische Zuständigkeit vom Bund anerkannt ist.“

Leiparts Bericht und dieser Beschluß wurden einstimmig und ohne Debatte zur Kenntnis genommen. An Stelle Silbersteins wurde der Gauleiter des Deutschen Bauergewerksbundes für den Bezirk Berlin-Brandenburg, Otto Lehmann, zum Mitglied des Bundesvorstandes einstimmig gewählt.

Ueber die Reorganisation des ADGB

sprach der 2. Vorsitzende Grahnmann. Er erinnerte daran, daß die Wahl des Präsidenten und des Hauptsekretärs sowie die Bestimmung des Sitzes des ADGB noch immer nicht erledigt sind. Leipart betonte in der Aussprache, es bestehe kein Grund, dem Britischen Gewerkschaftsbund den Posten des Präsidenten freitig zu machen; somit bleibe für den Ausschuss des ADGB die Aufgabe, Vorschläge für den Sitz des ADGB und die Person des Generalsekretärs zu machen. Leipart teilte im übrigen noch mit, daß der Bundesvorstand des ADGB zur Unterstützung der von der politischen Reaktion hart bedrängten Gewerkschaften der Balkanländer 10 000 Mark bewilligt hat. In der Aussprache ergab sich als einmütige Meinung aller Verbandsvorstände, daß die deutschen Gewerkschaften nach dem Verlauf der Januararbeiten des ADGB zur Sicherlegung keine eigenen Vorschläge mehr machen werden, was natürlich nicht bedeutet, daß die deutschen Gewerkschaften darauf verzichten, in den kommenden Verhandlungen zu den Vorschlägen der anderen Landeszentralen Stellung zu nehmen.

Ueber die Vereinheitlichung der Unterstützung in den Gewerkschaften

berichtete Schlimme im Auftrag der Kommission für Verwaltungsreform. Die Reformvorschläge bezwecken vor allem Vereinfachung größerer Mittel für Streit- und Minderleistungen; es wird eine Begrenzung auf höchstens 5 Beitragsklassen für Streit- und Gemäßigtenunterstützung empfohlen. Für die Berechnung der täglichen Unterstützung soll ein für alle Verbände geltender Multiplikator in Frage kommen, dem der Hauptkassenbeitrag zugrunde gelegt wird. Beitragsstoffe, die die Mitglieder zum Bezüge von Invaliden- und Altersunterstützung berechtigen, sollen außer Anlaß bleiben. Eine Uniformierung der Leistungen ist nicht beabsichtigt und auch nicht durchführbar; die Kommission empfiehlt daher die übrigen sozialen Unterstützungen mit Ausnahme der Arbeitslosenunterstützung in dem bisherigen Umfang zu belassen und die Um-

Familien-Nachrichten

Unsere liebe Mutter, Schwieger- u. Großmutter
Frau verw. Wilhelmine Sporbert
geb. Lehmann
wurde im Alter von 77 Jahren am Montag, dem 19. März, in aller Stille eingeseiert.
Leipzig — Berlin — Köthen/Anhalt
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen unseren Mitgliebern die traurige Mitteilung, daß wir gestern unseren alten, guten Ernst, unseren Vereinerwärt
Ernst Tischner
dem ewigen Schlaf übergeben haben.
Sein größter Wunsch, an der Auskündigung unseres diesjährigen Jubiläums aktiv teilzunehmen, war ihm leider nicht vergönnt.
Ein aufrichtiges Gedenken ist ihm sicher!
„Frei Welt!“
Schönefelder Fußball-Vereinigung 03, o. V.
Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Am 18. März verschied nach schwerem Leiden im Alter von 21 Jahren unser lieber, liebevoller Sohn und Bruder
Karl Wunderlich
Leipzig N 22, Hallische Straße 131.
In tiefem Weh.
Familie Paul Wunderlich.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 22. März, nachm. 3 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.



SO
reinigt VIM
Ihre Töpfe!

Kochgeräte, Tisch und Herd
Putz mit Vim, es ist bewährt.



Vergleichen Sie
bitte selbst
Qualitäten
und Preise

und überzeugen Sie sich bitte durch einen
zwanglosen Besuch unserer Läger von den
Vorteilen unserer Angebote.

Sie finden bei uns stets eine große Auswahl
in schönen und trotzdem auffallend billigen

Gardinen
und allen Artikeln für eine neuzeitliche
Fensterausstattung.

Methner

Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer
Gardinen-Fabriken Georg Methner & Co.

Neumarkt 2-4, Ecke Grummische Straße
Lindenau, Demmerstraße 32, am Markt — Eisen-
bahnstr. 70, zwischen Ostbad und Kirchstraße
Gohlis, Hallische Straße, Ecke Lindenthaler Straße

...unterstützung in ihrer Höhe (abgesehen von der Unterstützung für Gewerbetreibende) zu begrenzen. Für die von zahlreichen Verbänden bereits eingeführte oder geplante Inzidenzunterstützung hat die Kommission einheitliche Grundsätze ausgearbeitet und den Vorständen der Verbände zur Stellungnahme unterbreitet, worüber später entschieden wird. Der Bundesauswahlschuß stimmte den gegenwärtig vorliegenden Vorschlägen der Kommission einmütig zu.

Der Hüttenschiedspruch rechtsgültig? Das Urteil des Landes-Arbeitsgerichts

Dienstag mittag verkündete das Landes-Arbeitsgericht Dresden als Berufungsinstanz im Rechtsstreit des Metallarbeiterverbandes gegen den Verband der Metallindustriellen über die Gültigkeit des Schiedspruches für die sächsische Hüttenindustrie folgende Entscheidung:

„Auf die Berufung des Beklagten wird das Urteil des Arbeitsgerichts Dresden dahin geändert, daß die Klage abgewiesen wird.“

Somit hat das Landes-Arbeitsgericht das Urteil des Arbeitsgerichts, das bekanntlich den Schiedspruch für ungültig erklärte, aufgehoben. Den Mittelpunkt der Verhandlungen, die sich über zwei Tage erstreckten, bildete die Sonntagsarbeit in den Schmelzbetrieben der Hüttenwerke, die nach Ansicht des Metallarbeiterverbandes gegen die Bestimmungen über die Sonntagsruhe verstoßen. Das Arbeitsgericht hatte sich dieser Meinung angeschlossen und aus diesem Grunde den Schiedspruch für ungültig erklärt. Gegen dieses Urteil hatte der Verband der Metallindustriellen Berufung eingelegt.

Die Berufungsverhandlung zeichnete sich durch die sich widersprechenden Gutachten der beiden Sachverständigen, des Betriebsratsvorsitzenden und eines Direktors der Mitteldeutschen Stahlwerke in Aue, aus. Die Gutachten gingen nicht nur in der Beurteilung der tatsächlichen Arbeitsleistungen auseinander, charakteristisch war auch, daß der Direktor mehr mit theoretischen Ausführungen über die geplante Durchführung des Schiedspruches nach seinem Wortlaut den Industriellen die vollständige Durchbrechung der Sonntagsruhe ermöglichte. Bei der bekannten Unersättlichkeit der Schwerindustrie sei mit dieser Möglichkeit durchaus zu rechnen.

Die Vertreter des Metallarbeiterverbandes gipfelten ihre Rechtsauffassung dahin, daß die Durchführung des Schiedspruches nach seinem Wortlaut den Industriellen die vollständige Durchbrechung der Sonntagsruhe ermöglichte. Bei der bekannten Unersättlichkeit der Schwerindustrie sei mit dieser Möglichkeit durchaus zu rechnen.

Das Landes-Arbeitsgericht begründete sein Urteil damit, daß die Möglichkeit eines Vertrages gegen die Gewerbeordnung noch nicht berechtigt, einen Vertrag für gesetzlich zu erklären.

Der Metallarbeiterverband wird sich mit dem Urteil des Landes-Arbeitsgerichts nicht zufriedengeben und Revision beim Reichsarbeitsgericht einlegen. Bis zu dieser endgültigen Entscheidung des Reichs-Arbeitsgerichts bleibt es bei dem Abkommen des Metallarbeiterverbandes mit dem Verband der Metallindustriellen, demzufolge die Arbeit am 6. März wieder aufgenommen worden war.

Sächsische Metallindustrie

Verlagte Verhandlungen im Elektrowerke

Dresden, 20. März.

Die heutigen Parteiverhandlungen im sächsischen Elektrowerke, die in Dresden stattfanden, sind, ohne ein Ergebnis erzielt zu haben, verlagert worden. Die Unternehmer weiterten sich vor allem, in der Frage der Einteilung der Arbeiter Zustände zu machen.

Dienstag begannen vor der Schlichterkammer in Dresden die Verhandlungen über den Manifest in der sächsischen Metallindustrie. Die Verhandlungen werden Mittwoch fortgeführt.

Arbeitszeit im Bergbau

Ergebnislose Verhandlungen an der Ruhr

WIB Essen, 20. März.

Die heute fortgeführten Verhandlungen über das Mehrarbeitsabkommen im Ruhrbergbau verliefen ergebnislos. Die Gewerkschaften blieben bei ihrem Verlangen nach einer Verkürzung der Schichtdauer unter und über Tage auf 7 bzw. 8 Stunden, die unter Hinweis auf die Selbstkosten und die Abfahrlage des Ruhrbergbaus vom Zechenverband abgelehnt wurden. Die Gegenanschläge des Zechenverbandes wurden von den Gewerkschaften ebenfalls abgelehnt. Der Zechenverband hat den Schlichter der an den heutigen Verhandlungen teilzunehmen verhindert war, angezweifelt und ihn ersucht, die Schlichtungsverhandlungen am 28. und 29. März abzuhalten.

6-Uhr-Ladenschluß

Die Angestellten im Einzelhandel

Das Verbandsorgan des Zentralverbandes der Angestellten äußert sich zum 6-Uhr-Ladenschluß für die Angestellten im Einzelhandel wie folgt:

Eine der geplagtesten von allen Angestelltengruppen sind die Angestellten des Einzelhandels. Während die Angestellten anderer Wirtschaftszweige sich wochentäglich wegen des früheren Geschäftschlusses einiger freier Nachmittagsstunden erheuen können und das Problem des Wochenebnes für sie schon recht kurz vor der Lösung steht, sind die Verkäuferinnen, Kassiererinnen und Paketkontrollanten von früh bis spät auf den Beinen. Selbst wenn die letzte Kundin sich mit ihren Paketen schon auf dem Heimweg befindet, herrscht im Waren- und Kaufhaus und in den übrigen offenen Ladengeschäften noch bewegtes Treiben. Die Läger werden aufgeräumt, die Waren zugeordnet, die Kassen abgerechnet. Uebermüdet und abgelenkt tun die Angestellten bis zuletzt ihre Pflicht, oft noch durch Ueberstunden über das übliche Maß hinaus angefordert.

Im Laufe von Tarifverhandlungen, in denen auch das Problem der Arbeitszeit berührt wird, äußern sich die Arbeitgeber meist dahin, daß die im Einzelhandel übliche Arbeitszeit, unterbrochen durch eine längere Pausenzeit, gesünder sei, als die sogenannte englische Arbeitszeit, die nur von kurzen Pausen unterbrochen wird, dafür aber in den Nachmittagsstunden endet. Wir können wohl zugeben, daß diese Frage auch von den Arbeitgebern nicht einheitlich beantwortet wird; allerdings sind die Engländer als ein im allgemeinen gesundes und sportfähiges Volk bekannt. Für uns ist die Beurteilung des Wertes der Pausenzeit vor allem davon abhängig, ob sie wirklich geeignet ist, dem Angestellten als Ruhepause zu dienen. In kleinen Orten, in denen der Weg nach Hause und wieder zur Arbeit nicht erheblich ins Gewicht fällt, mag wohl die Möglichkeit eines Ausruhens gegeben sein. Für Großstädte kommt dies jedoch nicht in Frage, da Entfernung und Verkehrsverhältnisse zusammenwirken, um nicht nur den Angestellten die Ruhezeit selbst zu rauben, sondern zu der Arbeitsanspannung neue Anstrengung hinzuzufügen. Man spricht in der Großstadt nicht umsonst von der täglich zu leistenden „Bekehrungsarbeit“, die bei den großen Entfernungen zu bewältigen ist.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 21. März 1928.

Bund der Freidenker, Ortsgruppe Paunsdorf, Gambelinus, Paunsdorferstraße, 19,30 Uhr.

Sächsische Angelegenheiten

Das Programm der Altsozialisten

Der Volksstaat veröffentlicht in seiner Dienstag-Ausgabe das Parteiprogramm, das gleichzeitig als Wahlprogramm für die kommenden Reichstagswahlen der sogenannten „Altsozialistischen Partei Deutschlands“ dienen soll, das im Auftrage des Vorstandes der Renegatenpartei von einer besonders ausgewählten Kommission ausgearbeitet wurde.

In dem Programm, in dem sich die Sozialisten wiederum fälschlicherweise als sozialistische Partei bezeichnen, wird vor allem die seit langem bekannte nationalsozialistische Einstellung der NSDAP erneut bestätigt, währenddem der proletarische Charakter, den dieses Gruppchen angeblich besitzen will, fast überhaupt nicht in Erscheinung tritt. In dem Programm wird u. a. gefordert:

Die Erziehung des gesamten Volkes zur Wehrhaftigkeit und Pflege eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Volk und Reichswehr.

Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien.

Die Aufrechterhaltung des Versailler Friedensvertrages.

Durchführung der Abrüstung aller Länder bis auf den Stand der deutschen Rüstung.

Schon diese kurze Auslese kennzeichnet zur Genüge, daß das Programm der „Altsozialisten“ einen Vergleich mit dem Programm der Nationalsozialisten ausschließt. Die bürgerlichen Blätter hatten deshalb auch mit ihren Sympathien für das „altsozialistische“ Programm durchaus nicht zurück. U. a. schreiben die deutschen nationalen Dresdner Nachrichten folgendes dazu:

Das altsozialistische Programm, das schon jetzt mit Rücksicht auf die vor der Tür stehende Wahlbewegung veröffentlicht wird, macht in seiner Gesamtheit einen sympatisch wirkenden Eindruck, und zwar in erster Linie wegen seiner fast unterirdischen nationalen und staatspolitischen Einstellung, die in der Forderung der Pflege des Staatsgedankens und der positiven staatlichen Arbeit gipfelt. Das ist ein Hauptmerkmal, worin sich der Altsozialismus von dem Linkssozialismus unterscheidet, und gerade auch hierin ist die besondere Möglichkeit zu einem Zusammenwirken mit den bürgerlichen Parteien gegeben. Aus dieser grundsätzlichen nationalen Einstellung ergibt sich dann folgerichtig die Betonung der Notwendigkeit, die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes auszubilden. Für die auswärtige Politik fällt unter den gleichen nationalen Rahmen das Verlangen nach einer Revision des Versailler Gewaltdikates.

Der volksparteiliche Dresdner Anzeiger, das Organ des Herrn Blüher, schreibt dazu:

Dieser Programmwurf folgt aufs neue, daß die Altsozialisten mit der Sozialdemokratie nicht mehr viel gemeinsam haben, obwohl sie gleichfalls Republik und Sozialismus betonen. Die Hervorhebung des nationalen Gedankens und damit der bedingungslosen Staatsbejahung bildet die höchste Scheidewand.

Doch nicht nur das Organ des Herrn Blüher ist der sehr richtigen Auffassung, daß die Eud, Geld und Winnig mit der Sozialdemokratie nichts mehr gemein haben, auch die Leipziger Neuesten Nachrichten, das Organ der Sakentruiser, äußern sich in ähnlichem Sinne. Die Leipziger Neuesten Nachrichten schreiben zu dem Programm der Abhängigen Sächsischen Patrioten folgendes:

Das Programm der Altsozialisten ist ein deutsches Reich der Abkehr dieser Kreise von der betonten Interimskostigkeit, mit der sich die Leute am Größeren brüsten. Mit der Forderung: die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit für Deutschland wiederzugewinnen, mit dem Bekenntnis, treu dem Volke und dem Staate zu dienen, mit der Unterbrechung des starken Reichsgefühls, das die Altsozialisten befehlen, nicht dieses Programm einen scharfen Trennungspunkt gegen die ideologischen Internationalisten, die in der „Verzinsigen“ Sozialdemokratischen Partei das große Wort führen. Bleiben die Altsozialisten bei diesen Anschauungen — und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln —, dann werden sie sicher starke Werbestraft auf die Kreise innerhalb der Sozialdemokratie ausüben, die sich von dem Preisendruck der Parteifunktionäre angewidert fühlen, weil sie sich nach Staatsbejahung sehnen.

Daß die große Sozialdemokratische Partei und ihr Wirken bei der Bepfropfung des Programms der Renegatenpartei von der Rechtspreffe herabgesehen wird, nimmt uns nicht wunder. Es ist noch immer so, daß die bürgerliche Gesellschaft und auch ihre Zeitungsreiber in der Sozialdemokratischen Partei einen Feind sehen, der nicht nur mit Worten, sondern auch in der Tat an ihrer Beseitigung intensiv arbeitet. Andererseits kennzeichnet aber das Lob, was hier in so überreichen Maße von den ausgesprochenen Gegnern der Arbeiterkassette den sogenannten „Altsozialisten“ gesendet wird, wie die Anhänger Reichs, die angeblich die Interessen der schaffenden Bevölkerung wahrnehmen wollen, diese zur Freude der gesamten bürgerlichen Parteien verraten.

8. Sächsischer Mietertag

Am 17. und 18. März d. J. fand in Frankenberg unter besonders starker Teilnahme von Vertretern von 110 sächsischen Mietervereinen der 8. ordentliche sächsische Mietertag statt.

Der Bericht über die Mieterpolitische Lage gab der Bundesvorsitzende Herrmann, Dresden, der in scharfer Weise die Landesverordnungen der sächsischen Regierung kritisierte, wonach der Geschäftswert am 1. April d. J. der Mieterkassette entzogen wurde. Auch die Bestrebungen der Regierung und des sächsischen Landtages, dem Hausbesitzer in der Zeit, wo der Finanzminister einen Defizit-Haushaltsplan vorlegen müsse, viele Millionen als Rentenzuwendung zu machen, wurden scharf abgelehnt.

Rechtsanwalt Groß, Dresden, behandelte die Forderung des Mieterkassette und wies besonders darauf hin, daß es nun an den Mietervereinen liege, die Mieterkassette so aufzuklären, daß Ungerechtigkeiten und Ueberumpelungsversuche schlagend nachgewiesen werden.

Ueber die Wohnungsfrage in den Gemeinden sprach Geschäftsführer Mach, Dresden, der besonders darauf hinwies, daß die Gemeindevorsteher ihr Augenmerk auf Landerwerb und Wohnungshygiene richten müßten.

Baummeister Seidler, Dresden, sprach über den Wohnungsbau 1928. Er verurteilte, daß auch in diesem bereits vorgeschrittenen Jahre noch kein Bauprogramm vorliege und daß über die Verteilung der Mietzinssteuer noch völlige Unklarheit herrsche.

Es wurde beschlossen, in Sachsen für die kommenden Reichstagswahlen keine eigenen Mietervertreter aufzustellen. Dafür soll aber den politischen Parteien, die sich für die Erhaltung des Mieterkassette eingesetzt haben, wirksame Unterstützung zufließen.

In den Vorstand wurden gewählt: Herrmann, 2. Vorsitz; der 1. Vorsitzender, Rechtsanwalt Groß, Dresden. 2. Vorsitzender, Baumeister Seidler, Dresden, Professor Heinrich, Pirna, Landtagsabgeordneter Geißler, Dresden, Bürgermeister Schubert, Bergschleibitz.

Als nächster Tagungsort wurde Dresden bestimmt.

In den einstimmig angenommenen Entschlüsseungen heißt es u. a.:

Schutz der Gewerbetätigkeit.

Der Verbandstag stellt fest, daß die von den Mieterorganisationen vorausgesetzten verhängnisvollen Folgen der Landesverordnungen vom 6. April 1927 in vollem Umfange eingetreten sind. Die sächsische Regierung hat die Gewerbetätigkeit der Ausbreitung durch die Vermieter kühnlos preisgegeben. Sie hat mit ihren vorläufigen Maßnahmen die Geschäftswelt, ihre Angestellten- und Arbeiterkassette in ihren Existenzbedingungen auf das äußerste beunruhigt und gefährdet. Angesichts der gefährlichen Lage, in der sich die Betroffenen befinden, fordert der Verbandstag den sofortigen völligen Widerruf nach § 13 der Verordnung.

Gegen die Erhöhung der Mieten.

Der Verbandstag weist die immer weitergehenden Ansprüche der Hausbesitzer auf weitere Erhöhung ihres Anteils an der geschäftlichen Miete mit aller Entschiedenheit zurück. Der jetzige Anteil von 60 u. S. der Friedensmiete reicht völlig zur Deckung der Aufwertungshypothekenzinsen aus. Es ist auch nicht wahr, daß in den geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Forderungen der Hausbesitzer eine Stütze finden. Zudem bedeutet jede Erhöhung des Hausbesitzeranteils an der geschäftlichen Miete für alle von der Mietzinssteuer befreiten Mieter, und das sind gerade die unbemittelten Bevölkerungsschichten, eine unmittelbare Vermögensverlusterung. Der Verbandstag fordert von Regierung und Landtag die unbedingte Ablehnung jeder weiteren Erhöhung des Hausbesitzeranteils.

Sollten künftige Rückgehungen des Hausbesitzeranteils, wie sie z. B. in Leipzig, Freiberg und Meißen festgefunden haben, Erfolge zeitigen, wird der Landesverbandsvorstand beauftragt, Abwehrmaßnahmen in großem Umfange vorzubereiten. Die Verantwortung für etwaige Unzuträglichkeiten haben die zu tragenden, die erst Anlaß zu solchen Maßnahmen gegeben haben.

Für einen verstärkten Wohnungsbau.

Der Verbandstag protestiert gegen die irreführenden Behauptungen der Hausbesitzer, daß die fehlende Wohnraumvervielfachung die Ursache der Wohnungsnot sei. Nicht Gesehändrungen, sondern nur der Wohnungsbau vermögen das deutsche Volk aus Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit zu befreien. Infolge des Mangels an Baugeldern und Hypotheken befindet sich der Wohnungsbau derzeit in einer Krise. Der Verbandstag fordert von Regierung und Landtag die Bereitstellung weiterer Mittel für den Wohnungsbau, insbesondere eine Verstärkung der Wohnungsbaumittel der Mietzinssteuer durch Abbau der Steueranteile des Staats und der Gemeinden zugunsten des Wohnungsbaues. Die katastrophale Wohnungsnot im Industrieland Sachsen erheischt gebieterisch entsprechende Forderungen des Landtages, den Neubau von jährlich 25.000 Wohnungen durchzuführen, um wenigstens den allerdinglichsten Bedarf in absehbarer Zeit befriedigen zu können.

Zu den politischen Wahlen.

Der Verbandstag beschließt, von der Auffstellung eigener Mieterkandidaten für die bevorstehenden Reichstagswahlen abzusehen. Doch werden die Mieterorganisationen verpflichtet, unter Wahrung der parteipolitischen Neutralität energisch in den Wahlkampf einzugreifen und die Lösung der Wohnungsfrage zur Wahlparole zu machen. Die Mieter sind aufzufordern, nur den Kandidaten derjenigen Parteien ihre Stimme zu geben, die sich im Kampf um den Mieterkassette und ein neues soziales Wohn- und Mietrecht als zuverlässig erwiesen haben.

Gegen die Verschlechterung des Mieterschutzes.

Trotz Verlängerung der Mieterkassette bis 31. März 1930 hat die Reichstagsmehrheit doch erheblichen Verschlechterungen des bestehenden Rechtszustandes für die Mieterkassette zugestimmt. Die Wiedereröffnung des Kündigungsrechts für den Vermieter bedeutet eine fast rückwärtsschrittliche Entwicklung der Wohnungsgesetzgebung. Den Bestrebungen der Hausbesitzer und der ihnen nahestehenden politischen Parteien gegenüber, die dem Worte nach auf die Rückkehr in das Mietrecht des BGB gerichtete sind, betont der Verbandstag mit Nachdruck, daß auch das Mietrecht des BGB vollkommen unzulänglich ist und seine Wiederherstellung praktisch nur die rückwärtsschrittliche Zwangsherrschaft der Vermieter über die Mieter führen würde. Die Zurückführung des Mietrechts auf den Zustand der Kriegszeit ist nach Lage der durch den Weltkrieg verursachten völligen Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine absolute Unmöglichkeit. Der Verbandstag fordert von Reichsregierung und Reichstag, von den Regierungen und Parlamenten der Länder die sofortige Vorbereitung eines neuen einheitlichen deutschen Wohn- und Mietrechtes, das den im RMG, im MSdG und im WMG enthaltenen gesunden Rechtsgedanken gehörend Rechnung trägt.

Die sächsische Uebersee-Auswanderung 1927

Im Dezember des verflochtenen Jahres wanderten aus Sachsen nach überseeischen Ländern 203 Personen, und zwar 105 männliche und 98 weibliche. Entgegen der sonstigen Beobachtungen brachte also der Weihnachtsmonat eine höhere Auswandererzahl als der November, in dem es 183 waren; jedoch blieb trotzdem der Dezember erheblich unter dem Monatsdurchschnitt (254).

Die Gesamtzahl der sächsischen Ueberseeauswanderer im Jahre 1927 belief sich auf 3048, darunter 1714 männliche und 1334 weibliche Personen. Die monatlichen Auswandererzahlen lagen zwischen 300 im Januar und 124 im Juni. Die vom Januar, Februar, März und Oktober hielten sich weit über dem Monatsdurchschnitt, die vom Juni, Juli, August, November und Dezember besonders niedrig. Der sommerliche Tiefstand im Juni und Juli war besonders charakteristisch. Als Abfahrtsorten wurden Bremen von 1610 und Hamburg von 1404 Auswanderern gewählt. Ueber außerdeutsche Häfen gingen nur 4.

Um etwa ein Drittel ging die sächsische Auswandererzahl von 1926 auf 1927 zurück und damit sehr viel stärker als in Gesamtdeutschland, wo der Rückgang nur etwa ein Drittel betrug. Auch in Beziehung zur Einwohnerzahl des Landes steht die sächsische Ziffer erheblich hinter der Reichsziffer zurück. Die Entwicklung in den letzten vier Jahren ergibt sich aus der folgenden Uebersicht:

Jahr	Sächs. Ausw.-Ziffer	auf 100.000 Einw.	Sachsen	Reich
1924	3 884	80,0	94,0	
1925	3 704	78,0	93,0	
1926	4 563	91,4	104,6	
1927	3 048	60,4	96,1	
Summe:	15 199			

Es waren 1927 im ganzen Deutschen Reich 60 780 Auswanderer (einschließlich 607 Ueberseeauswanderer) in die überseeischen Länder ausgegangen, die nach Uebersee gingen. Seit dem Jahre 1922 sind damit rund 400 000 Deutsche nach überseeischen Ländern ausgewandert.

Demokratische Reichstagskandidaten. Der Kreispartei der Demokratischen Partei des Wahlkreises Mittelsachsen hielt in Pflauren eine Sitzung ab und beschloß einstimmig, den bisherigen Abgeordneten Bredow wieder als Spitzenkandidaten für die Reichstagswahl aufzustellen. An zweiter Stelle steht Frau Landtagsabgeordnete Dr. Ullrich, Beil.

Wegen I. Ergeb. Auf den fahrenden Zug gehen seine Arbeiterkassette, hatte sich etwas verspätet. Es sprang auf den schon abfahrenden Zug, stieß aus und geriet unter die Räder. Dem Unfälle wurde ein Arm abgefahren, außerdem erlitt er schwere innere Verletzungen.

Fahrensleiter-Ertrag. Schimmler in der Schule. Die Stadtverordneten haben beschlossen, daß zukünftig im letzten Schuljahr für alle Schüler Schwimmunterricht als Pflichtfach eingeführt wird.



Die Pelkerei

Hätte Herr Doktor Pelkerei Schnellauferei in Amerika mit dem von einigen Millionen erwarteten großen Sieg geendet, dann wäre die Geschichte ungefähr so gewesen: Nicht Amanullah, sondern eben Herr Dr. Pelker hätte in der deutschen Presse das Rennen gemacht, einige, die zu dichten jederzeit bereit sind, wo nur ein „Sieg“ erschaffen sei, und sei es auch einer der Bekannten von dem heutigen kommunistischen Subter Genossenschaftsbonden, einstigem Erfahrungsreferendariat Siebelst bereimten Rudendorffschen, einige hätten des alten Homers Ilias umgeschuftert und den schnellschwingigen Achilles durch den noch schnellschwingigeren Pelker ersetzt, einige hätten wiederum hätten sich die Gelegenheit des Nachweises nicht entgehen lassen, daß nicht die Konstitution der Bein- und anderen Muskeln Dr. Pelkers, sondern abermals der auf das Beste bewährte deutsche Mannesgeist Herrn Dr. Pelkers Ruhm herbeigeführt hätte, andere schließlich hätten bei der Berliner Tierärztlichen Hochschule für Herrn Dr. Pelker einen Ehrendoktor wegen sieghaften Kampfes gegen amerikanische Schweinerei beantragt, kurz und gut, es hätte sich was getan, wenn Pelkers Gefäßkinder in Amerika an deutschem Geiste genesen wären.

So aber kam es anders als sie dachten. Anlaß zur Trauer? Pelker wird abgebaut? Gott bewahre! Feiern können die VVN nicht, allerdings. Aber man kann es machen bzw. machen lassen, wie es die hohe Politik gelehrt hat. Erringen z. B. die Deutschnationalen durch irgendeinen Zufall in irgendeinem Rest bei der Wahl des dritten Gemeindefürstlichen einen „Sieg“ — und selbst das kommt ja heute kaum noch vor — dann kann man den nächsten Tag berichten, daß die Ereignisse in Potsdam auf das trefflichste den großen Zug nach rechts in Deutschland im Besonderen und die Niederlage des Sozialismus-Margismus in der ganzen Welt im ganz allgemein-kommunistischen veranschaulichten. Wenn aber in Hamburg die Deutschnationalen eine Niederlage erleiden, dann ist das für solche Zeitungen keine Niederlage, dann ist nur festzustellen, daß der trotz allem lebendige Zug nach rechts nicht recht ersichtlich in den Wahlergebnissen zum Ausdruck gekommen sei, daß die Niederlage, die gar keine Niederlage sei, nur der Anfang, ein „Meilenstein“ zu einem ganz großen Siege sei, der durch das Hamburger Ergebnis in keiner Weise beeinträchtigt, sondern nur auf das günstigste gefördert würde usw. usw.

Warum also nicht die gleiche Treuehaftigkeit Herrn Pelkers Amerika-Misere zutommen lassen? Gesiegt hat Pelker nicht. Das ist schade. Aber nicht er hat die Schuld hieran, sondern, so lassen die VVN von Herrn Ariur Mund feststellen: „Und in ihrem Wahn wissen die Bureaucraten es nicht einmal, daß sie es sind, die die Niederlage Dr. Pelkers auf dem Gewissen haben.“ Nicht verschuldet, nein, ausgerechnet gleich auf dem „Gewissen“. Und nun kommen die großen Meilensteine: „Wir Sportler“, so meint Mund weiter, „wissen ganz genau, daß sportliche Kämpfe im Auslande die Kennstärke erhöhen und die Meilensteine für noch größere Kämpfe ausmachen. Auch Niederlagen ändern daran nichts.“ Wozu man nur begeistert „nebbich“ sagen kann.

Lohnsteuer-Rückerstattung

Wer hat Anspruch auf sie?

Wer bis jetzt keinen Antrag auf Erstattung der Lohnsteuer gestellt hat, muß die nächsten Tage unbedingt nützen, sonst verliert er seinen Rechtsanspruch. Die Anträge müssen bis zum 31. März eingereicht sein; die Finanzämter dürfen nur in ganz besonderen Fällen später einlaufende Anträge noch annehmen.

Ein Erstattungsantrag kann gestellt werden:

- 1. wegen Verdienstaussfall, zum Beispiel infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streik, Ausperrung usw.;
2. wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse, zum Beispiel wegen Unterhaltung mittelloser Angehöriger usw.;
3. wenn jemand nicht mehr verdient hat, als ihm jährlich an Freibeträgen zustanden, also zum Beispiel ein Lediger nicht mehr als 1200 Mt., ein Verheirateter mit einem Kind nicht mehr als 1400 Mt. usw.;
4. wenn der Lohnabzug unrichtig erfolgt ist, ohne daß dies der Steuerpflichtige selbst verschuldet hat.

Ein Erstattungsantrag kann nicht gestellt werden:

- 1. wenn überhaupt keine Lohnsteuer gezahlt worden ist;
2. wenn trotz Verdienstaussfall die Freibeträge voll berücksichtigt worden sind, so zum Beispiel meist bei Kurzarbeitern;
3. wenn weniger als 4 Mt. zu erstatten wären;
4. wenn höhere Werbungskosten und Sonderleistungen vorliegen, die nur durch Erhöhung der steuerfreien Pauschbeträge berücksichtigt werden können;
5. wenn der Steuerpflichtige zur Einkommensteuer veranlagt wird, insbesondere wenn er und seine Ehefrau mehr als 500 Mt. sonstige Einnahmen gehabt haben.

Die Anträge müssen bei dem Finanzamt eingereicht werden, in dessen Bezirk der Antragsteller am 31. Dezember 1927 gewohnt hat. Bei Verdienstaussfall ist ein Formular auszufüllen, das auf den Finanzämtern kostenlos erhältlich ist.

Als Unterlagen sind beizufügen:

- 1. stets die Steuerkarte für 1927, gegebenenfalls die gezeichneten Steuermarken;
2. eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des Lohnes, die abgezogene Lohnsteuer, Dauer der Krankheit usw.;
3. bei Verdienstaussfall wegen Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, wegen Erwerbslosigkeit, Streik oder Ausperrung die Erwerbslosentkontrollkarte oder eine Bescheinigung des Berufsverbandes;
4. bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnungen oder andere geeignete Belege.

Schafft Erziehungsberatungsstellen!

Die Diskussion über die Sexual- und Eheberatungsstellen ist endlich erfreulicherweise in Fluß gekommen. Aber ein Punkt ist bisher noch nicht gestreift worden, der sowohl eng in dem ganzen Aufgabenkomplex mit steht, als auch andererseits eine gewisse Sonderstellung einnimmt: Die dringende Notwendigkeit der Errichtung von Erziehungsberatungsstellen.

Solche Stellen, wie sie bereits manderorts (Wien!) existieren, dienen zunächst einmal der Beratung in der Erziehung „schwer erziehbarer Kinder“. Diese „Schwererziehbarkeit“ ist wohl immer, abgesehen von echten Krankheitsfällen, wo keine erzieherische Beeinflussung etwas nützt, Folge des Umwelteinflusses, Konsequenz der Erlebnisse, die das Kind vom Augenblick der Geburt an so geformt haben, wie es schließlich ist. Das allermeiste von dem, was oberflächliche Beobachter — auch Eltern gehören oft dazu — als „angeboren“, als „Charakterfehler“ bezeichnen, ist in Wahrheit notwendiges Ergebnis eines verwickelten Entwicklungsprozesses. Nur wenige Erzieher haben die Kenntnisse und die Möglichkeit, sich über Erziehungsfragen ausreichend zu informieren und entsprechend zu handeln. Gerade im Proletariat kommen daher Erziehungsfehler, kommt die Heranbildung und Beeinflussung der Jugend im Sinne überalterter bürgerlicher Weltanschauung relativ häufig vor. Es soll diese Feststellung kein Werturteil sein; es ist durchaus verständlich, daß so viele Arbeiter und Arbeiterinnen nach anstrengender Arbeit, nach hartem Kampfe um das Existenzminimum häufig gar nicht mehr körperlich und geistig den Aufgaben einer proletarischen Erziehungsarbeit gewachsen sein können. Im Bürgerium, namentlich im Kleinbürgerium, sehen die Dinge oft noch viel trostloser aus. Harter Kampf ums Dasein, Verletzung der als Ideal noch in den Köpfen spukenden patriarchalischen Familie, Verproletarisierung schaffen einen soziologischen Untergrund, auf dem eine einheitliche Erziehung auch schon deshalb unmöglich ist, weil es kein einheitliches Erziehungsziel gibt. Je mehr die Zerspaltung der Gesellschaft fortschreitet, um so mehr entstehen täglich neu und unlösbare Erziehungsprobleme; ebenso natürlich auch unlösbare Eheprobleme. Schlagend hat ja kürzlich erst der Fall Kranz die „Erziehungspleite der bürgerlichen Gesellschaft“, wie Hobann sagt, bewiesen.

Wir sind uns darüber klar, daß die Gesellschaft nicht durch Sexualberatung oder Erziehungsberatung zu paradiesischer Vollkommenheit geführt werden kann. Aber hier wie dort können manche Katastrophen verhütet, manche Wunden geheilt werden. Es kann vielen, die in der Gegenwart leben und nicht in idealen Zukunftswelten, ganz oder teilweise Hilfe oder Erleichterung verschafft werden.

Insofern, als die Kinder, die aus zerrütteten Ehen hervorgegangen sind und in solchen Ehen aufwachsen, besonders leicht „schwer erziehbar“ werden, ist eine Erziehungsberatungsstelle eng getupelt mit einer Eheberatungsstelle. Aber auch in „normalen“ Ehen, erst recht bei Unheiligen, können Brüche und Konflikte in der als normal betrachteten Entwicklung eintreten. Hier muß die Beratungsstelle einspringen. Die Aufgabe ihrer Berater, die neben gewöhnlichen Allgemeinkenntnissen vor allem bestimmte menschliche Qualitäten besitzen müssen, besteht sowohl in der Beratung der Jugendlichen als vor allem in der Erzieher selbst. Eine richtige Aufklärung an der rechten Stelle wirkt häufig auf beide Teile wie eine Erleuchtung und kann für unüberwindlich gehaltene Schwierigkeiten aus dem Wege räumen. Vor allem dürfte der Berater dem Jugendlichen gegenüber nicht mit dem Gewicht einer ihm aufgezwungenen Autorität belastet sein; der Jugendliche, das Kind muß sich sicher fühlen, muß Vertrauen haben, wenn es sich erschließt. So darf die Erziehungsberatung, die zwar mit Lehrern, Eltern und Lehrherren Fühlung nehmen muß, doch nicht von solchen Stellen abhängig sein oder diese gegen den Jugendlichen ausspielen.

Die Aufgaben einer Erziehungsberatung in der Gegenwart sind ungeheuer; sie können hier nicht einmal alle angeführt werden. Würde zunächst einmal eine solche Stelle eingerichtet und in dem Geiste geleitet, wie wir es wünschen, dann würde sich vermutlich sehr bald die Notwendigkeit ergeben, in dieser Richtung mehr zu schaffen. Den Nutzen würde vor allem das Proletariat und seine Kinder haben. Bei den künftigen Kämpfen um die Errichtung einer Sexualberatungsstelle dürfen wir daher den ebenso wichtigen Punkt, die Erziehungsberatung, nicht vergessen; wir müssen vielmehr auch hier ein Stück sozialistischer Gegenwartsarbeit in Angriff nehmen.

Da für die rechtzeitige Beschaffung der Unterlagen nicht mehr genügend Zeit zur Verfügung steht, wird dringend geraten, zur Wahrung der Frist zunächst erst die Anträge einzureichen und die Unterlagen später nachzusenden. Jeder Lohn- und Gehaltsempfänger muß von dem ihm gesetzlich zustehenden Rechten Gebrauch machen und die Erstattung der zu viel gezahlten Steuerbeträge beantragen. Aber er muß die Frist wahren und die Erstattungsbedingungen genau beachten. Ein amtliches Merkblatt über alle einschlägigen Bestimmungen ist auf den Finanzämtern kostenlos erhältlich.

Kommunistischer Klassenkampf

Gestern war in der SAZ ein skandalöses Beispiel über die Behandlung von Lehrlingen in Betrieben des Linke-Hoffmann-Konzerns zu lesen. Ein Lehrling berichtet, daß vom dritten Lehrjahre ab die Lehrlinge zu Sonntagsdiensten und zu einer Wochenarbeitszeit von 53 Stunden verpflichtet sind. Darüber hinaus besteht die Verfügung, daß Lehrlinge ohne Zuschlag Arbeitsarbeit mit zu leisten haben, wenn ihr Geselle auf Akkord arbeitet. Noch eine Reihe weiterer, ebenso skandalöser Vorkommnisse werden festgehalten. Diese, nicht nur den Linke-Hoffmann-Konzern, sondern die ganze kapitalistische Gesellschaft charakterisierenden Dinge sind wert, mit aller Schärfe bekämpft zu werden. Darin sind wir mit den Kommunisten vollkommen einer Meinung. Der Kampf wird aber von dieser Seite immer in der verkehrten Richtung geführt. Diese Tatsachen bringen die Kommunisten nicht in eine Kampfstellung zum Kapitalismus, sondern zu einer Kampfstellung gegen die SAZ. Ihr schwerstes „Geschäft“ ist dabei die angebliche Gemeinshaft der SAZ mit den Unternehmern im Rahmen der Ausstellung „Das junge Deutschland“. Daß die Folgen dieser Ausstellung den Unternehmern nicht angenehm sind, lehrt die Behandlung der Jugendbeschäftigungsfrage im sächsischen Landtag am 21. Februar. Selbst die kommunistischen Vertreter stimmten für Forderungen, die vom Landesauschuss der deutschen Jugendverbände aufgestellt und von den Sozialdemokraten formuliert waren. Wenn also die Forderungen des Landesauschusses selbst von den Kommunisten unterstützt wurden, so sollten doch auch die Kommunisten aufhören, von einer reaktionär aufgelegten Ausstellung zu reden. Die bürgerlichen Parteien waren wegen der Beteiligung der Industrie in arger Verlegenheit. Dieser Zwiespalt zwischen den bürgerlichen Vertretern im Parlament und der bürgerlich organisierten Jugend wird in Zukunft nicht kleiner werden. Und es ist gut, wenn viele proletarische Jugendliche auf diesem Wege ihre wahren Interessenvertreter kennen lernen.

In der Ausstellung selbst hat die SAZ als einzige proletarische Organisation kritische Führungen veranstaltet. In einem Sonntage wurden an die tausend junger Gewerkschafts- und SAZ-Genossen mit den Stärken und Schwächen der Ausstellung vertraut gemacht. Besonders stark wurden dabei stets die Gefahren der „Dinta“ geahndet. Die SAZ hat sich also durchaus nicht den Wind trüben lassen.

Die tägliche Schulkreinigung

Kosten 100 000 Mark — für die Stadt eine unerschwingliche Ausgabe.

Im Januar beschloßen die Stadtverordneten, unbeschadet der Haushaltsplanberatung, sofort nach Ostern die Schulen täglich zu reinigen. Der Rat findet die dadurch entstehende Mehrausgabe von 100 000 Mark „angesichts der außerordentlich gespannten Finanzlage der Stadt“ als unerschwinglich. Das wagt derselbe Rat zu erklären, der für die Erhöhung der Gehälter der besoldeten Ratmitglieder nicht weniger als 82 000 Mark forderte und als die Stadtverordneten dieses Verlangen ablehnten, die Finanzlage der Stadt für so außerordentlich wenig gespannt hielt, daß er die 82 000 Mark auf dem Wege der Abgabe zu erlangen suchte. Weil also der Rat ablosol die 82 000 Mark schluden will, sollen die Schulkinder weiter Staub schluden. Das ist stadträuliche Kommunalpolitik. Der Rat versichert schließlich noch:

„Wir sind dabei, die Reinigung der Schulen anders zu gestalten, und zwar durch Anwendung eines Fußbodenreinigungsmittels, das reinigt, den Staub bindet und gleichzeitig desinfizierend wirkt. Ueber die eingeleiteten Versuche werden wir Ihnen seperat berichten.“

Ein neues Mittel — Versuche — seperat berichten. In der Tat ein vorzügliches Mittel, die Schulkinder für 100 000 Mark bis zum St. Nimmerlein im Staub sitzen zu lassen.

Hameister und die Milchzentrale

Gegen den Direktor Hameister der Dampfmolkerei Milgeln, G. m. b. H., sind in der Öffentlichkeit Anschuldigungen erhoben worden, daß seine Geschäftsführung finanziell nicht einwandfrei sei. Die Beanstandungen sind von einer Revisionskommission der Gesellschaft und einem Generalrevisor geprüft und die Ergebnisse in einem Revisionsbericht niedergelegt worden, von dem uns eine Ab-

schrift vorliegt. Danach sind die ordnungsgemäß gefahnten Beihilfen der Generalversammlung der Gesellschaft, wie Kauf von Aktien der Kraftwagen-A.G., Bauvorhaben usw., vom Direktor ausgeführt worden. Den Verwaltungsorganen wurde stets Entlohnung erteilt. Ueber das Ergebnis der Untersuchung sagt der Bericht weiter: „daß weder der Vorstand im Aufsichtsrat, noch Herr Direktor Hameister für die eingetretenen Verluste regreppflich gemacht werden können“. Nur in einem Falle sei H. über die vom Vorstand beschlossene Kreditgrenze hinausgegangen, so daß H. für den Schaden in Höhe von rund 6000 Mark aufkommen mußte. Die Buchhaltung sei in Unordnung geraten, weil der Geschäftsführer seinen Sitz in Leipzig hatte, die Hauptbuchhaltung sich aber in Milgeln befand. Die fehlenden Beträge seien restlos beschafft und alle Zahlungen ordnungsgemäß belegt. Bei der Erwerbung der Aktienmehrheit der Kraftwagen-A.G. Leipzig seien Verschleudungen des Direktors H. nicht festgestellt worden. Dagegen wird am Schluß des Berichts festgestellt, daß dem Direktor in manchen Dingen zuviel freie Hand gelassen worden ist, und daß man bei Anschaffungen, Ausarbeiten von Projekten usw. zu großzügig war und die Kostenfrage zu wenig beachtete. Dieses Schlusergebnis des Berichts scheint uns das bedenklichste an der ganzen Angelegenheit zu sein.

Eltern von Kriegesgefallenen, aufgepaßt!

Die Neuregelung des Reichsverorgungs-gesetzes bringt unter anderem eine wesentliche Erhöhung der Einkommensrichtsätze, die nicht überschritten werden dürfen, wenn Elternrente oder Beihilfe geleistet werden soll für Eltern, deren Kinder im Kriege blieben. Voraussetzung zum Bezug dieser Versorgungsleistung ist in erster Linie vorliegende Bedürftigkeit, Erwerbsunfähigkeit oder beim Vater ein Alter von 60, bei der Mutter von 50 Jahren. Ferner dürfen unterhaltspflichtige Angehörige nicht vorhanden sein. Beim Bezug von Elternbeihilfe heißt es, daß in den Fällen, in denen der Nachlaß überschritten wird und die Angehörigen nicht völlig in der Lage sind, für ihre Eltern zu sorgen, statt der Elternrente die Elternbeihilfe gewährt werden kann. Auf letztere besteht kein auslagbarer Rechtsanspruch.

Viele Eltern sind seinerzeit mit ihren Ansprüchen abgewiesen worden, weil ihre Einkommen aus der Invaliden- oder Angehörigenversicherung die vorgeschriebenen Sätze überstiegen. Es steht nach der vor einiger Zeit vorgenommenen Neuregelung fest, daß diese Ansprüche jetzt zum großen Teil berechtigt sind. Es ist daher nötig, daß in solchen Fällen erneut Antrag auf Gewährung der Elternrente gestellt wird. Dasselbe gilt auch für die Frage der Elternbeihilfe. Die Einkommensrichtsätze betragen jetzt in den Dreiklassen:

Table with 2 columns: Class (Sonderklasse, 1. Klasse A, 1. Klasse B, 1. Klasse C, 1. Klasse D) and Amount (60 Mark, 58 Mark, 56 Mark, 54 Mark, 52 Mark).

Da viele Kriegeseltern sich schlecht durch gesetzliche Bestimmungen durchfinden, müssen unsere Leser ihren in Frage kommenden Angehörigen Mitteilung von dieser Neuregelung machen.

Auch Großeltern können in den Genuss der Elternrente oder Beihilfe gelangen, wenn keine Eltern mehr vorhanden sind, die Bedingungen aber sonst erfüllt sind: Jögere nunmehr keiner, keine Ansprüche anzumelden.

Bericht über die Arbeitsmarktlage

Vom Rat der Stadt Leipzig wird uns mitgeteilt: Im Bezirk des Arbeitsamts Leipzig waren am 15. März 1928

20 577 (am 1. März 1928 17 486) männliche und 3 876 (am 1. März 1928 4 144) weibliche,

24 453 (am 1. März 1928 21 630) Arbeitssuchende

gemeldet, von denen 15 021 Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung erhielten gegenüber 15 131 am 29. Februar 1928.

Die Zeit bis zum 10. März 1928 stand noch im Zeichen der Frühjahrsmustermesse, die zahlreichen Arbeitssuchenden Beschäftigung bot. Besonders im Verkehrs- im Nahrungs- und im Gastwirtschaftsgewerbe wurden viele Erwerbslose ausbillsweise eingestellt. Der Schluß der allgemeinen Mustermesse brachte dann wieder einen erheblichen Zustrom Arbeitssuchender an den Arbeitsnachweis, der noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Einen Rückschlag brachten auch Schneefall und Kälte, da ein großer Teil der Bauunternehmer eingestellt werden mußte, wodurch rund 3000 Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter beschäftigungslos wurden.

Ausnahmefähig zeigten sich neben der Landwirtschaft, deren Bedarf nicht gedeckt werden kann, besonders das graphische, das Tapezier- und das Bekleidungs-gewerbe. Für das Baugewerbe hat die Vermittlung in den letzten Tagen wieder leicht eingeseht.

Wo ruft die Pflicht?

Genossenschaft.

SPD-Generalsammlung - Vertreter des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz, Donnerstag, den 22. März, 19.30 Uhr, im Gartenlaal des Volkshauses: Wichtige Sitzung, Stellungnahme zu der am 29. März stattfindenden Vertreterversammlung (Statutenänderung.) SPD-Mitgliedsbuch und Vertreterkarte gilt als Ausweis.

Funktionäre.

All-Leipzig, Norden, Morgen Donnerstag, 20 Uhr, im Appelboom, wichtige Versammlung, u. a. Berichte, Sommerprogramm, Ausgabe der Funktionärskarten!

Lößnitz, Donnerstag, 22. März, 19.45 Uhr, Funktionärsitzung im Heim, Ausgabe der neuen Funktionärskarten, Mitgliedsbuch und alte Funktionärskarten sind mitzubringen. Es wird erwartet, daß sämtliche Funktionäre erscheinen. - Vorstandssitzung 19.15 Uhr.

Möckern, Morgen Donnerstag, 20 Uhr, im Heim, Gen. Zeigner spricht über „Ein Bild hinter die Kulissen des Parlaments“.

Schule.

Kinder der Jugendweiche. Alle Kinder, die am Sonntag, dem 25. März 1928 um 9 und um 11 Uhr an der Jugendweiche in der Albrechtshalle teilnehmen, müssen Freitag, den 23. März, um 15 Uhr zur Hauptprobe des Sprechchors im Großen Saal des Volkshauses eingetroffen sein. Die einzelnen Schulen kommen geschlossen, 23. Volksschule, Morgen Freitag, 13.30 Uhr, treffen wir uns an der Hermannsruhe. Sonntag zur Jugendweiche treffen wir uns 1/8 Uhr an der Hermannsruhe.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Groß-Leipzig, Liedertor: „Wir singen am Sonntag, dem 25. März 1928 zur Jugendweiche in der Albrechtshalle. Treffen 1/8 Uhr am Haupteingang. Keiner darf fehlen. Zum Wochenendkursus in Wurzen haben sich die Gruppen: Gohlis, Holzhausen, Liebertsdorf, Lößnitz, Möckern, Plagwitz, Quasnik, Schönefeld, Stina, Taucha, Thonberg, Glötkwitz, Volkmarzdorf, Wahren und Wiederitzsch noch nicht gemeldet. Gruppen, die mehr als zwei Delegierte entsenden, haben vom dritten Delegierten ab je 1 Mark bis Freitag abzuliefern.“

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Der Sprechchor der Helfer kommt am Mittwoch, dem 21. März, 1/20 Uhr, zur Probe des Sprechchors für die Jugendweiche nach der 1. Volksschule, Peitassaßstraße.

Steuererstattung für Kriegsbeschädigte

Am 31. März 1928 läuft die Frist ab für Anträge auf Erstattung von Lohnsteuer aus dem Jahre 1927. Kriegsbeschädigten und Zivilbeschädigten mit einer Erwerbsbeschränkung von mindestens 25 v. H. sind nach § 108 AO bei Verdienstausfall wie für 1925 und 1926 um den Hundertsatz der Erwerbsbeschränkung erhöhte Kaufbeträge zu gewähren, und zwar auch dann, wenn ein Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages nicht gestellt worden war, im Erstattungsantrag aber die Beschränkung geltend gemacht wird.

Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, ist ferner Kriegsbeschädigten und Zivilbeschädigten, bei denen ein Verdienstausfall nicht vorgelegen hat und die einen Antrag auf Erhöhung der steuerfreien Lohnbeträge mit Rücksicht auf die Beschädigung nach Maßgabe eines Runderlasses (R.-Fin.-Min., III e 9500, vom 9. Dez. 1926) nicht gestellt hatten, nach § 108 AO auf Antrag für 1927 der Unterschied zwischen der einbehaltene Steuer und der Steuer zu erstatten, der sich ergibt, wenn die Steuer unter Berücksichtigung der erhöhten Freibeträge berechnet wird. Dies gilt auch dann, wenn ein höherer Grad der Erwerbsbeschränkung rückwirkend anerkannt wird, und zwar in diesem Falle für die ganze Zeit der Rückwirkung, gegebenenfalls also auch für die Zeit vor dem 1. Januar 1927. Beträge unter 4 Reichsmark sollen auch hier im allgemeinen nicht erstattet werden.

Bevölkerungsvorgänge in Leipzig

Nach dem 10. Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 4. bis 10. März 120 Eheschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 26. Februar bis 3. März 1928, davon 106 Knaben und 93 Mädchen. 50 Lebendgeborene waren unehelicher Abstammung. Totgeborene wurden 9 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 4. bis 10. März 185 Personen, darunter 33 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen befanden sich 95 männliche und 90 weibliche Personen. Von den Todesfällen entfielen auf Grippe 3, Tuberkulose 14, Krebs 10, Gehirnschlag 14, Krämpfe der Kinder 3, Herzkrankheiten 34, Lungenerkrankungen 20, sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 7, Magen- und Darmkrankheiten, Pfortaderstauung, Kindbettfieber 2, Altersschwäche 9, übrige natürliche Todesursachen 37, 8 Personen erlagen tödlichen Unfällen und 3 endeten durch Selbstmord. Eine Person wurde ermordet.

Schulaufnahmen

Die Aufnahme der für die 8. Klassen der städtischen Volksschulen angemeldeten Kinder findet Montag, den 16. April 1928, 15 Uhr, statt. In der 1., 4., 23., 26., 30., 32., 34., 35., 38., 37., 38., 40., 41., 42., 44., 46., 56., 57. und 58. Volksschule müssen wegen der großen Zahl der auszunehmenden Kinder 2 Feiern angelegt werden. In diesen Schulen werden die Knaben um 15 Uhr, die Mädchen 1/17 Uhr aufgenommen.

Der Ortsausschuß Leipzig der deutschen Jugendverbände teilt mit: Der Gesamtvorstand des Ortsausschusses Leipzig der deutschen Jugendverbände hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Jahreshauptversammlung am Montag, dem 16. April 1928, 19.30 Uhr, in der Handelsbörse (Rajsmarkt) abzuhalten. Tagesordnung: 1. Unsere Freizeitsforderungen im Sächsischen Landtag, 2. Aussprache, 3. Geschäftsbericht des Vorsitzenden, 4. Anträge, 5. Tausch der Vorsitzendenämter. Alle Vertreter der Leipziger Jugendgruppen sind hiermit eingeladen. Als Ausweis gilt die Mitgliedskarte 1927. - Fahrpreisermäßigung zu Dresden! Um eine glatte Abwicklung des Verkehrs vor und während der Osterferien zu ermöglichen, sind die Fahrpreisermäßigungsanträge zugunsten der Jugendpflege bereits bis Dienstag, den 3. April bei den zuständigen Stellen einzureichen. Wir bitten den Termin einzuhalten, da sonst die Gefahr besteht, daß später eingehende Anträge zurückgewiesen werden.

Billige Theaterkarten für Jugendliche. Zu der am Dienstag, dem 27. März, im Alten Theater stattfindenden Aufführung „Die Opuzze“ von Max Brodt stellt das Jugendamt den Jugendlichen der anerkannten Leipziger Jugendorganisationen Karten zum Preise von 60 Pf. für alle Plätze, außer 3. Rang, und solche zu 20 Pf. für Plätze des 3. Ranges zur Verfügung. Ueber die Plätze entscheidet das Los. Die Karten können in der Geschäftsstelle des Sächsischen Jugendheims Leipzig-Mitte, Töpferstraße 2, Zimmer 2, entnommen werden Donnerstag in der Zeit von 14 bis 21 Uhr, Freitag, Sonnabend und Montag in der Zeit von 8 bis 16 Uhr. Ausweis über die Zugehörigkeit zu einer Jugendvereinsgruppe ist vorzulegen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese verbilligten Theaterkarten nur für Jugendliche Gültigkeit haben.

Vom Verband für Deutsche Jugendherbergen, Ortsgruppe Leipzig, wird uns mitgeteilt: Die Jahreshauptversammlung des Verbandes fand dieses Jahr am 8. März im Saale des Städtischen Jugendheimes Leipzig-Mitte statt. Der vom Geschäftsführer Stäger geleitete Geschäfts- und Reisebericht zeigte, daß das vergangene Jahr 1927 ein Jahr reger Jansen- und Außenarbeit für das Jugendherbergewerk war. Der Mitgliederbestand konnte von rund 1900 auf 2539 erhöht werden, so daß Leipzig damit an zweiter Stelle im Reich steht. Dem Ausbau der Jugendherbergen in der Umgebung Leipzigs wurde höchste Aufmerksamkeit gewidmet und die Jugendherbergen Thammenhain, Wendisch-Luppa und Mühlhagen zu gern besuchten Stützpunkten unserer Leipziger Wandjugend ausgebaut. In immer stärkerem Maße machen die Schulen Gebrauch von der günstigen Uebernachtungsmöglichkeit in den Jugendherbergen. Die Jugendherbergen der Stadt Leipzig werden vom Jugendamt der Stadt Leipzig unterhalten für ihre musterghilfige Einrichtung zeigt die starke Benutzung durch auswärtige Gäste. Im vergangenen Jahre übernachteten 8622 Jugendliche mit insgesamt 12 264 Uebernachtungen in den gesamten Leipziger Jugendherbergen. Starke Erfolg hatte die im Mai 1927 stattgefundene Jugendherbergs-Werbewoche zu verzeichnen, deren Ertrag in Sachen über 100 000 Mk. betrug. Die Vorarbeiten für das Eigenheim der Leipziger Ortsgruppe „Jugendhof Buchheim“ wurde im Berichtsjahr soweit gefördert, daß der Bau im Frühjahr 1928 in Angriff genommen werden kann. Damit wird unserer Leipziger Jugend ein Heim geschaffen werden, das ihr für Tagungen und Arbeitswochen, aber auch für ihre Ferien und Wanderungen ein wertvoller Stützpunkt bedeuten soll.

WB. Der für Freitag, den 23. März, angelegte Maskeel-Vortrag von Stefan Zweig fällt aus.

Volkshochschulheim Connewitz, Aussprache abend. Vom Volkshochschulheim wird mitgeteilt: Im Heim Connewitz, Bornalsche Straße 108, findet am Sonnabend, dem 24. März, 19.30 Uhr, wieder ein Abend ehemaliger Schüler statt, zu dem Schüler und Freunde des Heims herzlich eingeladen sind. Zur Aussprache steht das demnächst erscheinende populäre Buch von Gertrud Hermes über die Arbeiterbewegung.

Reitner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegsbeschädigte. Ausgabe von Rindfleisch, beste Qualität, Freitag, am 23. März, von 8-15 Uhr und Sonnabend, am 24. März 1928, von 8-14 Uhr, im städtischen Schlachthof. Einheitspreis das Pfund 60 Pfennig. Der Lebensmittelverkauf findet täglich von früh 8 bis 12.30 Uhr in der Gerberstraße 3, Glaslohnstraße, statt. Wehlauszug Pfd. 25 und 28 Pfg., Reis Pfd. 22 Pfg., klarer Zucker Pfd. 28 Pfg., Margarine Pfd. 46, 55 und 75 Pfg., Linsen Pfd. 25 Pfg., Graupen Pfd. 25 Pfg. usw. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Fleischverkauf an der Freibank. Morgen Donnerstag an der Freibank 1 freier Verkauf.

Wohnungsnachrichten

Wohnungseinbruch! Am 18. März, zwischen 15.30 und 17.30 Uhr, wurde, vermutlich mit Nachschlüssel, in eine Wohnung im Grundstück Bornalsche Straße 11 eingebrochen. Aus dem unverschlossenen Bett wurden gestohlen: Eine alte silberne Zylinderuhr, auf der Rückseite des hinteren Deckels J. B. graviert, eine goldene Panzerkette, eine alte silberne Remontriruhr, eine silberne Damenarmbanduhr, vermutlich J. B. graviert, mit schwarzem, schwarzem Lederband. Sachdienliche Mitteilungen erbittet das Kriminalamt.

Einbruch in eine Vereinskabine. Am 18. März, zwischen 10.30 und 12.30 Uhr, wurde in eine Vereinskabine im Garberobehaus auf dem Sportplatz an der Demmeringstraße in L.-Windenau eingebrochen. Die Tür der Kabine ist vermutlich mit Nachschlüssel geöffnet worden. Gestohlen wurden: Ein Fahrrad, Rennmaschine, mit schwarzem Rahmen und grünem Steuerkopf, ein hellbrauner Anzug, aus den in der Kabine aufbewahrten Sachen eine silberne Herrenuhr, verschiedene Geldbeträge u. a. m. Wer Beobachtungen über den Täter gemacht hat, wird gebeten, sie dem Kriminalamt mitzuteilen.

Bücherschau

Alfons Goldschmidt: Auf den Spuren der Azteken. Ein mexikanisches Reisebuch. Mit 63 Bildbeilagen. Universum-Bücherei für Alle. Berlin 1927.

Mexiko, der Nachbar der Vereinigten Staaten von Nordamerika an der Südgrenze, bekommt keine Ruhe. Es hat sich zwar mit Amerika „verständigt“, d. h. es hat sich seiner finanziellen und wirtschaftlichen Diktatur zum größten Teil unterworfen, aber die Imperialisten der Vereinigten Staaten geben deshalb ihre Bemühungen nicht auf, das Land wirtschaftlich und politisch ganz und für immer unter ihre Gewalt zu bringen. So gibt es noch immer organisierte Aufstände starker bewaffneter Banden und wer weiß, wie nahe die Zeit ist, in der sich das mexikanische Volk gegen eine Revolution oder eine bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten zur Wehr setzen muß. Die Arbeiterklasse verfolgt den Kampf für die Unabhängigkeit mit starken Sympathien, weil sie in Mexiko eine Regierung an der Herrschaft weiß, die zwar keine reine Arbeiterregierung und schon gar nicht eine sozialistische ist, aber doch eine liberale Regierung, die mit den Arbeiterverbänden bisher stärkste Fühlung gehalten hat und deren gesetzgeberische Tätigkeit die Entfaltung der Kräfte der Arbeiterbewegung auf breiter Grundlage ermöglicht.

In dem Buche Goldschmidts, das uns das fast unbekannte Mexiko näher rückt, werden nun nicht die gesellschaftlichen Kämpfe in diesem Lande geschildert. Es wirbt durch eine natürlich-gewinnende Schilderung des Landes, seiner Städte, seiner Menschen und ihr Leben und Verständnis, ja geradezu um Liebe für Mexiko und den Kampf seiner Bewohner. Gute Bilder illustrieren das sehr geschmackvoll gebundene Buch, das, wenn von der Literatur über die Länder des amerikanischen Kontinents die Rede ist, mit an erster Stelle genannt werden muß.

Wetterbericht der Arbeiter-Zorn- u. Sportschule

Döhlen, 5 Grad Kälte, 15 Zentimeter Schneehöhe, verhaselt. Ski und Rodel gut.
Möckern, 4 Grad Kälte, 18 Zentimeter Schneehöhe, gelöst. Ski und Rodel gut.
Ripdorf, 6 Grad Kälte, 5 Zentimeter Schneehöhe, verhaselt. Ski und Rodel auf Waldwegen möglich.
Obertlesenthal, 9 Grad Kälte, 10 Zentimeter Schneehöhe, stark verhaselt. Ski und Rodel möglich.
Fichtelsberg, 18 Grad Kälte, 70 Zentimeter Schneehöhe, verhaselt. Ski und Rodel gut.
Annaberg-Böhlberg, 9 Grad Kälte, 4 Zentimeter Schneehöhe, verhaselt. Ski und Rodel auf Waldwegen möglich.
Johanngeorgenstadt, 7 Grad Kälte, 7 Zentimeter Schneehöhe, verhaselt. Ski und Rodel auf Waldwegen möglich.
Die Wetter- und Sportverhältnisse in den Schleifigen Gebirgen sind unändernd. Mäßige bis starke Kälte; für Ski und Rodel ausgezeichnete Sportverhältnisse.

Spiel, Sport, Körperpflege

Parteien und Sport

Kürzlich wurde gemeldet, daß der bürgerliche Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen beabsichtige, zu den bevorstehenden Reichstagswahlen an die politischen Parteien bestimmte Forderungen zu stellen. Diese Absicht hat der Reichsausschuß bisher noch nicht zur Ausführung gebracht. Daß aber bei den diesjährigen Neuwahlen die Parteien im Wahlkampf auch auf den Sport Rücksicht nehmen müssen, steht außer Frage.

Auch in Arbeiterpartei-Kreisen ist in letzter Zeit die Forderung aufgetaucht, daß die Arbeiterparteien offizielle Kandidaten der herrschenden Wahlrecht erscheint es nun für die Vertreter der Arbeiterpartei Bewegung fast ausgeschlossen, in irgendeinem Wahlkreis kandidieren zu können. Eine Berücksichtigung von Arbeiterpartei-Kandidaten könnte deshalb nur auf der Reichsliste erfolgen; dem steht nun wieder der außerordentlich große Anhang zahlreicher anderer Arbeiterorganisationen zur Reichsliste hemmend gegenüber.

Im kommenden Wahlkampf werden vor allem die sachlichen Forderungen, die an den Sportler aller Richtungen an Reich und Länder zu stellen sind, eine erhebliche Rolle spielen. Eine läuft darauf hin, eine weit höhere finanzielle Unterstützung der Sportorganisationen vom Reiche zu erlangen. Bisher ist im gesamten Reichsrat nur eine Million Mark für Zwecke der Leibesübungen eingestellt. Es ist zwar zu hoffen, daß diese Summe noch von dem jetzigen, herbenden Reichstag aus wahlpolitischeren Gründen erhöht wird; aber selbst, wenn das geschehen sollte, würden die Forderungen der Spitzenverbände des Sports nur in einem unzureichenden Maß erfüllt werden. Auch der Preussische Landtag hat die im letzten Jahre erstmalig für die Leibesübungen eingeworfenen 700 000 Mark nur auf eine Million Mark erhöht, und wenn auch die Sportler Verbände dafür haben, daß die in ihrer Finanzhoheit beschränkten Länder ihre Ausgaben nicht willkürlich erhöhen können, so ist doch vielfach die Ansicht verbreitet, daß an manchen andern Stellen des Etats noch zugunsten der Ausgaben für die Volksgesundheit gespart werden könnte. Besonders die Bürgerblockparteien des Reichstages haben in den Ausgaben für die Förderung der Volksgesundheit in kräftiger Weise gespart, während der Bürgerblock sich bei den Ausgaben für die Reichswehr kaum eine Beschränkung auferlegt.

Die sozialdemokratischen Fraktionen haben sowohl im Reiche als auch in Preußen versucht, den Forderungen der Arbeiterpartei im weitesten Maße entgegenzukommen. Die Reichstagsfraktion lehnte sich dafür ein, daß der Sportfonds um eine Million auf zwei Millionen erhöht werde. Dem Vorsitzenden des Reichstagsausschusses zur Förderung der Leibesübungen, dem Sozialdemokraten Schred (Mielefeld), ist es nicht zuzusetzen zu danken, daß durch sein Eintreten die Arbeiterpartei Bewegung in den letzten Jahren eine erhebliche Beihilfe vom Reiche erhalten hat.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktionen hat deshalb auch in den weitesten Kreisen der Arbeiterpartei Bewegung Anerkennung gefunden. Trotzdem bemüht sich die kommunistische Presse, die Sozialdemokratische Partei im Reiche und in Preußen gerade wegen ihrer Stellung zum Arbeitersport herunterzureißen. Richtig ist, daß die Sozialdemokraten weder im Reiche noch in Preußen oder in den Gemeinden für die kommunalistischen Anträge stimmen können; denn läten sie das, dann würden sie sich vor allen ersten Leuten lächerlich machen. Selbst wenn die Sozialdemokraten mit den Kommunisten eine Mehrheit bilden könnten, wäre es nicht möglich, in diesen Fragen mit ihnen zusammenzuarbeiten, weil die Kommunisten unter allen Umständen jedes Budget ablehnen. Die demagogischen Anträge der KP sind ja nur darauf berechnet, bei politisch unruhigen Leuten den Eindruck zu erwecken, als seien die Kommunisten die wahren Vertreter der Arbeiterpartei, während die Sozialdemokraten gemeinsame Sache mit den Bürgerlichen machten. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß wenn die Sozialdemokraten die gleiche Agitationspolitik in Fragen des Arbeitersports wie die Kommunisten machen wollten, der Arbeitersport überhaupt keine Beihilfen erhalten würde.

Der sozialdemokratischen Partei kann es in dieser Frage nicht darauf ankommen, der Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen; sie muß vielmehr dafür eintreten, daß der Arbeitersportbewegung durch den Staat tatsächlich geholfen wird. Es ist deshalb auch allein der Sozialdemokratie zu verdanken, wenn der Arbeitersportbewegung in den letzten Jahren erhebliche Beihilfen zugesprochen sind. Die Kommunisten dagegen haben immer nur die Arbeitersportbewegung dazu benutzt, für ihre Partei Reklame zu machen. Die Aufrechten unter den Kommunisten sind deshalb auch längst davon überzeugt, daß der Arbeitersportbewegung mit den Demonstrationen ihrer Partei nicht geholfen ist.

Die Interessen des Arbeitersports können nach den mit den Kommunisten gemachten Erfahrungen auch in den neuen Parlamenten wirkungsvoll nur von der Sozialdemokratie vertreten werden. Dessen muß jeder Arbeitersportler im Wahlkampf der nächsten Zeit eingedenk sein.

Internationale Wettkämpfe im Eislauf

veranstaltete der Sportverein „Iyn“ in Helsinki. Es beteiligten sich die aus Norwegen zurückkehrenden russischen Eisläufer Melnikow, Ippolitow, Kuschin, Laitin, Jakobson, Kusmin, Dmitriew und die Norweger Engnestangen und Olsen. Der Sonnabend brachte die Wettkämpfe über die Strecken 500 Meter, 5000 Meter, und 500 Meter für Jugendliche.

In 500-Meter-Lauf wurde der Norweger Engnestangen erster in 45,5 Sek.; 2. Melnikow (Sowjetunion) 40,1 Sek.; 3. Kusmin (Sowjetunion) 46,4 Sek.; 4. und 5. die Finnen Koskanen und Virtanen in 47,0 Sek.

Der 5000-Meter-Lauf brachte folgende Zeiten: 1. Kuschin 8.39,8 Min.; 2. Melnikow 8.48,9 Min.; 3. Ippolitow 9.01,4 Min. Der Norweger Olsen wurde sechster in 9.21,6 Min. Sein Landsmann Hiltze und belegte den 7. Platz in 9.25,3 Min.; 8. war der Finne Virtanen in 9.25,8 Min.

Das 500-Meter-Läufen für Jugendliche siegte sich Bihl, LUL in 49,4 Sek.

Am Sonntag lief man die Läufe über 1500 und 10 000 Meter und die 2500 Meter für Jugendliche. Trotz des windigen Wetters wurden ausgezeichnete Ergebnisse erzielt.

1500 Meter: 1. Melnikow 2.29,7 Min.; 2. Jakobson 2.31,3 Min.; 3. Kuschin 2.31,1 Min.; 4. Engnestangen 2.33,4 Min.; Virtanen wurde 8. in 2.39,8 Min.; 10 000 Meter: 1. Melnikow 18.08,3 Min.; 2. Kuschin 18.14, Min.; 3. Ippolitow 18.6,4 Min.; Engnestangen wurde 6. in 19.22,9 Min.; das LUL-Mitglied Varjen 7. in 19.55,3 Minuten.

2500 Meter für Jugendliche: 1. Hleiß 4.42,0 Min. Nach Punkten siegte Melnikow mit 3.785,08; Engnestangen belegte den fünften und Virtanen den sechsten Platz.

Zum Vergleich seien auch die Ergebnisse der am gleichen Tage ausgetragenen internationalen Wettkämpfe der Bürgerlichen angeführt. 500 Meter: Feiman (ehemaliges LUL-Mitglied) 45,6 Minuten, 5000 Meter: Thunberg 8.53,4 Min. 1500 Meter: Thunberg 2.26,8 Min. 10 000 Meter: 18.18,6 Min. An den Kämpfen der Bürgerlichen beteiligten sich die besten norwegischen Schnellläufer des bürgerlichen Verbandes.

Peters Union Fahrradreifen off nachgeahmt - nie erreicht! Peters Union Fahrradreifen off nachgeahmt - nie erreicht!



Richard Bahrdt gestorben

Die Parteimitgliedschaft in Großsch hat einen schweren Verlust erlitten: am 20. März, 23 Uhr, starb der Schuhmacher Richard Bahrdt im 58. Lebensjahre. Genosse Bahrdt gehörte seit seinen frühesten Jahren zur Partei, in der er namentlich nach dem Hinscheiden seines Berufskollegen, des Genossen August Reinsdorf, bald eine führende Rolle spielte. Unermüdet war er für die Partei, die ihm über alles ging, tätig. Der Parteiorganisation hat er lange Jahre als Vorsitzender vorgestanden. Daneben besorgte er auch die ganze Berichterstattung für das Parteiorgan, zuerst für die Leipziger Volkszeitung und nach deren Gründung für die Muldentaler Volkszeitung. Dabei zeigte es sich, daß er über eine gute journalistische Befähigung verfügte, so daß Genosse Georg Schoepflin, der erste Redakteur der Muldentaler Volkszeitung, als er die Redaktion niederlegte, unseren Bahrdt mit gutem Gewissen als seinen Nachfolger empfehlen konnte. Die Folge hat auch gezeigt, daß die Wahl Richard Bahrdts zum Redakteur der Volkszeitung für das Muldentale ein guter Griff war. Im letzten Kriegsjahre wurde Genosse Bahrdt wenige Monate vor Vollendung seines 45. Lebensjahres, das ihn vom Kriegsdienste befreit haben würde, noch einberufen, um nach kurzer Ausbildungszeit auf dem russischen Kriegsschauplatz die Schrecken des Krieges noch am eigenen Leibe zu erfahren. Richard Bahrdt war ein ehrlicher Mensch, der nie mit seiner Gesinnung zurückhielt und wenn es galt, auch für seine Überzeugung eintrat. Bis zu seiner Einziehung zum Kriegsdienst aber hatte Bahrdt sein Hehl daraus gemacht, daß er mit seiner Kriegsauffassung auf dem rechten Flügel der Partei stand. Damit war aber seiner Rückkehr in die Redaktion der Muldentaler Volkszeitung nach Kriegsende ein Ziel gesetzt. In Großsch lehrte er wieder zu seinem Berufe zurück, für die Partei arbeitete er aber mit voller Überzeugung und dem alten Eifer weiter.

Schon 1910 war Richard Bahrdt als Kandidat der Partei durch das Vertrauen der Bürgerchaft, das er in weitestem Maße genoss, in das Stadtverordnetenkollegium gewählt worden, wo ihm seine theoretischen sozialistischen Kenntnisse und seine seltene Auffassungsgabe als Mitglied verschiedener städtischer Ausschüsse eine reiche Tätigkeit ermöglichten. Nachdem die Revolution dazu die Bahn geschaffen, wurde Genosse Bahrdt am 1. Januar 1920 als ehrenamtliches Mitglied in den Stadtrat eingeführt und seit dem 1. Juli 1924 fungierte er ehrenamtlich als stellvertretender Bürgermeister. Besondere Verdienste hat er sich als Vorsitzender des Wohlfahrts- und Fürsorgeausschusses um die Arbeiterklasse und die ärmere Einwohnerchaft erworben.

Richard Bahrdt war am 27. April 1870 in Großsch geboren. Und wenn seine parteipolitische und öffentliche Tätigkeit in erster Linie seiner Vaterstadt galt, so war er doch auch als Agitator weit über den damaligen 14. Wahlkreis hinaus ein gern gehörter Redner. Persönlich war unser nunmehr verstorbenen Genosse ein lebenswürdiger Mensch, der bei aller Entschiedenheit, mit der er seine eigenen Ansichten verfocht, doch gegenüber anderen Anschauungen duldsam war. Durch seinen Charakter und seine Liebe zum Gesang erfreute sich Richard Bahrdt allgemeiner Beliebtheit. Vor acht Wochen zwang ihn plötzlich Krankheit von der Fabrik weg auf das Krankenlager, wo er nun im Alter von 58 Jahren erlegen ist. Neben der Partei trauern an seiner Bahre die treue Lebensgefährtin und zwei erwachsene Töchter. Alle, die ihn kannten, werden dem treuen aufrichtigen Menschen ein ehrendes Andenken bewahren!

ma Taucha, Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt ein Dringlichkeitsantrag der SPD zur Beratung, der gegen den Ratsbeschluss, Vorausbezahlung der Mieten in den städtischen Häusern Stellung nimmt. Mit Mehrheit wird dieser Antrag angenommen und dem Rat zur Erwägung überwiesen. Zur Beratung stand ferner die Besoldungsordnung für Beamte und Angestellte. Bei der Beratung des Paragraphen 2, der die Befugnisse des Rates nach der Gemeindeordnung über die Einstellung und Entlassung der Beamten vorzieht, glaubten die Kommunisten Sturm dagegen laufen zu müssen und ließen sich nicht überzeugen, daß ihr Änderungsantrag hier am falschen Platze war. Zum § 3, der die Anstellungsbedingungen festlegt, wurde von der sozialdemokratischen Fraktion beantragt, den Absatz, der die Anstellungsprüfungen vorschreibt, zu streichen. Durch diesen Antrag wollten die Sozialdemokraten ermöglichen, daß jeder sich um freiworbene Stellen bewerben kann, ohne eine Anstellungsprüfung abzugeben. Die Kommunisten stimmten auch diesem sozialdemokratischen Antrag zu. Bei der Gesamtabstimmung über das Ortsgesetz stimmten die Kommunisten dagegen. Dadurch wurden alle Verbesserungen, die von der Linksmehrheit in der Einzelberatung erreicht worden waren,

Aus Nah und Fern

Tropfsteinhöhlen bei Blauen

In einem an der Straße Blauen-Pausa gelegenen Steinbruch wurden unweit der Gemeinde Syrau im Laufe der vorigen Woche Entdeckungen gemacht, deren Bedeutung noch gar nicht abzusehen ist. In dem Bruche, in dem wiederholt Kiensteinen und andere Funde aus den Perioden vor der Eiszeit gefunden worden waren, kamen die mit dem Loslösen von Kalkstein beschäftigten Arbeiter plötzlich an einen tiefen Spalt. Sie ließen sich in die Tiefe hinab und entdeckten große zauberhafte Tropfsteinhöhlen, die sich nach nordöstlicher Richtung hin ausdehnen. Die ersten Eindringlinge in dieses Höhlennetz, das sich in ungefähr 15 Meter Tiefe befindet, konnten sich allerdings nur unter größten Anstrengungen und Gefahren vorwärtsbewegen. Es ist nach Meinung verschiedener Geologen nicht ausgeschlossen, daß sich auch noch Gänge, die in anderer Richtung führen, finden lassen.

Die Volkszeitung für das Vogtland teilt weiter mit: Sofort nach Bekanntwerden dieser Entdeckung machten sich interessierte Geologen auf den Weg nach Syrau. Heute Dienstag vormittag besichtigte Prof. Weise aus Blauen die Höhle. Nach seiner Meinung kann es sich um einen Höhlenbezirk handeln, der nach seiner Zugänglichkeit für den Ort Syrau und für die Stadt Blauen von größter Bedeutung werden kann. Das Grundstück, unter dem die Höhlen liegen, gehört der Gemeinde Syrau. Öffentlich läßt sich die Gemeinde nicht von einer spekulationsseitigen Firma überkaufen. Es ginge ihr sonst wie der Stadt Saalfeld, die die wirtschaftliche Ausbeutung ihres Tropfsteinparadieses an eine private Gesellschaft abgegeben hat und sich damit einer bedeutenden Einnahmequelle entäußerte. Das Gelände bei Syrau ist außerordentlich leicht zu erreichen. Der Bahnhof ist nur wenige Minuten entfernt, eine gepflegte Autostraße führt dicht am Gelände vorbei und außerdem liegt der Flugplatz Blauen-Kaufschwitz geradezu vor dem Eingang zu den Tropfsteinhöhlen.

Es ist dringend notwendig, daß sich Wissenschaftler und Behörden sofort um die Erschließung dieses Tropfsteingebietes bemühen.

Das Ergebnis der Untersuchung von S 4

Ul. Neunorf, 20. März.

Die Untersuchung des gehobenen Unterseebootes „S. 4“ durch die Sachverständigen hat ergeben, daß das eigentliche Leck nicht groß genug war, um das sofortige Sinken des Bootes

hinfällig. Bei der Beratung des Stellenplanes zur Besoldungsordnung wurde von der sozialdemokratischen Fraktion zur Gruppe 7c beantragt, diese zu streichen, da man mit der Besetzung der Stelle eines besoldeten Stadtrats oder Stadtratsrats noch nicht rechnen kann. Die Kommunisten enthielten sich hier der Stimme; sie erreichten damit, daß diese Gruppe doch bestehen bleibt. Vielleicht haben sie in nächster Zeit Gelegenheit, für die Verteilung des letzten Titels zu stimmen. Wie bei Beratung des Haushaltsplanes, wo die Kommunisten wegen des Polizeibehaltens den gesamten Haushaltsplan ablehnten, so zeigte sich auch hier, daß wegen eines Paragraphen, den sie gestrichen haben wollten, dessen Streichung aber die Gemeindeordnung entgegensteht, alle von der Linken beantragten Verbesserungen scheitern. Eine derartig verwerfliche Politik können eben nur die Kommunisten treiben. Bei Beratung der Verbesserung der Straßeneinrichtung zeigten die Bürgerlichen, daß sie an Ausgaben sparen wollten; aber gerade an solchen Ausgaben, die im Interesse der Weiterentwicklung der Stadt notwendig sind.

Die Kommunisten waren mit den Mißerfolgen in der letzten Stadtverordnetenversammlung noch nicht zufrieden, sie hatten das Bedürfnis, sich auch noch in einer öffentlichen Versammlung zu blamieren. Mit großem Tamtam hatten sie eine Versammlung arrangiert, die unter anderem zu der Mikrowirtschaft im Tauchaer Wohnungsamt Stellung nehmen sollte. Beschwerden gegen das Wohnungsamt konnten sie der Versammlung nicht vorbringen, sondern sie erwarteten diese von der Versammlungsbühnen. Was da jutage gefördert wurde, mußte selbst das kommunistische Mitglied des Wohnungsausschusses zurückweisen. Die Sozialdemokratische Partei wird Gelegenheit haben, über die Einstellung der Kommunisten zum Wohnungswesen am Orte der Einwohnerschaft in der nächsten Zeit noch mehr Material zu unterbreiten.

Gaßwitz, Gemeindeverordnetenversammlung. Dem Gesuch Eberts um Errichtung eines Verkaufstandes für Tabak und Zigarren an der Harth stimmt man zu. Ein Gesuch des Saalinhobers Poppe um Herabsetzung der Vermögenssteuer, sowie der 3. Nachtrag zum Seemannspensionsgesetz (betr. Erhöhung der Pension) werden dem Finanzausschuß zur Beratung überwiesen. Der Vorsitzende gibt eine Anfrage der Post bekannt, wonach bei genügender Unterstützung durch die Teilnehmer ununterbrochener Fernsprechkette eingeschaltet werden soll. Die Gemeindeverordneten beschließen, für durchgehenden Fernsprekdienst eine Erklärung abzugeben. Der Rittersgüterpächter kündigt seinen Vertrag zur Ziegenbockhaltung. Die Gemeinde wird bei der Amtshauptmannschaft Bestätigung von der Pflicht zur Haltung eines Ziegenbocks nachsuchen, da die Ziegenhaltung nur noch gering ist. Die Vangesuche Dürr (Garagenbau), Rodes (Radeneubau) und Langendorf (Anbau einer Kucherkammer) werden auf Vorschlag des Bauausschusses bedingungsweise genehmigt. Ein bürgerlicher Vertreter, dem die

herbeizuführen. Man nimmt daher an, daß die Leute im Heckraum die Türen so lange offen gelassen haben, um sämtliche Kameraden hereinzulassen. Dadurch drang viel Wasser in den Raum ein, wodurch gleichzeitig Kurzschluß hervorgerufen wurde. Die 32 Mannschaften im Heckraum sind offenbar nach wenigen Stunden erstickt, während die übrigen 8, die sich im Torpedoraum aufhielten, wahrscheinlich noch 3 1/2 Tage lebten. Sie haben sich anscheinend vom Hunger oder Müdigkeit übermannt, zum Ausruhen in die Hängematten gelegt und sind für immer eingeschlafen. Im Torpedoraum wurden auffälligerweise noch unbenutzte Sauerstoffflaschen gefunden, die wahrscheinlich als äußerste Reserve zurückgestellt worden waren, zu deren Öffnung man aber nicht mehr gekommen ist, da die Leute in den Hängematten zwischen der Bejinnung verloren hatten. Nur 2 Mann scheinen nicht ruhig gestorben zu sein, da sie sich noch im Tode umkampf hielten. Leutnant Vich lag unter einem Arbeitstisch mit dem Kopf auf der Mäße. 3 schwarze Fische an der Bordwand über seinem Kopfe rührten wahrscheinlich von Hammerschlägen her, der Hammer selbst jedoch nicht gefunden werden. Die Mannschaften im Torpedoraum scheinen bejinnend alle Vorbereitungen zur Rettung getroffen zu haben, indem sie die ursprüngliche Reserve zurückgestellt worden waren, zu deren Öffnung man aber nicht mehr gekommen ist, da die Leute in den Hängematten zwischen der Bejinnung verloren hatten. Nur 2 Mann scheinen nicht ruhig gestorben zu sein, da sie sich noch im Tode umkampf hielten. Leutnant Vich lag unter einem Arbeitstisch mit dem Kopf auf der Mäße. 3 schwarze Fische an der Bordwand über seinem Kopfe rührten wahrscheinlich von Hammerschlägen her, der Hammer selbst jedoch nicht gefunden werden. Die Mannschaften im Torpedoraum scheinen bejinnend alle Vorbereitungen zur Rettung getroffen zu haben, indem sie die ursprüngliche Reserve zurückgestellt worden waren, zu deren Öffnung man aber nicht mehr gekommen ist, da die Leute in den Hängematten zwischen der Bejinnung verloren hatten.

Nach Eintritt der Dunkelheit wurden die Leichen in Flaggen gehüllt an Land gebracht und auf mit Blumen geschmückten Wagen zum Hospital geleitet. Die Beisetzung wird auf dem Nationalfriedhof Arlington bei Washington erfolgen.

Einsturz einer Abraum-Förderbrücke

Bisher 6 Tote

WTB Mülsenberg, 21. März.

Heute vormittag um die 10. Stunde stürzte infolge des heftigen Sturms die bei der Braunkohlen- und Breitt A.G. in Bau befindliche Abraumförderbrücke zusammen. Es sind 6 Tote und 3 Schwerverletzte bisher getötet worden. Die Unfallstelle ist gesperrt.

Zukunft darf nicht nach Belgisch-Kongo. Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat das Kolonialministerium bisher keinen Antrag zum Zweck Zulassung in Belgisch-Kongo erhalten. Es wird hinzugefügt, daß ein solcher Antrag abgelehnt werden würde.

Beauftragten für Langendorf zu hart schienen, stellt den Antrag auf teilweisen Erlaß. Der Vorsitzende des Finanzausschusses erklärt, von diesen im Ortsrat festgelegten Bedingungen nichts zu wissen. Raum glaublich! Und dieser bürgerliche Herr ist schon sieben Jahre Gemeindevorsteher und hat immer die Bedingungen bei Wohnungsaussuchen der hiesigen Baugenossenschaft mit beschlossen. Im Falle Langendorf handelt es sich nur um Abgabe der Kläranlage in Höhe von 10 Pfennig pro Kubikmeter und um schulden- und oblastenfreie Überlassung eines etwa 8 Quadratmeter großen Streifens für eventuelle spätere Straßenverbreiterung. Genosse Käpff hat hierzu den Standpunkt der SPD-Fraktion scharf hervor. Es kann nicht angehen, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. Bei Wohnungsaussuchen der Genossenschaft waren diese Bedingungen auch schon härter, denen die Bürgerlichen ohne Bedenken zustimmten; sie schienen ihnen nie zu hart. Unser Redner zitiert ein typisches Beispiel. Bei einem Bauvorhaben der hiesigen Genossenschaft zur Erstellung von Wohnungen wurden nicht weniger als 23 Bedingungen gestellt; darunter Erstellung des Fußweges mit 80 Zentimeter breiter Lagerhülle, während das Ortsbudget nur 60 Zentimeter vorsieht. Hier hat kein bürgerlicher Vertreter Widerspruch erhoben. Es muß festgestellt werden, daß zu dieser Zeit eine bürgerliche Mehrheit vorhanden war. Diese Ausführungen unseres Redners bringen sogar den Bürgermeister auf den Plan, der diese Feststellungen zu widerlegen verucht. Es gelingt ihm aber nicht, da unser Genosse seine Ausführungen an Hand des Protokolls nachweist. Der Antrag des Bürgerlichen wird abgelehnt. Der ungefähr 50 Quadratmeter große Keller im Grundstück 27h soll als Lagerraum vermietet werden. Die Ausschreibung erfolgt hier und in den Nachbargemeinden durch Ausschlag.

Es ist bedauerlich, daß die öffentlichen Sitzungen der Gemeindeverordneten so wenig von den Einwohnern besucht werden; denn sonst wäre es unmöglich, daß in unserer Gemeinde noch vier bürgerliche und drei sogenannte neutrale neben den vier sozialdemokratischen Gemeindeverordneten fungieren. Deshalb, Wähler von Gaßwitz, seht euch eure gewählten Vertreter genau an!

Großsch. Erhängt in seinem Herdostall hat sich gestern wahrscheinlich schon in den Vormittagsstunden, der Votenführer Franz von hier. Durch das lange Ausbleiben ihres Ernährers bewundert, fanden seine Angehörigen beim Nachforschen die Stalltür verriegelt. Erst durch Ausheben der Tür gelangte man in denselben und gewahrte Franz, der sich den Freitod durch Erhängen gegeben hatte. Was den rührigen Mann zu der Tat veranlaßt hat, ist zur Stunde noch unbekannt.

Partei im Kampf!

Wir brauchen Muniton. Zähltest du deinen Wahlbeitrag schon?

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Tischlerlehrling
für Eltern stellt ein
Paul Rosenkranz, Ladenbau
Lolozig-Neust., Wisemannstr. 39.

Klempnerlehrling
Sohn achtbarer Eltern, für Eltern gesucht.
Schule u. Lackmann, Metallwarenfabrik Leipzig-Alt. 22, Mitternische Str. 14

Genosse sucht, welche für 1 bis 2 Tage eine Frau, Weib, Schloß, Gemeintrahe 43, 11.

Verkäufe
Von herrlichsten wenig getragenen
Herr-Garderobe bill. u. sehr Witzlos.
Vorkaufstr. 12, p. Ein- u. Verkaufsaussch.

20-25 Küchen
und diverse Ladeteile und furnierte
Schlafzimmer abt. billig ab
Lendel, Möbelhandlung. Nr. 83.

Auf Kredit
Damen-Garderobe
mit kleinen Ungeboten
Scherbel
Schumannstr. 20 und Markt 2

2 Bettstellen mit Matratze sehr bill. u. vert.
Gumborfer Str. 27, II. r.

Achtung! Achtung!
Schränke
130 cm, zerlegbar mit 1/2 Wäsche
Mark 110.-
Prima Qualität, bequeme
Tollzahlung
Möbelhaus Poll
Eutritzauer Markt (Gosenschnikel)

Schallplatten
i. Preisklasse RM. 3.50
leihweise
Qualitäts-
Sprechapparate
zu Engraspreisen
Richter Reichstr. 18, I

Apfelsinenhalben
serviert und gut getrocknet, kaufen
J. Bernhardt, G.m.b.H., Leipzig
Konstantinstraße 21.

Latten für Gartenzäune
billig abgegeben
Berlin-Werke, Wartarafenstraße 6.

Auf Kredit
Bettstellen mit Matratzen
mit 3 Wäsche
Klein-Wagen-Kredit-Bank
Hans Hoffmann
Karlstraße 10, I. Stock

Inzerate
für die größte Nummer bestimmt erbiten bis spät
9 Uhr vormittags am Erscheinungsort

Kaufgesuche
Gabe, Pianos, Fagot, Harmon.
F. Hug & Co., Schulstr. 11
Z. 14168. Off. in. Des. ab.

Diverses
Leipziger Leihinstitut,
Gesellschafts-Anzüge
Belau
Albertstraße 20a
Ecke Zeitler Straße 3

Haben Sie Stoff?
Fertige Zöden einen modernen Anzug ab.
Mantel nach Maß mit Futter von
29 Mark an
Rudolph L.-Reudnitz,
Frommannstr. 15, p.
Auch Sonntags geöffnet

Haben Sie Stoff?
Aus mitgebrachten Stoffen erhalten Sie einen modernen
Anzug of Mantel
nach Größensystem
Maß
für nur 29.-, mit allen
Zutaten angefertigt
Eigene Werkstätten!
Paul Noack, Leipzig
Elsterstr. 55, pt.
gegenüb. Klein-Theater
Sonntags versch.

Verleih
von Gesellschafts-
anzügen
Baumgärtel
Königsplatz 9, I

Frack - Dachs
verleiht alle
Gesellschaftsanzüge
Halasstr. 6

Strümpfe
word. alle Stärken
billig angestriekt.
Reparaturen an
Strümpfen
Woll-Winkler
Hörnberger Str. 40, *

Köhres Patent
Edelzigaretten
ohne Papierbrandgeruch
In allen massgebenden Spezialgeschäften
Alleinhersteller: FLORIDA, Leipzig W 33.

Gewerbliche Lehrverträge sind Arbeitsverträge

Eine wichtige Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

Nach langen, ebenso schwierigen wie unermüdeten Auseinandersetzungen mit dem handwerklichen Unternehmertum haben die freien Gewerkschaften jetzt in einer heiß umstrittenen Sache einen entscheidenden Erfolg errungen: Das Reichsarbeitsgericht hat den arbeitsvertraglichen Charakter der gewerblichen Lehrverträge anerkannt und damit auch das Recht der proletarischen Organisationen auf tarifliche Regelung dieser Lehrverträge! Das Monopol der Innungen und Handwerkskammern, das bislang auf diesem Gebiete als mittelalterliches Ueberbleibsel bestand, ist nunmehr endgültig gebrochen, was namentlich die kleinen Meister, die sich und ihre rüstständigen Betriebe nur mühsam durch Lehrlingszuzüherei über Wasser zu halten vermögen, bald bitter empfinden werden.

Vor die ordentlichen Gerichte kam die Sache dadurch, daß verschiedene — in Leipzig, Elberfeld, Görlitz, Hildesheim — Bauunternehmer ihren Lehrlingen den tariflich vereinbarten Lohn vorenthalten, daß sie dieselben Abmachungen, die sie als Angehörige des Arbeitgeberverbandes getroffen hatten, in ihrer Eigenschaft als Innungsmitglieder zu sabotieren suchten! Die Kräfte und ihre Organisationen bestritten, daß gewerbliche Lehrverträge Arbeitsverträge seien und tariflich geregelt werden dürfen, und beriefen sich dabei vor allem auf Urteile der Oberlandesgerichte Dresden und Raumburg vom April 1925 bzw. September 1924, die in ähnlich gelagerten Fällen ergangen waren. In den Dresdner Entscheidungsgründen heißt es unter anderem:

„Beim gewöhnlichen Arbeitsvertrag stehen Leistungen und Gegenleistungen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber stets im gegenseitigen Verhältnis. Die Leistung des Arbeiters läßt sich durchschnittlich, gewissermaßen nach einem Marktpreis, bestimmen, und ihr steht der vom Arbeitgeber zu gewährenden Lohn als gleichberechtigt gegenüber. Diese Gleichberechtigung von Leistungen und Gegenleistungen durchzusetzen und zu wahren ist das Ziel und der Grund für die Berechtigung der sozialen Lohnkämpfe, deren Verminderung wiederum der Zweck des Tarifvertrages ist und demnach auch das Anwendungsgebiet der Tarifordnung umgrenzt. Dieses aber nun auch auf den Lehrvertrag der Handwerker zu erstrecken, wäre gleichbedeutend damit, den Lehrling den wirtschaftlichen Lohnkämpfen auszuliefern. Auch dies ist aber mit Sinn und Zweck des Lehrvertrages unvereinbar, und auch aus diesem Grunde können deshalb die Lehrverhältnisse nicht rechtswirksam tarifvertraglich geregelt werden.“

Ebenso heißt es in der Begründung des Raumburger Oberlandesgerichts:

„Es bedarf keiner Ausführung, daß es unzulässig ist, Kündigungsklausel und Lohn bei ihrer engen Wechselwirkung auseinanderzureißen und die eine nach dem Lehrvertrag, den anderen nach Tarifrecht zu bestimmen. Die Länge des Lehrvertrags festzusetzen muß ein Recht der Handwerkskammern und Innungen bleiben, wenn sie die ihnen gesetzlich gesteckten Ziele erreichen sollen. Folgerichtig müssen sie auch die Verfügung über die Lohnhöhe behalten.“

Trotz dieser freilich schon etwas antiquarischen Entscheidungsgründe gewannen die klagenden Lehrlinge bzw. der Bauwerksbund als ihr Bevollmächtigter allenthalben die Prozesse in erster und zweiter Instanz, wobei der Präsident des Landesarbeitsgerichts Leipzig, Dr. Wunderlich, als erster und einziger Richter in Deutschland eine ausführliche, alle Punkte berücksichtigende Urteilsbegründung — sie ist neunzehn Seiten lang! — gab. Da sich Genosse Singheim als Anwalt der Gewerkschaft vielfach auf sie stützte und das Reichsarbeitsgericht sie sich im wesentlichen zu eigen machte, sei sie hier auszugsweise wiedergegeben:

„Bei einem Verlaufe der Klarstellung ist von dem Begriff des Arbeitsvertrags auszugehen, denn dieser ist in der Tarifvertragsordnung allein erwähnt und deshalb als grundlegender Begriff einzusetzen. Es ist zu ermitteln, in welchem logischen Verhältnis der Begriff des Lehrvertrags dazu steht. Arbeitsvertrag im Sinne der Tarifvertragsordnung und des Arbeitsrechts überhaupt ist der Dienstvertrag, der abhängige Arbeit gegen Entgelt zum Gegenstand hat (von weiteren Kriterien kann hier abgesehen werden). Lehr- und Lernverpflichtungen enthält er nicht. Hieraus folgt: „Arbeitsvertrag ist nicht gleich Lehrvertrag!“ Es folgt aber nicht daraus: „Der Lehrvertrag ist kein Arbeitsvertrag!“ Denn der Lehrling leistet vielfach abhängige Arbeit gegen Entgelt. Hieraus ergibt sich: „Der Lehrvertrag kann auch Arbeitsvertrag, kann teilweise Arbeitsvertrag sein!“

Weiter heißt es dann: „Die (gutachtliche) Äußerung der Gewerbekammer stellt die Erziehung in vorderster Linie. Sie sagt, das Lehrverhältnis sei kein Arbeitsverhältnis, denn es stelle lediglich die Fortsetzung der Erziehung eines jungen Menschen in Familie, Beruf und Schule dar, es sei nach der Gewerbeordnung „ein Erziehungs- und Ausbildungsverhältnis, welches sich aus dem Familienrechte des bürgerlichen Rechts ableite.“ — Es ist nicht darauf einzugehen, daß die geschichtliche Entwicklung in der Tat auf familienrechtliche oder vielmehr familienrechtsartige Verhältnisse zurückgeführt werden kann. Die persönlichen Auskünfte der Parteien in der Berufungsverhandlung haben ergeben, daß von der familienrechtlichen Seite wohl nichts und sogar von der Erziehungsseite des Lehrverhältnisses nur noch wenig übriggeblieben ist. Im übrigen hat sich gezeigt, daß irgendwelches Interesse an der Persönlichkeit des Lehrlings außerhalb der Arbeitszeit und abgesehen von der Tatsache, daß er Bauer werden will und als Lehrling auf dem Bau Arbeit leistet, bei dem Lehrherrn nicht vorhanden ist. Auch das Erziehungsmoment ist zum mindesten auf einen kaum noch beachtlichen Rest zusammengeschumpft.“

Es ergibt sich aber aus dem Gefagten, daß Erziehungsmoment und Familienbeziehung nicht mehr die Rolle spielen, die die Gewerbekammer annimmt. Vielmehr wird der Lehrling wie eine Arbeitskraft bezahlt, weil er arbeitet, und nicht bezahlt, wenn nicht gearbeitet werden kann. Daraus ergibt sich auch, daß es völlig unerheblich ist, wenn die Barvergütung „Kostgeldbeihilfe“ genannt wird. Die Bezeichnung der Lehrlingsvergütung als Wohn- und Kostgeldbeihilfe ist deshalb nur geschichtlich gerechtfertigt und für die Beurteilung der gewordene Lage irreführend. Die Bemessung nach Stunden (oder Arbeitsleistung) beweist, daß nur noch der Austausch: Stundenarbeit gegen Stundenlohn übriggeblieben ist!

Zu der Frage, ob neben der Gewerbeordnung Tarifverträge in das Lehrlingswesen eingreifen können, führt Dr. Wunderlich aus: Die Gewerbeordnung sei hinsichtlich des Lehrlingswesens das maßgebende arbeitsrechtliche Gesetz der Jetztzeit. „Hieraus folgt indes nicht, daß für die Regelung der Barvergütung der Lehrlingsarbeit, wie sie in dem Reichstarifvertrag für das Baugewerbe in § 6, Ziffer 1 zum Gegenstand kollektivvertraglicher Regelung gemacht ist neben den Bestimmungen der Innung und der Gewerbekammer kein Raum wäre. Die im öffentlich-rechtlichen Interesse gegebenen Vorschriften der Gewerbeordnung, die den Lehrherrn Innungen und Handwerkskammern vorschreiben, welche Tätigkeit sie im Lehrlingswesen zu entfalten haben, welche Befugnisse ihnen zuzustehen, ändern nichts daran, daß der einzelne Lehrvertrag, der zwischen Lehrherrn und Lehrling geschlossen wird, ein rein privatrechtlicher Vertrag ist. Die Gewerbeordnung setzt Normen, welche vorschreiben, was mindestens und was unbedingt in dem Lehrvertrag geregelt werden muß; sie ermächtigt die Innungen, sie ermächtigt die Handwerkskammern, die sie als Körperschaften öffentlichen Rechts anerkennt, weitere Normen für die Ausgestaltung des Inhalts der Lehrverträge zu setzen, für diese Normen wiederum gewisse Rahmen vorschreibend. Trotzdem ist der unter Beachtung dieser mehreren, übereinander geschichteten Rahmen geschlossene einzelne Lehrvertrag privatrechtlicher Art, mag der übrig gebliebene Spielraum für die weitere Ausgestaltung der Einzelheiten durch die Vertragsparteien auch noch so eng sein! Innerhalb dieses — vielleicht nur geringen — letzten Spielraums ist aber schließlich doch noch Möglichkeit für Einzelvereinbarungen.“

Nach alledem kommt Dr. Wunderlich zu dem Schluß, daß „die von den zukünftigen Gewerbekammern und Innungen für das Lehrlingswesen gesetzten Normen trotz ihrer öffentlich-rechtlichen Natur Raum für tarifvertragliche Bindungen der Innungsmitglieder lassen, die diesen innerhalb des der Vertragsfreiheit nicht entzogenen Gebiets ein bestimmtes Wesen vorschreiben. Soweit es sich um die Vergütung von Geld als Vergütung für Arbeit handelt, ist eben auch der Lehrvertrag Arbeitsvertrag und deshalb möglicher Gegenstand tariflicher Regelung!“

Vorn Reichsarbeitsgericht widerstanden die Anwälte der Beklagten und in den vorangegangenen Instanzen verurteilten Firmen vor allem geltend, daß einmal von Arbeit bei den Lehrlingen gar keine Rede sein könne; zumindest habe der Lehrherr keinerlei Nutzen, oft aber Schaden davon! Zum anderen sei die in der Regel gewährte Barvergütung nicht Lohn, sondern eine Art Abfindung für früher geleistete Vorkosten und Unterhaltung. Schon im Interesse einer guten technischen Schulung des gewerblichen Nachwuchses müsse es Sache der Innungen und Handwerkskammern bleiben, die Dauer der Lehrzeit und die Höhe der zu zahlenden Entschädigung nach eigenem Ermessen festzusetzen.

Demgegenüber legte Genosse Singheim in einer vorzüglich vorgetragenen, klaren akademischen Vorklesung seinen und damit den Standpunkt der Gewerkschaften dar. Der Lehrling leiste ganz zweifellos abhängige Arbeit gegen Entgelt, ja sogar weit qualifiziertere abhängige Arbeit als der ausgebildete Gehilfe; denn die Leistungsgewalt des Lehrherrn sei für ihn viel intensiver als für diesen. Was nun die Entschädigung anbelange, so könne an ihrem Lohn-Charakter überhaupt kein Zweifel bestehen; selbst wenn es zuträfe — was hier nicht untersucht zu werden brauche —, daß dieses Entgelt lediglich Ersatz für einstmals gewährte Verpflegung und Unterkunft sei, würde sich daran nichts ändern. Denn auch Kost und Logis seien bereits Lohn, und zwar eine Naturalvergütung, wie sie heute noch jedem Dienstmädchen als Teil des ihm zustehenden Lohnes gewährt zu werden pflege. Der Unterschied zwischen dem Arbeits- und dem Lehrvertrag sei in erster Linie, daß der Unternehmer nach dem Arbeitsvertrag lediglich Entgelt, nach dem Lehrvertrag aber daneben auch Unterricht, Ausbildung schulde; der Lehrvertrag sei also nur eine besondere Form des Arbeitsvertrags. Die Prozeßgegner hätten erklärt, daß Lohn und Kündigung untrennbar zusammenhängen, und daß, da der Lehrvertrag, so gut wie un kündbar sei, auch die Festsetzung der Höhe der zu zahlenden Entschädigung unmöglich tariflich geregelt werden könne; daß dies Sache des „Berufsstandes“ sei; daß schließlich der Lehrling keinerlei produktive Arbeit leiste. — Dazu müsse gesagt werden, daß die Kündigungsbestimmungen im Gewerbe außerordentlich mannigfaltig seien und daß die relative Unkündbarkeit der Lehrverträge weniger auf technische als vielmehr auf politische Motive zurückgehe; unter den heutigen Verhältnissen habe der Unternehmer ein starkes Interesse daran, den Lehrling möglichst lange an sich bzw. seinen Betrieb zu fesseln, da der Lehrling eine besonders willkfährige und besonders billige Arbeitskraft darstelle. Daß der Berufsstand in allen derartigen Fragen entscheiden sollte, sei eine durchaus berechtigte, auch von den Gewerkschaften unterstützte Forderung. Der Berufsstand bestche aber — im Gegensatz zu der Auffassung der Innungen, Gewerbekammern

und Unternehmer-Verbände — aus Unternehmern und Arbeitern! Auch daraus ergebe sich das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und ihrer Organisationen bei der Regelung des Lehrlingswesens! Daß der Lehrling keine produktive Arbeit leiste, sei eine völlig unhaltbare Behauptung, gegen die so unglaublich viel Argumente — wie Lehrlingszuzüherei, jährliche Steigerung des gewährten Entgelts usw. usw. — angeführt werden könnten, daß es schade um die Zeit sei, darauf einzugehen. Es stehe zweifellos fest, daß es sich bei den gewerblichen Lehrverträgen hauptsächlich um Arbeit und Lohn handele, daß also der Tarifvertrag Platz greife! Von der Unternehmer-Seite werde mit besonderer Vorliebe und Regelmäßigkeit auf die „untragbare Belastung“ des Handwerks hingewiesen, die „unfehlbar“ eintreten werde, wenn das Lehrlingswesen und seine Regelung in den „Parteiinteressen“ hineingezogen würden; die Meister würden „es sich sehr überlegen, noch Lehrlinge einzustellen“, wenn es für sie allzu große „Opfer“ mit sich brächte. Daran müsse schließlich das ganze Gewerbe „zugrunde gehen!“ — Durch derartige Argumente bliebe man sich nicht beirren lassen, denn sie seien wie alle ähnlichen „wirtschaftspolitischen“ Erwägungen nur eine besondere Form des Widerstandes der Unternehmer gegen das Tarifrecht und gegen die gesamte Sozialgesetzgebung! Außerdem sei die Instanz für Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung von Tarifabkommen, vor denen die Unternehmer solch besonderen Respekt hätten, ja weder die Gewerkschaft noch die Innung, sondern der Reichsarbeitsminister, und auf den könne sich „die Wirtschaft“ nach den bisherigen Erfahrungen doch ganz gut verlassen! —

Wie schon gesagt, entschied das Reichsarbeitsgericht nach längerer Beratung im Sinne Singheimers und Dr. Wunderlichs. Daß in der Leipziger Sache die Lehrlinge aus formellen Gründen abgewiesen wurden — es war vor der Verhandlung am ordentlichen Gericht nicht zu der im Reichstarif vorgezeichneten Verhandlung vor der Schiedsinstanz gekommen —, ist juristisch bedeutungslos; die Innung wird es bestimmt nicht auf einen neuen Prozeß, den sie ja mit hundert Prozent Wahrscheinlichkeit verlieren würde, ankommen lassen, sondern „freiwillig“ zahlen. R. H.

Bücherschau

Louis Fischer, Desimperialisimus. Der internationale Kampf um Petroleum. Neuer deutscher Verlag, Berlin NW. 8. 1927.

Der Weltkampf zwischen der Kohle und dem Petroleum ist schon nach wenigen Jahren Dauer zugunsten des Oels entschieden. Wer die Devisen der Erde beherrscht — der ist der Mächtigste unter den Mächtigen dieser Welt! Gegen ihn ist ein Krieg unmöglich — verstopft er die Kanäle der Devisenfuhr, dann stehen die Schiffe auf den Ozeanen, dann starten keine Bombenflugzeuge zu ihrem lohnbringenden Flug und ein großer Teil der Maschinen in der Kriegsindustrie muß nach kurzer Zeit stillgelegt werden. Darum die Jagd nach Oel, die die Imperialisten über den Erdball treibt und sie in Streitigkeiten bringt um den Besitz desjenigen Fleckchens eines Landes, von dem ein starker Petroleumgeruch ausgeht. Der Kampf um das Oel ist nicht nur ein wirtschaftlicher, er ist längst eine der Ursachen der großen weltpolitischen Auseinandersetzungen, die die führenden imperialistischen Staaten und die ihnen verbündeten Staatsgruppen untereinander austragen. Das wird von Diplomaten der imperialistischen Staaten natürlich nicht eingeräumt. Sie unterhalten sich auf ihren Wirtschafts- und Friedenskonferenzen angehängt nur darüber, wie sie die Beziehungen der Völker untereinander friedlicher gestalten könnten und wie die Unabhängigkeit dieses oder jenes Landes im Interesse seiner eignen Wohlfahrt und Entwicklung auszubauen ist. Aber hinter den Kulissen, von der Öffentlichkeit abgetrennt, da toben die wirklichen Interessenkämpfe, die im Fettkampf des Desimperialisimus oft Kämpfe um die Herrschaft über Oelquellengebiete sind. Der Amerikaner Louis Fischer geht in seinem Buche „Zwang, Spieß und Gegenpieß des großen Petroleumkapitals, das heißt die Eingeweide der kapitalistischen Petroleumpolitik mit ihren Verkrampfungen und Verhängungen. Es zeigt die Politiker als Agenten der Magnaten und die Magnaten als Besieger, Antikamrierer, frech, schwächlich, kommandierend, schleichend, den ganzen Wirrwarr von Heimplakaten, Moralverlogenheiten, Unhängigkeiten und Diktaturen, Mißbräuchen und Schemisbräuchen, Führer, die gelenkt sind wie Puppen vom Geld, Unabhängigkeitschwärmer, die Petroleum wollen, Amerika gegen England, England gegen Amerika, Frankreich und Belgien mit England oder Amerika, Scheinbaro Einigkeit im Petroleumkampf gegen Rußland, aber jeden Augenblick Durchbrechung der Front, weil Macht und Rauben zwingen und loden ...“

Es ist ein ununterbrochenes Entknüpfen verworrenen Fäden, ein alles Dunkel verheuchelndes Hineinschauen auf die Hintergründe der internationalen Politik der imperialistischen Mächte. Wer will da nicht zu dem Buche greifen, dessen Inhalt die Lüge von dem friedlichen Kapitalismus zerflört und das Proletariat zu der Konsequenz auffordert, sich vorzubereiten und seine internationalen Organisationen so auszubauen, daß es dem Treiben der Imperialisten Einhalt gebietet, indem es ihre Macht bricht, die Menschheit vom dem „Segen“ der kapitalistischen Wirtschaft befreit und dem Sozialismus zum Siege verhilft. b.

© Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Sauerbraten mit Klößen 1.15
Geüllte Kalbsbrust mit Salat 1.20 Schiachtfest —
Morgen: Kartoffelkuchen 30 Kartoffelkuchen mit
Ochsenfleisch 80 50/20 in Essig und Öl mit Kartoffel-
salat 50 Paprika-Braten mit Butterudeln 1.20



SULIMA
Handicap
CIGARETTE

Sie zu rauchen ist ein Hochgenuß

Konsumgenossenschaft und Warenhaus

Das kaufende Publikum hat eine zwiespältige Einstellung zum Warenhaus. Man kann es einteilen nach verschiedenen Gruppen. Einmal geht der Schnitt vertikal nach der Richtung der vollständigen Verneinung oder Bejahung der Notwendigkeit des Warenhauses im modernen Handel, dann aber geht noch einmal die Gruppierung horizontal durch beide Lager, indem das Kaufpublikum in seiner Meinung entweder nach der allermodernsten Entwicklung in der Ruhbarmachung aller technischen und wirtschaftlichen, sowie künstlerischen Möglichkeiten hinstrebt, oder aber zur Beibehaltung, von altbewährten Einrichtungen des Warenhandels neigt.

Die Anhänger des Warenhauses kaufen dort, entweder begeistert, oder kritisch eingestellt, aber sie kaufen dort. Die Vertreter einer des konzentrierten Handels, und das ist das interessanteste, kaufen aber schlichtlich, wenn sie einen Rundgang machen auch dort, und sei es nur gelegentlich. Es liegt also doch das Konsumenteninteresse. Dieses ausschlaggebende Interesse des Konsumenten muß aber der Leitfaden einer Betrachtung bleiben, weil mit ihm alle Weiterentwicklung des Warenhauses steht und fällt.

Es gab eine Zeit, da man dem kaufenden Publikum einreden wollte, alles im Warenhaus sei schlecht, anderswo nicht absehbare Ausfühware, genau wie man bei dem Uebergang von der Manufaktur zur Maschinenfabrikation deren Erzeugnisse als ausnahmslos minderwertig hinstellte. Solcher Standpunkt ist heute allgemein überwunden. Gibt es aber außerdem noch Vorurteile, die einer allgemeinen Anerkennung des Warenhauses im Wege stehen? Zweifellos! Sonst würde nicht selbst in einer Großstadt eine so große Zahl von Kleinhändlern neben dem Warenhaus noch existenzfähig sein.

Die Überwindung dieser Vorurteile kann zum größten Teile nur durch die Arbeit des Warenhaus-Praktikers geschehen, daneben freilich auch durch die Aufklärung. Diese letztere soll sich durchaus nicht etwa gegen den gesamten Kleinhandel ablehnend einstellen, sondern nur versuchen, dort blinderweiternd zu wirken, wo dem Allgemeininteresse und dem Konsumenteninteresse gleichermäßen gebietet wird.

Der Theoretiker wird demnach zunächst die Frage aufwerfen: Was bedeutet das Warenhaus wirtschaftlich? Von diesem Standpunkt aus kann man nicht einer relativ kleinen Zahl von Händlern zuzuschreiben ein Interesse der Allgemeinheit vernachlässigen. Der moderne Warenhandel geht darauf hinaus, möglichst geringe Gestehungskosten zu haben, um jeder Marktlage weitgehend entgegenkommen zu können. Das führt dann zu der Produktion für den eigenen Verkaufsbedarf. Solche Waren, die ein ständiges Verkaufsobjekt bilden, werden also von den modernen Warenhausgesellschaften in eigenen Fabrikationsstätten hergestellt. Das bedeutet eine gewaltige Ersparnis an Zwischenhandelskosten und sonstigen Spesen und hat außerdem den Vorteil, daß diese Betriebe im eigenen Interesse keine Überproduktion zulassen, sondern Bedarfsdeckungswirtschaft für ihren Verkaufsapparat treiben. Sie werden also auch sehen, die Erzeugungsbetriebe nur so groß anzulegen, wie es dem jeweiligen Bedarf entspricht.

Der Verkauf der Waren aber verbilligt sich weiter dadurch, daß im Verhältnis zum Umsatz ein größeres Haushalten mit dem Bodensraum, eine größere Ausnutzung des Grund und Bodens, sowie eine wirtschaftlichere Verwendung der menschlichen Arbeitskraft gegeben ist. Die Ersparnis an Bauraumkosten wird durch die Anstellung von andern Personal (Dokumenteure, Zeichner, Bureauangestellten, Einkäufer, Abteilungsleitern) allerdings wieder ausgeglichen, doch wird durch die Tätigkeit dieses Personals wieder der Umsatz und die Wirtschaftlichkeit des Betriebes gesteigert. Die geschmackvolle Dekoration und die geschickte Aufmachung einer großen Auswahl von Waren eines Gebietes wirken anziehend auf den Käufer, der ohne Kaufzwang alles besichtigen kann. Dieses veranlaßt ihn, zu einem häufigen Kaufhausbesuch und läßt ihn so allmählich zu einem ständigen Käufer werden. Es liegt auf der Hand,

daß der Lagerbestand an Waren im Hinblick auf die große Auswahl kein so umfangreicher zu sein braucht, wie im Spezialkleinhandel.

Alle diese Vorzüge des Warenhauses suchen die Kleinhändler zu leugnen. Sie werden dazu bestimmt durch die Gefährdung ihrer Nahrungsquelle, die seitens des Warenhauses droht. Immerhin: neben dem Warenhaus kann noch eine ganze Zahl von Kleinhändlern bestehen, doch auf die Dauer nur dann, wenn sie sich zum gemeinsamen Wareneinkauf, zur Preisvereinbarung und dergleichen zusammen schließen. Damit ist dann das Prinzip des eigentlichen Kleinhandels allerdings durchbrochen. Man kann in wirtschaftlichen Krisenzeiten, wenn die Erwerbslosigkeit zunimmt, außerdem fast stets eine große Zunahme der Kleinhandelsbetriebe beobachten, die später ihr Geschäft nur als Nebeneinnahme, neben der Tätigkeit des Haushaltungsvorstandes als Lohnempfänger, betreiben. Solange der Kleinhandel sich konkurrenzfähig gegenüber dem Warenhaus und Konsumverlei behaupten kann, wird nichts gegen sein Bestehen einzuwenden sein, im übrigen wird die wirtschaftliche Entwicklung über ihn hinweggehen, wie über den kleinen Handwerksmeister die Großindustrie. Alle Vorwände, wie der Mangel an Fachkenntnissen, Kapitalgewinn, usw., die dem Warenhaus gemacht werden, fallen für den Einsichtigen als gegenstandslos fort. Denn auf Kapitalbildung würde jeder Kleinhändler abzielen, wenn sein Geschäft so gewinnbringend wäre und er würde sich dabei allmählich zu einem Befürworter des Warenhauses wandeln.

Man muß somit zu einer **Wiederwertung des Kaufhausgedankens** kommen, wenn man stattdessen das Interesse einer kleinen Gruppe das Allgemeininteresse für überwiegend hält. Die Warenhäuser entstanden in großer Aufmachung, soweit man die Großstädte ins Auge faßt, zunächst an dem täglichen Zusammenlauf des Geschäftslebens, in der City. Jetzt geht man auch dem großen Strom der Käufer in ihre Wohnbezirke nach, in die Vororte, wie z. B. die Errichtung eines fünfstöckigen Warenhauses mit 36 Schaufenstern, durch die Karstadt A.-G. in dem volkreichsten Stadtteil von Hamburg, Harmbud, zeigt.

Zwei Wochen früher eröffnete auch die Handelsgesellschaft Produktion ihr Kaufhaus, ein Zeichen, daß man sich auch seitens der organisierten Verbraucherschaft der modernen Entwicklung und ihrer Erfordernisse bewußt ist. Im übrigen zeigt die Konsumgenossenschaft vorwiegend noch Dezentralisation des Warenverkehrs in der Form von Kleinhandelsstellen. Sie wird dazu gezwungen, weil sie sich in der Hauptsache mit Lebensmittelhandel befaßt und deshalb möglichst nahe an den Käufer herangehen muß. Sie ist jedoch auch in dieser Form leistungsfähiger, als der Einzelhandel, weil ihr Einkauf, wie ihr Verkauf konzentriert ist in den Händen einer zentralen Leitung und weil auch sie die Bedarfsdeckungswirtschaft zum großen Teile schon in eigenen Produktionsstätten betreibt, also nach Möglichkeit Zwischenhandelskosten ausschaltet. Alles jedoch, was nicht zum Lebensmittelhandel gehört, ist zweckmäßig heute schon besser in der Form des Warenhauses an den Käufer zu bringen, und dem trägt die moderne Konsumgenossenschaft Rechnung.

Die Warenhaus-Aktiengesellschaft und die Konsumgenossenschaft haben also beide die selbe Richtung eingeschlagen, nur tendiert die eine nach der Seite des kapitalistischen Profits, die andere nach der Bedarfsdeckung ihrer Mitgliedschaft. Beide werden in der Folge einen scharfen Kampf miteinander auszufechten haben. Die Konsumgenossenschaft wird nur dann bestehen, wenn sie unter Ausnutzung aller technischen und organisatorischen Möglichkeiten arbeitet. Dazu gehört vor allem Kapitalneubildung und ständige Umfassungserweiterung. Diesen Gedankengängen muß sich also das organisierte Kaufpublikum anpassen, indem es die Möglichkeiten seines eignen Unternehmens weitgehend benützt, denn letzten Endes unterscheidet sich die Konsumgenossenschaft von der Kaufhausgesellschaft ganz gewaltig. Während die letztere an wenige Aktionäre einen Gewinn von 20 Prozent und mehr verteilt, gibt die Genossenschaft allen in ihr organisierten Verbrauchern eine Rückvergütung

von 5 Prozent ihres Umsatzes und benutzt den Rest des Gewinnes zum weiteren Ausbau des von allen getragenen Unternehmens, was auch wirtschaftlich ein nicht zu unterschätzendes Plus bedeutet. Da dem Gewinn in der Genossenschaft nur soweit nachgegangen wird, als es die Fortentwicklung des Unternehmens fordert, der Profit aber ausgeschaltet ist, so wirkt die Genossenschaft immer noch als Preisregulator, wodurch das Konsumenteninteresse wirksamer geschützt wird, als durch Preisvorschriften. So wirkt das Genossenschaftslokalhaus in privater und in volkswirtschaftlicher Hinsicht fortschrittlicher als die rein kapitalistische Warenhausaktiengesellschaft. Heinrich König.

Steigender Aufwuchsanteil der amerikanischen Autoproduktion

Das Auslandsgeschäft der General Motors Corporation hat sich 1927 weiter beträchtlich ausgedehnt. Der Auslandsabsatz der amerikanischen Automobilkonzerns ist im vergangenen Jahre um etwas über zwei Drittel gestiegen. In 101 verschiedenen Ländern wurden, wie aus New York gemeldet wird, 133 830 Wagen im Werte von 180,01 Mill. Dollar verkauft gegen 118 791 Personen- und Lastkraftwagen im Werte von 107,30 Mill. Dollar im Jahre 1926. Das Exportgeschäft hat sich somit wesentlich stärker gehoben als der Absatz am amerikanischen Markte und machte im letzten Jahre bereits 14,2 Prozent des gesamten Absatzes des Konzerns aus gegen 10,2 Prozent im Jahre 1926. Rund ein Drittel des Exportgeschäftes entfällt auf die europäischen Märkte, die im vergangenen Jahre 55 708 General-Motors-Wagen im Werte von 69 80 Mill. Dollar oder über 260 Mill. RM. abgenommen haben gegen 31 712 Wagen im Werte von 36,87 Mill. Dollar 1926. Zu bemerken ist jedoch, daß sich der Anteil Europas am gesamten Exportgeschäft des Konzerns gegen das Vorjahr von 31,5 Prozent auf 33,2 Prozent vermindert hat. Die General Motors Corporation hat, wie der Leiter der Exportabteilung in einem Kommentar zu diesen Ziffern mitteilt, bisher nahezu 6 Mill. Dollar in ihren europäischen Montagewerkstätten investiert, die zusammen rund 5500 Angestellte und Arbeiter beschäftigen.

Rundfunkprogramm Leipzig

Donnerstag, den 22. März.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und -vorausage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen.
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik auf der Suptfeld-Triphonola.
- 12,55 Uhr: Kautener Zeitzeichen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 16,30—18,00 Uhr: Konzert. Des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber.
- 18,05—18,20 Uhr: Aufwertungsgrundfunk.
- 18,20—18,30 Uhr: Steuergrundfunk.
- 18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. van Esjeren und C. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene.
- 19,00—19,10 Uhr: Vortragreihe: „Einführung in die Phonetik der deutschen Sprache“. Prof. Dr. Otto Bremer-Halle: „Ausprache und Rechtschreibung.“
- 19,30—20,00 Uhr: Vortragreihe: „Aus dem Gebiete der Wirtschaft“. Edgar Hahnwald-Dresden: „Wanderungen durch mittel-deutsche Industriegebiete I.“
- 20,00 Uhr: Wettervorausage und Zeitangabe.
- 20,15 Uhr: Wer kauft Liebesgötter? Mitwirkende: Martina Otto-Morgenstern, Karl Kehler und das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Dr. F. A. Duxte. 1. Rundfunkorchester. 2. Goethe: a) Wer kauft Liebesgötter, Karl Kehler; b) Die Spröde und die Bekehrte, Martina Otto-Morgenstern; c) Verschiedene Empfindungen an einem Plage, Martina Otto-Morgenstern und Karl Kehler. 3. Rundfunkorchester. 4. Goethe: a) Kriegserklärung, Martina Otto-Morgenstern; b) Liebhäber in allen Gestalten, Karl Kehler; c) Antworten bei einem gesellschaftlichen Fragepiel, Martina Otto-Morgenstern und Karl Kehler. 5. Rundfunkorchester. 6. Kehler: a) Heidenröslein, Martina Otto-Morgenstern; b) Stürch der Fuchs, so gibt der Balg, Karl Kehler; 7. Rundfunkorchester.
- 22,00 Uhr: Funtprenger.
- 22,05 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,30 Uhr: Funtpille.

Leben und Sterben von Sacco und Banzetti

Von Eugen Lyons.
Deutsche Zeitungrechte: Verh. Vogel, Verlag, Berlin-Charlottenburg 11.
Elftes Kapitel.
Melodrama in Dedham.

Die Atmosphäre des Terrors wird geschaffen. Der Prozeß gegen Sacco und Banzetti fand in Dedham, im Kreise Norfolk, statt.

Dedham ist ein ruhiges, kleinstädtisches Städtchen, wo wohlhabende Bostoner und kleine Farmer Neu-Englands ein zufriedenes Dasein führen, fernab vom Strom der Einwanderung, die die industriellen Bezirke überschwemmt. Auf seine Straßen fällt der Schatten uralter Almen, und seine Häuser stehen fest auf dem Boden puritanischer Traditionen. Es ist ein Ruheplatz nahe dem hastenden Leben Bostons, abseits vom Rauch und Schmutz der Industriezone. Eine Sensation, wie dieser Prozeß, hätte die träge Ruhe Dedhams nicht oft. Der kommende Prozeß wurde in den Klubs, in der Presse, im Straßenbahnwagen, in den Restaurants und an der Mittagstafel distantiert. Die Angeklagten betraten, als „Kote“ abgestempelt, den Gerichtssaal. Die ganze Aufmerksamkeit der Prozeßführung und die Behandlung der Gefangenen verstärkte diesen Eindruck noch hundertfach.

Während der sieben Wochen, die der Prozeß dauerte, zitterte Dedham täglich davor, daß eine Bande der „Schwarzen Hand“ oder zu allem entschlossene Bolschewiken den Gerichtssaal stürmen und ihre Führer aus den Händen des Gesetzes befreien würden. Ganz Massachusetts bestärkte diese Erwartung und stand bereit, um dem Ansturm letzten Widerstand entgegenzusetzen.

Staatsstruppen und Stadtpolizei bewachten die Eingänge zum Gerichtsgebäude. Uniformierte Polizei sah reihenweise im Gerichtssaal. Der Staatsfiskus, in dem Sacco und Banzetti gefangen lagen, wurde von eifrigen Kriminalbeamten bewacht. Besucher wurden nach Waffen durchsucht. Viermal am Tage, sieben Wochen lang, mußten die Anwesenden gefesselt und unter schwerer Bewachung durch die beschatteten Straßen Dedhams, vom Gefängnis zum Gerichtssaal und zurück, Speikruten laufen. Die Damen Dedhams lugten hinter den herabgelassenen Fenstergardinen hervor. Bei der

geringsten Bewegung schrie der dicke Polizist den neugierigen Jungen, die einen Blick auf die „Mörder“ tun wollten, ein barsches „Zurück“ zu.

In einigen Staaten begann die antiräte Systematik allmählich abzulaufen. Die Bomben und Deportationen wurden bereits als ein schlechter und grausamer Scherz verachtet. Aber in Massachusetts stirbt der Haß nicht so leicht. Es gab genug Möglichkeiten, um das Kriegsgewissen immer wieder zu entzünden. Man brachte die Leichen gefallener Soldaten aus Frankreich zurück. Die „Amerikanische Legion“ und patriotische Frauen-Hilfsorganisationen wurden gegründet. „Nun wollen wir sie drohen“ war immer noch die Losung des Tages. Es pagte so gut in die Atmosphäre der Bewachungen und Hausdurchsuchungen hinein. Wenn Richter und Ankläger von „patriotischer Pflicht“ sprachen, so war das nicht nur eine leere Phrasen, wie sie am 4. Juli üblich ist — man dachte dabei an die Toten, Brüder und Söhne, deren Leichen jetzt von Frankreich zurückgebracht wurden, und der Haß gegen Sacco und Banzetti verstärkte sich.

Die Geschworenen werden gesucht. Von den fünfzig für das Amt der Geschworenen vorgeschlagenen hatten sich nur sieben bereit gefunden, das Amt eines Geschworenen zu übernehmen. Man fürchtete „die Rote“ und die „Schwarze Hand“... und wollte nicht in solche dunkle Sache hineingezogen werden. Die meisten lehnten unter der Ausrede ab, sie wären Gegner der Todesstrafe. Bei solchen Ausreden schäumte Richter Thayer vor Wut: „Was“, donnerte er, „Sie wollen Ihre eigene Meinung der akbewährten Ueberzeugung des Staates Massachusetts entgegenstellen?“

In Massachusetts hat der Richter allein das Recht, die Geschworenen zu befragen. Moore schlug vor, an die Geschworenen Fragen zu stellen, ob sie Mitglieder geheime Organisationen und Gegner der Gewerkschaften wären, usw. Entkräftet wies ihn Thayer ab. Solche Fragen seien ohne jede Beziehung zu der vorliegenden Sache.

Die Verteidigung nutzte ihr Recht auf Ablehnung von Geschworenen bis zur äußersten Grenze aus: Aber es war, als ob man Erbsen aus der gleichen Schote auswählen sollte. Die Herren, die

* Der 4. Juli ist der Verfassungstag und größte Nationalfeier-tag in Amerika.

über die beiden Italiener Recht sprechen sollten, waren in diesem sozialen Sumpf alle gleich. Wurden mehr Geschworene gebraucht, so gab man der Polizei den Befehl, „geachtete Bürger“, „ehrenhafte“, „intelligente“ Leute aus dem Lande aufzufordern, wie es das Gesetz vorschrieb. Der Polizeigewaltige aber brauchte nicht weit zu suchen. Er brachte einfach hundertfünfundsiebzig „geachtete Bürger“ aus den Logen der Freimaurer und ähnlichen reaktionären Organisationen zusammen. Die notwendigen fünf konnten aus dieser Zahl leicht ausgesucht werden.

Der Obmann der Geschworenen war Walter Ripley, ein alter Mann, ehemals Chef der Polizei in Quincy. Ein langjähriger Freund von ihm, William S. Daly, sah sich später zu einer Erklärung gezwungen, wonach Ripley in der Eröffnungsansprache des Prozeßes, bevor auch nur die geringsten Beweise vorgebracht worden waren, gesagt habe, „Sacco und Banzetti sollten gehängt werden“. Die anderen elf, bornierte, englische Hausbesitzer, standen ganz unter dem Einfluß dieses ehemaligen Polizeichefs.

Es war noch eine andere, nicht offizielle Geschworenenteile im Gerichtssaal. Ihr Urteil wurde nicht in die Geschwüre eingetragen, aber dennoch sollte es die Welt erschauern. Einige Bürger Neu-Englands, in denen die Traditionen der amerikanischen Revolution und der Anti-Slaverbewegung noch lebendig war, n befaßten sich im Gerichtssaal. Darunter waren Frau Elisabeth Glendower Evans und Frau Jessia Henderson. Für die Vereinfachung der Kirchen Groß-Bostons war Frau Lois B. Rantoul anwesend, und der italienische Konsul in Boston, Marquis Ferrante di Ruffano, sah während des ganzen Prozeßes im Gerichtssaal. Mitglieder des Verteidigungskomitees und Vertreter der Arbeiterpresse waren ebenfalls anwesend.

Richter Webster Thayer, der noch jähler, noch verlässlicher als sonst ausah, führte den Vorfall. Seine dünnen Lippen waren fest zusammengepreßt. Für ihn galten die Angeklagten als Männer, deren Ideale von einer neuzubauenden Welt er als „verwandt“ mit Raub zwecks eigener persönlicher Bereicherung ansah. Rantoul, ichau und jovial wie immer, vertret die Anklage mit Harold B. Williams als Assistenten zur Seite. Die Verteidigung führte neben Moore der Richter Thomas MacIntyre und dessen Bruder Jeremiah J., unterstützt von William J. Callahan und John A. Lyons.

(Fortsetzung folgt.)

Lenzwärts

Von Hans Gärtner.

Sei, pfeift das durch die Täler, Sei, lauft das über die Höhen! Sei uns willkommen, du wilder, Du reizender, tosender Föhn!

Stürze das Märjche, das Fraule, Reize zum Steigen den Saft! Weidegeist, fülle die Blüten, Uns aber fülle die Kräfte!

Keime und Knospen erlösen Naher Erlösung Erlaubt — Lenzwärts schwellendes Rollen Ringet die Menschheit frei.

Das Duell des Domherrn

Von E. Weyl.

In der guten alten Zeit hatte die Judenschaft in den Manern von Wien nichts zu lachen. Das eine Mal, im grauen Mittelalter, züchtete man sie bei lebendigem Leibe, d. h. nur die Leichen, bei denen man Geld vermutete, die armen jagte man zum Teufel, im 17. Jahrhundert jagte man sie neuerlich aus, war aber schon insofern toleranter, daß man schwerreiche Juden im Lande ließ und ein Auge, auch zwei, zudrückte, zumal man in der Zeit des berühmten Prinzen Eugen hierzulande nichts dringender brauchte als bares Geld.

Einer dieser Juden, die am Blase bleiben konnten und den pompös-lächerlichen Titel eines „kaiserlichen Schatzjuden“ führten, war der Haas Krustein, von dem dann das Haus der Krustein gekommen ist, das es inzwischen weit gebracht hat; denn im Jahre 1708 machte der „gute“ Kaiser Franz den Nathan Adam Krustein zum Baron. Als Angekauften, man denke, und seine Frau, die „hochgeborene Baronin“, war eine geborene Thig. Auch ungekauft. Diese Fanni Krustein hat einen Salon im damaligen Wien gehabt, der in dem geklärten Leben der Stadt eine große Rolle spielte.

Nach der Baronisierung mußte natürlich ein „Palais“ gekauft werden, und noch im selben Jahre erkaufte der Baron das Sommerpalais der Schwester Kaiser Josephs, der Erzherzogin Maria Christine. Eine lärmende Gasse führt heute über den Park, in dem das Palais stand und in dem die Baronin Fanni an jedem 20. Dezember bis zu ihrem Tode in schwarze Schleier schloß und tränenüberströmte herumschwebte, während in eisernen Dreifüßen große Flammen brannten, es nach Weibrauch roch und eine Keolsharfe ihr Klageklage ertönen lassen mußte, auch wenn kein Wind ging. Das war sehr interessant und romantisch, und Wien war nicht wenig stolz auf die Baronin, die sich solche geheimnisvolle Extraganzen erlauben konnte.

Nun, diese ganz im tränenreichen Stil jener Zeit gehaltene Komödie hatte einen tragischen Kern, so sehr auch der Baron Nathan solches Betragen seiner Gattin im Interesse des guten Tones für nötig hielt.

Es ist natürlich, daß der südlische Ritter, der dann Baron geworden ist und der als Kompanion des Bankhauses Czekeske gar vielen Hofaristokraten unter die Arme gegriffen hatte, alle, die ihm verpflichtet waren, im Salon seiner Gattin Fanni, die wirklich eine außerordentlich geistreiche Frau gewesen ist, zu verkehren zwang, wenn er auch nie erreichen konnte, daß die Kavaliere ihre Gattinnen mitbrachten. Vielmehr rächten sie sich auf ihre Art, indem sie dem Bankier ungeschickte Hörner mit der schönen Fanni aufsetzten, die der Geldmann mit feuchender Philosophie ertrug; denn er sagte sich, daß auch dies zum guten Ton gehöre und ihn die erlauchtesten Herren damit eigentlich doch als Standesgenossen betrachteten. Nun, drei Jahre vor seiner Baronisierung ermußt, aus der Biederkeit des Ganzen urplötzlich eine Tragik, wie man sie in dem leichtsinnigen, goldenen, ewig trunkenen Wien dieser Gesellschaft nicht erwarten möchte.

Vorausgeschickt sei, daß damals die hohe Geistlichkeit, deren Stellen fast durchweg von Hochadligen besetzt waren, ein sehr ledernes Leben führte, von allen möglichen geistlichen Pflichten dispensiert war und das Hauptgewicht auf den richtigen Eingang ihrer Bezüge legte. Die eigentliche Seelsorge verrichteten Priester, die der „bürgerlichen Canaille“ entstammten, und so konnte es kommen, daß unter den Anbetern der schönen Fanni auch eine erkleckliche Anzahl von Domherren und Prälaten zu finden war, von denen jedoch im Winter des Jahres 1795 der Donabrüder Domherr Baron Weichs Favorit war. Allerdings nur von den geistlichen Mitgliedern der Gesellschaft, denn von den weltlichen befaß damals der schöne Prinz Karl Liechtenstein das vielfältige Herrschen der schönen Thigolcher. Kurz, es war wie in einem französischen Roman.

Eines Abends nun führte der Domherr seine Geliebte die Treppe des Krusteinischen Hauses in der Stadt hinunter, um sie zur Sänfte zu geleiten, in der sie sich in die italienische Oper tragen lassen wollte, als auf einmal der Prinz die Treppe heraufkam, Weichs anfuhr und ihm einen Stoß versetzte, daß er an die Mauer flog. Diener in weißblauer Livree hielten oben und unten silberne Leuchter.

Die Situation war peinlich, und ohne Befinnen schlug der Domherr dem Prinzen eine Ohrfeige ins Gesicht, daß es schallte. Die schöne Fanni fiel in Ohnmacht. Der Bankier rannte herbei.

Am nächsten Tage überall großes Hallo. Am Morgen wußte der Kaiser Franz bereits die ganze Geschichte und dem Baron Weichs war schlecht in seiner Haut. Schließlich war er doch ein Geistlicher, das konnte Folgen haben, und so nahm er eine Einladung des Grafen Rosenberg, die dieser an ihn ergangen ließ, an, da der Graf seine guten Dienste zur Vermittlung antrug. Weichs traf bei Rosenberg bereits die ganze Liechtensteinische Koterie, auch der schreckliche Prinz Wenzel Liechtenstein, Karls Bruder, ein Malteser Ordensritter, der ebenfalls einmal Fannins Geliebter gewesen war — sie hatte nun einmal eine Vorliebe für das hochstämmliche Haus — war anwesend und man setzte sich um einen langen Tisch herum.

Rosenberg eröffnete die Verhandlungen. Weichs schien entzogen-kommend — er hatte Gründe — und glaubte die Sache besonders gut zu machen, wenn er aus Fanni den Sündenbock machte. Schonungslos zog er über die Jüdin her, verriet schamlos Intimité Freuden, und wüßlich sprach der Prinz Karl auf, zog den Degen und drang auf den Geistlichen ein, der ebenfalls die Waffe ergriff. Man muß sich den Ort vorstellen. Es war ein niedriger, gewölbter Saal in einem alten Wiener Stadtpalais. Abends, Kerzen brannten. Die Gesellschaft war wie der Wind auseinandergeblasen, hatte den Tisch umgeworfen und bildete ein'n archen Kreis, in dem die zwei ums Leben rannten. Wenzel Liechtenstein feuerte ununterbrochen seinen Bruder an.

Das Schicksal aber hielt er mit der Kirche. Der Domherr war der beste Kerl. Nach einer Viertelstunde konnte er dem Prinzen seinen Degen durch die Brust der Liechtenstein'schen Livree zusammen und in der Aufregung wüßte der Domherr zur Tür hinaus wie der Wind.

Man trug den Prinzen, der noch lebte, zu seiner Gemahlin,

einer Auersperg; vier Tage später, am 24. Dezember 1795, starb er in ihren Armen.

Der Baron Krustein aber kaufte seiner Gemahlin ein wunderwelches Armband aus Diamanten. Dieser gesellschaftliche Erfolg seiner Gattin bedeutete ihm mehr als eine gelungene Spekulation. Man denke: Ein Liechtenstein war für Fanni Krustein, geborene Thig, gefallen.

Baron Weichs bekam zwei Jahre Festung, verlor aber auch — o Schmerz — seine Domherrnstelle, Rosenberg wurde auf ein halbes Jahr festgesetzt und Wenzel Liechtenstein auf ein Jahr nach Graz überstellt. Das waren so die Strafen für erlauchtesten Herren im alten Oesterreich.

Edouard Manet

Von Max Schimmer.

Es ist an dieser Stelle nicht üblich, über die vielen Berliner Ausstellungen zu schreiben, die mit mehr oder weniger Kunsthandlertara aufgezoogen werden.

Wenn es nun trotzdem unternommen wird, über die Manet-Ausstellung der Berliner Galerie Matthiesen zu schreiben, obwohl die wenigsten unter uns Gelegenheit haben, sich die Bilder dieses herrlichen Meisters anzusehen, so ist das vor allem dadurch begründet, daß in vielen Besprechungen über Malerei immer wieder auf Manet hingewiesen wurde, weil er gerade so ganz und gar Maler war, weil sein Wert für alle nachfolgenden Maler in einem tieferen Zusammenhange verpflichtend geworden ist.

Dabei ist Manets Wert dem Wort schwer zugänglich, es gibt wohl im neunzehnten Jahrhundert überhaupt keinen anderen Maler, der so im letzten Grunde nur optisch zu fassen ist. Der Stoff in Manets Bildern ist im Grunde gleichgültig, die malerische Form vernichtet den Stoff, aber so, daß etwas sehr Geistiges das Materielle ersetzt, und die Wirklichkeit ertrahlt um so überzeugender und reiner aus den Werken. Die völlig unheimliche Kunst Manets kennt den Gegensatz von Sein und Schein nicht, in ihr ist jene bewegte Ruhe, jene erhabene Verhaltenseinheit, die in den Meisterwerken der griechischen Kunst auch ist. Dieselbe Enttäuschung, die das ahnungslose Auge oft vor klassischen Werken hat, stellt sich auch bei den meisten Menschen ein, die zum ersten Male Manets Bilder sehen. Da Manet, ohne jeden Nebengedanken ganz sachlich und natürl. nur Maler sein will, nur Auge, ohne jede sentimentale Zugabe, distanzieren seine Bilder zunächst, erzeugen jene Kälte, die den romantischen und gefühlschwangeren Kunstbetreuer, der meist ein künstlich zurechtgemachtes Naturgefühl im Bilde für erwünscht hält, in kein richtiges Verhältnis zu Manets Kunst kommen läßt.

Ohne jede sensationelle Absicht, ohne konventionelle Verstandesurteile, ganz optisch, natürl. und klar stellte Manets Pinsel die Zuständlichkeiten der Erscheinungen fest, ohne Reflexionen gab er die Natur aus erster Hand.

Diese naive Selbstverständlichkeit seiner Malerei, diese Sachlichkeit des optischen Konstatierens, die nur um das Richtige bemüht ist, das völlig unkonventionelle, sind die Ursachen der Erregung, der revolutionären Wirkung und des Aufreizenden, die die Kunst Manets zu seiner Zeit bei den Bürgern und Akademikern so verhaßt machte, die seine Malerei schamlos nannten.

Ohne Verlogenheit und Künstlichkeiten malte Manet was er sah und wie er es sah, völlig natürl. und dabei doch in höchstem Maße intelligent, ohne Hemmungen und unkonventionell war für sein sensibiles, reines, wunderbares Auge auch der sehr relative Scham-begriff nicht existent.

Nun sind in einer prachtvollen Ausstellung der Galerie Matthiesen ungefähr neunzig Werke Manets zu sehen. Seit vielen Jahren die erste große Manet-Ausstellung, die in Europa veranstaltet worden ist. Die europäischen Galerien, Louvre, Lützowburg, Petit-Palais, Stockholm und Kopenhagen haben wichtige Bilder hergelassen, nur die deutschen Museen, die auch herrliche Bilder Manets besitzen: Mannheim, Frankfurt a. M., München und Berlin haben die Ausstellung aus unerfindlichen Gründen nicht unterstützt. Das ist bedauerlich, zumal diese erste große Manet-Ausstellung Deutschlands zu einem noch größeren Erlebnis hätte werden können, wenn Bilder wie das „Déjeuner“, die „Croquetiers“, die „Fana“, die große Erziehung Magimilians“ und das „Treidhaus“ mit ausgeföhrt worden wären.

Doch ist die Manet-Ausstellung auch mit diesen empfindlichen Lücken denn in die Malerei Verliebten unerjehliches Erlebnis geworden. Manets Geistigkeit und malerische Gewalt, die seinem so ganz diesseitig schwärmenden Pinsel entströmten, offenbaren sich unvergleichlich im „Johannes-Porträt“, im Bildnis des „Johannes Struck“, im „Weltausstellungsbild“, in den Frauenbildnissen, im „Ballon“ und im „Stierkampf“. Das herrlich selbstverständliche Malen, das kühl, angelegentlich und erregend das empfindsame Auge anfaßt, wirkt zeitlos, herb und süß zugleich, wahrhaft und ohne billige Effekte. Mit breiten Licht- und Schattenscheiden, ohne die die Erscheinung zerpinselnden Details, in großen Massen sind die Bilder gestaltet. Mit einer geheimnisvollen Aufrichtigkeit, herhaft und gesund sind die Dinge, die sein Auge interessiert, wiedergegeben, alle Malrezepte, alle akademische Konventionen sind aufgegeben, Manet malt Licht und Schatten leuchtend, erfüllt das Farbige mit einer Helligkeit, die bisher in der Malerei überhaupt noch nicht da war. Es ist ein Malen auf den ersten Blick, ohne Umschweife, natürl. und frei, kühl und genau, schwärmend und dabei immer nur das eine Ziel, „richtig“ zu malen. Dieser Wahrhaftigkeitsfanatismus Manets beschwor die Konflikte herauf, die Leiden seines Lebens, das Verantworfensein von einer Gesellschaft, die seinen kühnen Erörterungen, seiner Wahrhaftigkeit entgegenstand, weil sie sich in Konventionen und Künstlichkeiten wohlter und höher fühlte, als in dieser neuen Augenwelt, die Manets Kunst konstatierte, die natürl. und elementar das Gewöhnliche, das Alltägliche, das Wirkliche und Richtige aufzeigte.

So wurde der aus einer Pariser Bürgerfamilie stammende Manet zu einem Revolutionär rein aus seiner geistigen Haltung heraus, die naive und spontane Einstellung seines Auges, seine Wahrhaftigkeit und Radikalität berührten einen Umsturz des Sehens überhaupt. Dabei war Manet wie kein anderer der Impressionisten in die Tradition der guten Malerei verflocht, aber die Gewalt seiner Persönlichkeit eroberte ein Neuland, das den Ballast leergemordener Konventionen nicht mit übernahm, das nur die Qualität wollte, die die Kunstwerke aller Zeiten charakterisiert.

Nun könnte man ja am Ende fragen, was geht uns heute das alles noch an, in einer Zeit, da die Dinge der Kunst so ziemlich ins Hintertreffen geraten sind, da es viel aktuellere Probleme gibt, die uns zunächst einmal etwas angehen. Man wird in noch so mechanischen und der Kunst abgewandten Zeiten das Dasein der Kunst nicht verhindern können, zeigt doch gerade unsere Zeit einen solchen Wirrwarr und Kummelbetrieb innerhalb des Kunstlebens, obwohl sie sich gern als die Zeit der Maschine und der Technik bezeichnet. Künstlerisches Gestalten ist genau so eine Aufgabe des Geistes wie die Konstruktion einer Maschine.

Und die Kunst eines Manet geht uns im Grunde genau so viel an wie etwa die Dramen Shakespeares; beide haben in kunstformen Menschliches in einer einzigartigen und zeitlosen Weise konstatiert, die dem nicht verhärteten Herzen und dem nicht blöden Auge Beglückungsmöglichkeiten schenken kann.

Neues Theater. Sonntag, den 1. April, kommt „Parisi“ in der neuen Inszenierung bei aufgehobenem Anrecht zur Aufführung.

Neue Schweiß in Aussicht

Der Dichter des „Braven Soldaten Schweif“ Jaroslaw Hajek, ist nach dem Kriege nicht eben in den glänzendsten Verhältnissen gestanden. Erst nachher entdeckte man die Urvüchsigkeit seiner Sprache und der Schweif hat wohl mehr als die ganze Auslandspropaganda der amtlichen Stellen die Tschechoslowakei bekannt gemacht.

Man wußte, daß Hajek nicht allein den Schweif geschrieben hat. Mit seiner „literarischen“ Tätigkeit, wenn man so sagen will, war es überhaupt immer eine eigene Sache. Wenn ihn der Welt-schmerz übermannte und er hatte mit seinen Kumpanen kein Geld mehr, da nahm er die am Tisch herumliegenden Papierrollen und triefelte mit Bleistift irgendeine Skizze. Die schickte er in die Redaktion, aber gegen Verzählung, damit der fröhliche Abend nicht unterbrochen werden mußte. Man suchte also in seiner Hinterlassenschaft, ob sich nicht noch ähnliche Manuskripte vorfinden. Und man hatte Glück: es fanden sich sogar drei Grottesken, die Hajek schon vor dem Kriege mit seinen Gesellen in irgendeinem Wirtshaus zur allgemeinen Belustigung aufgeführt. Die eine nennt sich „Abu-tir“ und persifliert die Reise Wilhelm II. nach Tanger im Jahre 1911. Die zweite heißt „Die Festung“ und ist eine Karikatur auf den österreichischen Militarismus, die dritte benennt sich „Leiden der Prager in Rom“ und mündet sich in satirischer Weise gegen den Nierkalkismus. In den beiden letzten Skizzen findet sich auch schon der gute Soldat Schweif, der sich mit Karl IV. über die österreichische Bureaufkrante unterhält.

Hajek war auch ein „Politiker“ und 1911 setzte er sich in den Kopf, Abgeordneter zu werden. Er gründete eine „Partei des gemäßigten Fortschritts im Rahmen der Gesetze“ und hielt in den Königl. Weinbergen, einer Vorstadt Prags, Wählerveranstaltungen ab, die jeweils viel besser besucht waren als die Versammlungen der ernstlichen Parteien. Leider erhielt er nur 120 Stimmen, aber die Konzepte, teilweise auch die stenographischen Berichte seiner „Wahlreden“ sind jetzt gefunden worden und werden wahrscheinlich demnächst veröffentlicht werden. Die Welt kann sich also wieder vorbereiten, daß sie etwas zum Lachen bekommt.

Kleine Chronik

Märzkoncert der Lichtischen Chöre. Eine Gedankfeier für die Märzgefallenen, so rund, so geschloffen, daß sie wie ein monumentaler Block wirkte. Ein Dentmal, das sich aus den Gedanken revolutionärer Künstler und den Stimmen proletarischer Sänger aufbaute, die Toten ehrte und die Lebenden in ihrem Geiste aufrief. Erstausführend die Einheit des Klangkörpers, den der Stabführer Barnet Licht aus seinen verschiedenen Chören gebildet hat. Am die Rede Theos Maners und die dichterischen Fanale, von Alfred Feileres bereiteter Kunst entzündet, türmten sich Heinz Tiesens Orchesterwerke und die Chöre von Scherchen, Ullmann, Prilmer. Dem selbst anwendenden Tiefen hat die Begeisterung und die Ergriffenheit der Zuhörer gesagt, wie sehr seine Musik sie gepakt hat. Die Hornschule, ein tragödischer Ausbruch der Verzweiflung, das Vorpiel zu einem Revolutionsdrama, die kraftvolle Emporsteigung der verzweifelten Masse und die Totentanzsuite (Uraufführung) eine schneidrig bewegte Klage um die geliebten Kämpfer, zeigen die von Tiefen erkredete Synthese von Gedanken und Melodie, die selbst unter atonalen Partien noch hervorleuchtet. Das Leipziger Sinfonieorchester und die Violin-Solistin Pechlo-Schubert folgten mit verständnisvollem Willen dem Stabe Jachsa Horensteins. Eine Leistung, an der Hinz und Herz gleicherweise beteiligt waren. Ueberhaupt war das Stigma dieser großzügigen Aufführung das Zurücktreten jedes persönlichen Anspruchs, die willige Einordnung in den Sinn dieser Feier. Sie bot in ihrer Geschlossenheit ein Abbild der zu erstrebenden Einheit der proletarischen Kämpfer, für deren Ziele die Toten des März gefallen sind.

Die neuen Pläne Piscators. Nicht weniger als drei Uraufführungen bringt Piscator auf seinen beiden Berliner Bühnen am Rollendorfsplatz und im Lessing-Theater im Laufe des Monats April heraus. Am 6. April gibt es eine einmalige Studio-Aufführung „Judas“ von Erich Mühsam zum 50. Geburtstag des Autors, am 7. April folgt im Lessing-Theater „Konjunktur“ von Leo Lania, Regie: Piscator, und am 13. April inszeniert Karl Heinz Martin im Theater am Rollendorfsplatz „Der letzte Kaiser“ von Jean Richard Bloch.

Neues Theater. In der morgen Donnerstag stattfindenden „Freiwillig“-Aufführung singt den Max hier zum ersten Male Felix Hohl, das Aennchen Milda Thiele. Musikalische Leitung: Adolf Mennerich.

Schauspielhaus. Heute (Mittwoch) und am Freitag wird Shakespeares Lustspiel „Die lustigen Weiber von Windsor“ mit Georg August Koch als Falstaff wiederholt. Das Lustspiel, dessen Wiederholungen wegen des am Sonnabend beginnenden Bassermann-Gaßspieles unterbrochen werden müssen, wird später wieder auf dem Spielplan erscheinen.

Radia Betru wurde vom 1. April ab an das Neue Operetten-theater in Frankfurt a. M. als 1. Soubrette verpflichtet.

Zinn oder Aluminium? Gemüse, die in Zinndosen aufbewahrt oder in verzinneten Gefäßen gelagert werden, verlieren ihren Hauptnährstoff, die Vitamine, so lautet das bündige Resultat der Versuche, die der Stockholmer Chemiker Prof. von Euler anstellte. Nach Prof. von Euler gibt es nur ein Material zur rationellen Aufbewahrung von Konserven, nämlich das Aluminium. Gemäß diesen Experimenten prophesiert Prof. von Euler eine Umwälzung im Bereich der Nahrungsmittelindustrie. Der steigende Konsum von Konserven wird bekanntlich durch verzinnete Blechdosen vermittelt.

Filmschau.

Ein Reiseskizzen der Hamburg-Amerika-Linie. Eine Fahrt von Hamburg nach Neuyork und dann 17 000 Kilometer durch Amerika. Die Landkarte bekommt Leben. Der Verkehr der Großstädte, die Arbeit in den Agrarbezirken, Delgebiete, Goldfelder, Tierfarmen, Salpetergewinnung, Baumwollindustrie, Jod-Verfahren, Schlachthäuser, Kohlen- und Eisengruben, tropische Herrlichkeit in Florida und artische Naubheit im Norden, Naturschönheit und technische Begabung ihrer Wildheit. Und hundert andere interessante Dinge, die dem an die Scholle Gebundenen sonst nur Buchbegriffe bleiben. Hier werden sie wenigstens Bildwirklichkeit. Man legt sich in den Sessel und reißt mit. Ein sehenswerter Film. (Universum.)

Gegenüber dieser lebensvollen Wirklichkeit erweist sich ein anderer Amerika-Film schal und verstaubt. Als es noch keine modernen Verkehrsmittel gab, entzündete sich die schweifende Phantastie am erotischen Roman. Heute, da man exakt beschreibende Filme wie den obigen sehen kann, darf man der Phantastie nicht mehr zumuten sich mit romantischer Kosportage zu füttern. Warum soll ich wie im Feld von Sonora einen Salon-Cowboy bewundern hinter dem die gigantische Wildwest-Landschaft als Kulisse wirkt, wenn ich Originalbilder der Wären im Yellowstonepark oder von einer Alligatorenfarm für dasselbe Geld bekommen darf? Vor der Natur kann die Theatermaske nicht bestehen. (Castro.)